

Sonderthema:
Bundeswehr-Einsätze
Mandate werden verlängert **SEITE 1-5**

GEBURTSTAG EINES GROSSEN
Vor 100 Jahren wurde Willy Brandt
geboren – eine Würdigung **SEITE 9**

BILANZ EINES GIPFELS
Bundestag debattierte über die Warschauer
Klimakonferenz **SEITE 11**

Das Parlament

KOPF DER WOCHE
Preuße im Ministeramt

Thomas de Maizière Der geschäftsführende Verteidigungsminister hatte in der Sonder Sitzung des Bundestags seinen Auftritt – und plädierte engagiert für die Fortsetzung der Bundeswehreinsätze im Südsudan und in Darfur. Derzeit spricht er einig für die Verlängerung beider Einsätze. Alles wie gehabt also? Mitnichten. Verhandelt wurde in den Debatten am vergangenen Donnerstag auch die Frage, wie es Deutschland nach dem Abzug aus Afghanistan mit Auslandseinsätzen hält, wie das Parlament seine Hoheit bei der Entscheidung der Bundeswehr behauptet und welche Rechte einer geschrumpften Opposition in Zeiten einer Großen Koalition bleiben.

ZAHL DER WOCHE
20

Prozent der Bundeswehrsoldaten suchen nach Auslandseinsätzen wegen traumatischer Störungen Hilfe. Dies geht aus einer vom Bundestag in Auftrag gegebenen Studie hervor. Viele Fälle blieben unerkannt, so aus Scham oder weil die Soldaten berufliche Nachteile befürchteten. Laut Studie geht jeder fünfte Soldat bereits mit psychischen Störungen in einen Einsatz.

ZITAT DER WOCHE
»Der jüngste Staat der Welt darf nicht scheitern.«

Agnieszka Brugger, Grünen-Abgeordnete, in der Bundestagsdebatte am Donnerstag über die Fortführung des Bundeswehramtats in Südsudan.

IN DIESER WOCHE

- EUROPA UND DIE WELT**
Iran Bei den Atomgesprächen in Genf kommt es zum Durchbruch **Seite 6**
- INNENPOLITIK**
Kinderbetreuung Länderkammervorstoß über Bundeshilfen wird beraten **Seite 7**
- WIRTSCHAFT UND FINANZEN**
Goldgeschäfte Steuersparmodell mit Rohstoffkäufen soll beendet werden **Seite 10**
- KEHRSEITE**
Bundestag Ein Buch über die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft **Seite 12**
- MIT DER BEILAGE**



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Mit doppeltem Einsatz

UN-MISSIONEN Breite Mehrheit für Verlängerung der Bundeswehramtate im Südsudan und in Darfur

Zwei Abstimmungen über die Bundeswehramtate in einer der instabilsten Weltregionen: Eigentlich bestand bei der Mandatsverlängerung bei der UNAMID-Mission in der west-sudanesischen Provinz Darfur und der UN-Friedensmission im Südsudan (UNMISS) breiter Konsens. Mit Ausnahme der Linksfraktion stimmten der Bundestag mit großer Mehrheit für die Verlängerung beider Einsätze. Alles wie gehabt also? Mitnichten. Verhandelt wurde in den Debatten am vergangenen Donnerstag auch die Frage, wie es Deutschland nach dem Abzug aus Afghanistan mit Auslandseinsätzen hält, wie das Parlament seine Hoheit bei der Entscheidung der Bundeswehr behauptet und welche Rechte einer geschrumpften Opposition in Zeiten einer Großen Koalition bleiben. Zumindest ungewöhnlich war die Form der parlamentarischen Entscheidungsfindung: Weil die Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD erst in der vergangenen Woche ihren Abschluss fanden und die Ausschüsse noch nicht gebildet waren, wurde über die Anträge der Bundesregierung (18/71, 18/72) anders als sonst ohne Ausschussberatung und nach nur einmaliger Debatte abgestimmt. „Weil sich Union und SPD hier gemeinsamen Lösungen versperren haben, haben wir noch keinen wirklich arbeitsfähigen Bundestag“, kritisierte etwa die Grünen-Abgeordnete Agnieszka Brugger. Für Unmut bei der Opposition sorgte zudem, dass für ein drittes auslaufendes Mandat – die Teilnahme an der Nato-Operation „Active Endeavour“ (OAE) im Mittelmeerraum – noch gar kein Antrag der geschäftsführenden Bundesregierung vorlag. Verteidigungsminister Thomas de Maizière erinnerte daran, dass beide Einsätze, UNAMID und UNMISS, in einer Region stattfinden, in der 50 Jahren ein Bürgerkrieg herrschte. Die Ausgangsbedingungen für den jungen Staat Südsudan seien trotz „erster kleinerer Erfolge“ schwierig, UNMISS leiste einen Beitrag zur Stabilisierung und habe eine „mäßige Wirkung“ auf die Konfliktparteien. UNAMID in Darfur schaffe einen Rahmen, in dem sich erst „politische Bemühungen um ein Ende der Krise“ entwickeln könnten. Christine Buchholz (Die Linke) hielt dem entgegen, dass die Armee der südsudanesischen Regierung selbst Teil des Problems sei: Der Einsatz konsolidiere keinen Frieden. „Das kann er auch nicht, denn Frieden kann nicht durch die Entsendung von Truppen von außen gebracht werden.“ Ähnlich sah das ihre Fraktionskollegin Kathrin Vogler im Falle Darfurs: „UNAMID kann schon deshalb keine friedenssichernde Maßnahme sein, weil es keinen Frieden gibt, den man sichern könnte.“



Bundeswehrsoldat im Gespräch mit Flüchtlingen in einem Binnenflüchtlingslager im Sudan

Christoph Strässer (SPD) sagte, dass das „friedenspolitische Engagement“ im Südsudan „deutlich verbesserungsfähig“ sei: So könnte der Friedensfahrplan der Afrikanischen Union (AU) „taktkräftiger und mit mehr Mitteln“ unterstützt werden. Sein Fraktionskollege Rainer Arnold erinnerte daran, dass Deutschland das einzige westliche Industrieland sei, das UNAMID unterstütze. „Wir sollten uns darauf einstellen, dass wir uns, nachdem wir unsere Aufgaben in Afghanistan beendet haben, verstärkt um die internationalen UN-Friedensmissionen kümmern müssten. Florian Hahn (CSU) unterstrich den „essenziellen Ansatz“ von UNAMID als Hybridmission von AU und UN, dass „die Afrikaner selbst in die Lage kommen, auf ihrem Kontinent für Sicherheit zu sorgen. Wir wollen sie dabei unterstützen.“ Katja Keul (Grüne) betonte, dass aktuell neun deutsche Soldaten und vier Polizisten in Darfur an einer der größten UN-Friedensmissionen weltweit beteiligt seien: „An der übermäßigen Beteiligung Deutschlands liegt es mit Sicherheit nicht, dass sich das Waffenstillstandsabkommen bislang nicht umsetzen ließ.“ Keul rief dazu auf, „endlich die Kapazitäten für Peacekeeping-Missionen der UN zu verstärken, statt mit bis zu 700 Soldaten im Mittelmeer Terroristen zu jagen“. Sie spielte damit auf den OAE-Einsatz an, den ihre Fraktion am liebsten sofort beendet sähe. Der entsprechende Antrag (18/99) wurde in den Hauptausschuss überwiesen: Mit ihm argumentierten die Abgeordneten, dass sich der NATO-Einsatz rechtlich als Reaktion auf die Anschläge des 11. September 2001 unter anderem auf die Feststellung des Nato-Bündnisfalls stütze – diese Begründung zwölf Jahre nach den Anschlägen jedoch zweifelhaft sei. Besonders erzürnten den Grünen-Abgeordneten Frithjof Schmidt Vorschläge, die Fortführung des Einsatzes durch die Bundesregierung im ver-

einfachen Verfahren zu beschließen: „Wenn aus SPD und CDU/CSU jetzt die Zustimmungspflichtigkeit durch den Bundestag verneint wird, dann höhlen Sie die parlamentarische Kontrolle von Bundeswehreinsätzen im Kern aus und schaffen einen unseligen Präzedenzfall.“ Sevim Dagdelen (Die Linke) sagte: „Dieser Einsatz wird keinen einzigen Tag ohne Mandat des Bundestages stattfinden – andernfalls werde man den Weg nach Karlsruhe gehen. Roderich Kiesewetter (CDU) kündigte an, dass die deutsche Beteiligung an OAE „in ihrer bisherigen Form“ Ende des Jahres auslaufen werde, dann aber im Jahre 2014 in veränderter Form fortgesetzt werden könnte. Die Frage der Parlamentsbeteiligung könne erst beantwortet werden, wenn ein neues Kabinett über die Ausgestaltung des Einsatzes entschieden habe. Sein womöglich künftiger Koalitionskollege, Hans-Peter Bartels (SPD), sagte es so: „Das alte Mandat läuft aus. Ob es ein neues geben wird, ist offen.“ Alexander Heinrich

»Wir sollten uns auf mehr Engagement bei Friedensmissionen einstellen.«
Rainer Arnold (SPD)

EDITORIAL Schwerste Entscheidung

VON JÖRG BIALLAS

Ein Marschbefehl für deutsche Soldaten in andere Länder ist eine der schwersten Entscheidungen, die an den Deutschen Bundestag herangetragen werden können. Denn ein Votum für einen Auslandseinsatz wird stets in dem Bewusstsein abgegeben, dass Mitglieder der Bundeswehr sich einer Gefahr für Leib und Leben aussetzen. Der Verweis auf internationale Bündnisverpflichtungen mag dem einzelnen Abgeordneten helfen, seine Zustimmung rational zu rechtfertigen. Emotional bleibt die unerschütterliche Gewissheit: Niemand kann den Soldaten eine unversehrte Rückkehr in die Heimat garantieren. Trotzdem sind derartige Entscheidungen nach sorgfältiger Prüfung mitunter nicht zu vermeiden. Das wissen Parlamentarier wie Soldaten, die gleichermaßen professionell mit Auslandseinsätzen umgehen. Grundlage allen Handelns ist die Frage, ob die humanitäre Situation in einem fremden Land eine Intervention rechtfertigt. Die Aufgabe vor Ort ist vielschichtig: Präsenz zeigen, zivile Aufbauhilfe leisten, staatliche Strukturen einrichten und etablieren. All diese Maßnahmen gehen für die Helfer aber immer mit dem Risiko einher, als unwillkommener Eindringling betrachtet und Opfer von Gewalt zu werden. Wenn auf diese Gewalt nachvollziehbar und als letztes Mittel mit Gegengewalt reagiert wird, ist es spitzfindig, die Verhältnisse nicht als Krieg zu bezeichnen. In Bezug auf Afghanistan etwa hat die deutsche Politik sich jahrelang bemüht, den Begriff „Krieg“ zu vermeiden. Gut, dass diese überflüssige Verschleiertechnik wenigstens gegen Ende des Einsatzes aufgegeben wurde. Schon um der Opfer willen: Wie verhöhnt müssen sich Soldatinnen und Soldaten fühlen, wenn vergleichsweise harmlose „kriegsähnliche Wirren“ bei ihnen schwere Traumata ausgelöst haben? Ganz zu schweigen von den Gefühlen derer, die Angehörige in einer „Krisenregion“ verloren haben oder sich jetzt um schwere Pflegefälle kümmern müssen. Der Bundestag, das hat auch die vergangene Sitzungswoche wieder gezeigt, ist sich seiner Verantwortung für die Bundeswehr als Parlamentsarmee durchaus bewusst. Für und Wider jedes Einsatzes sind vor einer Entscheidung ausführlich abzuwägen. Ist der Beschluss dann aber gefasst, verdient die Bundeswehr Anerkennung und Solidarität. Im Parlament ebenso wie in der Bevölkerung.

Mehr zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr auf den Seiten 2 bis 5

Gespanntes Warten auf den SPD-Mitgliederentscheid

KOALITIONSVERTRAG Die Aufteilung der Ressorts und die Minister werden erst später bekannt gegeben

Nach der Einigung von CDU, CSU und SPD auf einen Koalitionsvertrag wird nun mit Spannung der Mitgliederentscheid der SPD-Basis erwartet. Spätestens am 15. Dezember wird klar sein, ob die rund 470.000 SPD-Mitglieder den 185 Seiten starken Vertrag mehrheitlich gebilligt haben oder nicht. Erst dann ist der Weg frei zur Bildung der dritten Großen Koalition auf Bundesebene. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel rechnet mit einem positiven Votum, zumal der Vertrag ja auch für die „kleinen Leute“ gemacht sei. Auf diversen Regionalkonferenzen wirbt die SPD für das Bündnis. Sollte alles glatt gehen, könnte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel am 17. Dezember wieder zur Kanzlerin gewählt werden.



Die drei Parteichefs (sitzend) unterzeichnen im Reichstagsgebäude den Koalitionsvertrag.

Kompromisse erzielt 17 Stunden dauerte die nächtliche Schlussrunde der Unterhändler in der vergangenen Woche, bevor letzte Kompromisse gefunden waren. Erleichtert und erschöpft präsentierten die drei Parteichefs Merkel, Gabriel und Horst Seehofer (CSU) das Vertragswerk und lobten die kollegiale Zusammenarbeit in den kleinen und großen Verhandlungsrunden seit dem 23. Oktober. Alle drei Parteien reklamierten für sich eine klare eigene „Handschrift“ in dem

Vertrag, der Deutschland politisch durch die kommenden vier Jahre leiten soll. Die drei Parteien, die im Bundestag über eine Mehrheit von rund 80 Prozent der Mandate verfügen, verständigten sich unter anderem auf die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, auf die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft, auf die sogenannte Mütterrente, die „Rente mit 63“, eine Lebensleistungsrente sowie auf die

PKW-Maut. Die zusätzlichen Ausgaben in Höhe von geschätzt 23 Milliarden Euro sollen gegenfinanziert werden, ohne Steuern zu erhöhen. Ferner sollen nach dem Willen der Großen Koalition ab 2015 keine neuen Schulden mehr gemacht werden. Wer in der neuen Bundesregierung welches Amt übernimmt und wie die Ressorts zugeschnitten werden, wird erst nach dem SPD-Mitgliederentscheid im Dezember bekannt gegeben,

obgleich sich die Parteichefs offenbar schon auf die Namen und Funktionen verständigt haben. Die Rede ist von sechs Ministerien für die SPD, fünf für die CDU plus Kanzlerin und Kanzleramt sowie drei für die CSU.

Kritik der Opposition Um Sorgen vor einer übermächtigen Koalition zu zerstreuen, beinhaltet der Vertrag die Zusicherung, die Minderheitsrechte im Bundestag zu schützen. So sollen die kleinen Oppositionsfraktionen von Linken und Grünen bei der Redezeitverteilung „angemessen berücksichtigt“ werden. Die Opposition rügte, der Koalitionsvertrag sei sozial ungerecht und nicht hinreichend gegenfinanziert. Der DGB lobte die Rentenbeschlüsse und den Mindestlohn, während die Arbeitgeber vor den Folgen eines garantierten Lohns in Höhe von 8,50 Euro warnten (siehe Seite 8). Claus Peter Kosfeld

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

KOMMT DER ABZUG AUS AFGHANISTAN ZU FRÜH?

In der Pflicht

PRO



Franziska Kückmann »Neue Osnabrücker Zeitung«

Ob Afghanistan sich positiv weiterentwickeln wird, steht und fällt mit der Sicherheit im Land. Wenn sie gewährleistet ist, wagen sich Kinder auf den Weg zur Schule...

Der richtige Schritt

CONTRA



Gordon Repinski »Der Spiegel«

Fangen wir an mit der schlechten Nachricht: Auch zwölf Jahre nach Beginn des internationalen Kampfeinsatzes ist in Afghanistan die Sicherheitslage vielerorts schlecht...

Die sogenannte »Dunkelziffer«-Studie im Auftrag des Bundestages zeigt, dass Auslandseinsätze das Risiko für psychische Erkrankungen erhöhen.

Jeder fünfte Soldat hat laut Studie solche Probleme, bevor er in Einsätze geschickt wird. Muss eine intensivere psychische Vorbereitung stattfinden?

Der Bundestag hat die Mandate UNMISS und UNAMID nach einmaliger Beratung verlängert. Abweichend vom üblichen Prozedere wurde die Anträge nicht in den Fachausschüssen debattiert...

Dort steht aber auch, dass eine Kommission prüfen soll, wie sich die Parlamentsrechte bei fortschreitender Bündnisintegration überhaupt sichern lassen...

Der EU-Dezernatgipfel widmet sich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und damit dem Ziel, die Fähigkeiten europäischer Armeen aufeinander abzustimmen.

»Ein enormer Kraftakt«

ANDRÉ WÜSTNER Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes über den Spagat zwischen Auslandseinsätzen und der Neuausrichtung der Truppe



eine engere militärische Zusammenarbeit und die gemeinsame Entwicklung von Fähigkeiten vorsieht. Ob andere Nationen dem zustimmen oder nicht, ist eine Frage von Verlässlichkeit auch unserer Politik.

personal sehr groß ist. Hat sich die Situation seither verbessert? Die Reform hat zu Beginn den Schwerpunkt auf Prozesse und Strukturen gelegt...

Der Wehrbeauftragte hat jüngst von einer wachsenden Zahl der Beschwerden berichtet. Deckt sich das mit Ihrer Einschätzung?

Die Koalitionäre wollen eine »Attraktivitätsoffensive« starten und unter anderem auch mehr Frauen für die Bundeswehr gewinnen.

Kommt der Abzug aus Afghanistan zum richtigen Zeitpunkt? Die politische Entscheidung für den Abzug ist gefallen und der Fahrplan steht fest.

Sie sind der erste Vorsitzende des Bundeswehrverbandes mit Einsatzerfahrung. Wie verändert die »Generation Einsatz« die Bundeswehr?

Das Interview führte Alexander Heinrich.

André Wüstner ist seit November 2013 Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Florettfechter: Jan van Aken

Listig kann er sein und wirkt dann in seiner jugendlichen Ausstrahlung wie ein Student, der sich einen coolen Streich ausgedacht hat.



»Die SPD will auch mal wieder den Kanzler stellen und das geht nur mit uns.«

nur mit uns.« Zudem, gibt van Aken zu bedenken: »An den Auslandseinsätzen hängt die SPD doch nicht.«

gen US-Chefunterhändler John Bolton ins Gewissen reden. Der damalige US-Präsident Bill Clinton verzichtete später auf den Einsatz von Biowaffen zur Zerstörung von Drogenpflanzen wie Koka oder Schlafmohn.

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH Kurhessenstraße 4-6 64546 Mörfelden-Walldorf

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende

Das Parlament ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)



Abzug des deutschen ISAF-Kontingentes aus Kundus: Ein Bundeswehr-Konvoi am 19. Oktober dieses Jahres auf dem Weg durch Nordafghanistan zur Basis nach Mazar-i-Scharif

Operation Abwarten

AFGHANISTAN Die Bundeswehr zieht sich aus Kundus zurück. Das ist weniger riskant – aber auch schwerer zu vermitteln

Ein Café mit Blick auf die Startbahn, Bildschirme mit den Abflugzeiten, Automaten für Schokoriegel und Cola. Schalter zum Einchecken des Gepäcks, Metalldetektor und Röntgengerät für die Sicherheitskontrolle – der bescheidene Zweckbau könnte auch einer jener neuen Terminals sein, mit der Billigairlines in die Provinz gelockt werden. Doch die Passagiere sind keine Rentner oder Familien auf dem Weg in den Urlaub sondern Soldaten der Bundeswehr im hellbeigen Wüstenflecktarn. Von dem kleinen Terminal am Rande des Flughafens Köln/Bonn fliegen die Soldaten nach Afghanistan. In den letzten Jahren startete von hier aus rund drei Mal wöchentlich ein Airbus A330 voll mit Soldaten auf dem Weg in den Einsatz. Per Linienflug ins Kriegsgebiet. Anfang nächsten Jahres soll das Mandat der Bundeswehr für Afghanistan ein letztes Mal in der alten Form vom Bundestag verlängert werden. Ende 2014 werden die Soldaten dann nicht mehr als Teil der „Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe für Afghanistan“ (ISAF) dort sein. Ob es danach wie geplant zu einem Nachfolgeeinsatz für ISAF kommt, ist noch nicht sicher. Zwar hat die afghanische Stammesversammlung Loya Dschirga das mit den USA ausgehandelte Sicherheitsabkommen Ende November gebilligt. Aber Präsident Hamid Karzai weigert sich noch, es auch gegenzuzeichnen. Der Vertrag soll die US-Soldaten vor afghanischer Strafverfolgung schützen. Wird diese Bedingung nicht akzeptiert, ziehen die Amerikaner ab – so wie im Irak als die Forderung nach Immunität nicht erfüllt wurde. Aber Karzai weiß wohl, dass die Abhängigkeit gegenseitig ist. Würde die Nato tatsächlich Ende 2014 überstürzt alle Truppen und alles Material abziehen, wäre dies zwar gefährlich für Afghanistans Machtelite, aber eben auch ein herber Gesichtverlust für das Bündnis. Als geordnete „Übergabe in Verantwortung“ ließe sich der Abzug dann kaum noch darstellen.

Von der Einigung zwischen Washington und Kabul hängt auch der Verbleib der Bundeswehr ab. Wenn die Amerikaner das Land verlassen, werden auch die Deutschen nicht bleiben können. Bei einer Verschlechterung der Lage bräuchte man zwingend die Unterstützung der USA, um die eigenen Truppen schnell zu evakuieren. Läuft doch alles nach Plan, sollen nach 2014 rund 12.000 US-Soldaten im Land bleiben.

Bescheidener Anfang Ende Dezember dieses Jahres jährt sich der Beginn des deutschen Afghanistan-Einsatzes zum zwölften Mal. Zwei Tage vor Heiligabend 2001 beschloss der Bundestag die Beteiligung an ISAF. Eine Truppe von 1.000 Soldaten sollte für sechs Monate in Kabul die Arbeit der provisorischen afghanischen Regierung sichern. Jenseits der Stadtgrenzen führte eine von den USA angeführte Koalition weiterhin Krieg. Als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 hatte die US-Regierung die „Operation Enduring Freedom“ (OEF) begonnen, um dem Terrornetzwerk Al-Qaida das Rückzugsgebiet in Afghanistan zu nehmen. Seit dem 7. Oktober flogen die USA Luftangriffe auf Afgha-

nistan und verdeckt operierende Spezialkräfte am Boden koordinierten die Bombardements mit den Milizen der afghanischen Nordallianz. Auch Deutschland trat offiziell in den Krieg ein. Die Abstimmung über das Mandat hätte beinahe zum Sturz der damaligen rot-grünen Bundesregierung geführt. Zwar hätte das Mandat in jedem Fall eine Mehrheit bekommen, da auch die damaligen Oppositionsfraktionen CDU/CSU und FDP den Einsatz unterstützten. Da Kanzler Gerhard Schröder die Unterstützung seiner Koalitionsgesparten wollte, verband er die Abstimmung mit der Vertrauensfrage. Unter anderem enthielt der Bundestagsbeschluss das Mandat zur Entsendung von 100 Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK). Es war ein Kampfauftrag: Man berief sich auf Artikel 5 des Nato-Vertrages und Artikel 53 der UN-Charta, ging also von einem militärischen Angriff auf die Vereinigten Staaten und einem daraus erwachsenen Selbstverteidigungsrecht der USA und ihrer Verbündeten aus. Das einige Wochen später verabschiedete ISAF-Mandat basierte dagegen nur auf einem Auftrag des UN-Sicherheitsrats. Als die Bundeswehr 2003 das Lager in Kundus übernahm, war dies der erste Einsatz unter ISAF-Mandat außerhalb Kabuls. Zwei

Jahre später wurde das Zuständigkeitsgebiet der ISAF auf das ganze Land ausgeweitet. Der Einsatz wurde offiziell eine Nato-Operation, die Trennung zwischen ISAF und OEF war kaum noch zu erkennen. Galt Kundus lange Zeit als relativ sicher, war es spätestens ab 2007 damit vorbei. Die leichten Geländewagen wurden durch gepanzerte Fahrzeuge ersetzt. Und es wurde geschos-

sen. Erstmals seit 1945 starb im April 2008 ein deutscher Soldat in einem Gefecht.

Der Abzug Am frühen Abend des 7. September 2013 sind im Lager Kundus heftige Detonationen zu hören. „CAS bei Isa Kehl“, tönt es über die Lautsprecheranlage des Lagers. Knapp vier Kilometer entfernt hatten

Aufständische einen Kontrollposten der afghanischen Polizei angegriffen. Die Afghanen fürchteten, überrannt zu werden, und baten um Hilfe. Fünf Wochen bevor der letzte deutsche Soldat Kundus verließ, genehmigte der Bundeswehr-Kommandant noch einen Luftangriff. So kurz vor der Übergabe des Lagers an die Afghanen, war dies nicht gerade ein Zeichen dafür, dass man die Lage bei Kundus erfolgreich unter Kontrolle bringen konnte.

Am 19. Oktober verließ dann der letzte Konvoi aus schweren Bundeswehrfahrzeugen und einigen hundert Soldaten das Lager in Kundus. Das blutigste Kapitel des deutschen Einsatzes war damit zu Ende gegangen. Doch zumindest in kleinerem Umfang ist eine Rückkehr nicht ausgeschlossen. Innerhalb des nun afghanischen Lagers gibt es dazu einen eigenen deutschen Bereich: „Contingency Interim Staging Base“, eine für Notfälle zeitlich befristete Unterkunft. Sollten die „afghanischen Kameraden dort stark in Bedrängnis geraten“, wollen die Deutschen sie „im absoluten Notfall“ unterstützen, heißt es.

Die letzte Basis Am Rande Stadt Mazar-i-Scharif liegt die nunmehr letzte deutsche Basis in Afghanistan, zweieinhalb mal anderthalb Kilometer groß. Im Jahr 2005 wurde sie angelegt, um die internationalen Truppen im Norden zu versorgen. Neben rund 2.500 deutschen Soldaten leben hier mindestens noch einmal so viele Soldaten aus anderen Nato-Staaten. Auf dem riesigen Areal mit Geschäften, Pizzeria, Sporthallen und Cafés kann man den Krieg draußen gut vergessen.

In einem Containerbüro in einem streng abgesicherten Bereich der Basis sitzt der oberste deutsche Soldat in Afghanistan: Generalleutnant Jörg Vollmer befehligt als Regionalkommandeur Nord alle ISAF-Truppen im Norden des Landes. Er war schon 2009 einmal auf diesem Posten. Damals führte die Bundeswehr ihre ersten Gefechte. In Berlin konnte man bald nicht länger vermeiden, von einem Krieg zu sprechen. Jetzt ist Vollmer damit beschäftigt, den Abzug der Truppen zu organisieren. Und er plant für die Zeit nach 2014, wenn das ISAF-Mandat endgültig beendet sein wird. Bleibt es bei der aktuellen Planung, wird der Einsatz vorwiegend daraus bestehen, in dem ebenfalls bei Mazar-i-Scharif gelegenen afghanischen „Camp Shaheen“ den Kontakt mit afghanischen Stabsoffizieren zu halten. „Wir werden hier einen Kern von 100 bis 120 Soldaten haben, die den Ausbildungsauftrag wahrnehmen“, erläutert Vollmer. Darüber hinaus brauche man Leute, die die medizinische Versorgung, die Bewachung des Lagers, den Transport und den Flugbetrieb sicherstellen. „Wenn sie das zusammenrechnen, kommen sie schnell auf eine Zahl von 1.200 Soldaten.“

Anfang des Jahres hatte die Bundesregierung erklärt, nach 2014 nur noch 600 bis 800 Soldaten im Land zu lassen. Rechnet man von dieser Gesamtstärke noch mindestens 100 bis 200 Soldaten ab, die in den internationalen Stäben in Kabul Dienst tun, bleiben für Unterstützungsleistungen in der Logistikbasis Mazar-i-Scharif nur 300 bis 500 Soldaten. Auch wenn die Bundeswehr

viele Aufgaben wie Verpflegung, Wäsche und Abfall längst an private Firmen ausgelagert hat, für den Betrieb des Camps wird man sich noch mehr Unterstützung von Verbündeten holen müssen. Entscheiden kann man noch nichts: Solange unklar ist, ob und in welcher Stärke die USA in Afghanistan und speziell im Norden präsent sein werden, bleibt den Bundeswehrplanern nur das Abwarten.

Schwierige Bilanz Wie die Lage nach 2014 auch sein wird, für viel mehr als Ergebnisverwaltung werden keine Kapazitäten frei sein. Man könnte eine Bilanz des Einsatzes ziehen. Doch auf politischer Ebene gibt es kaum Bedürfnis über Afghanistan auch nur zu sprechen. Im Wahlkampf war der Einsatz kein Thema mehr. Und auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD fehlt der Hinweis auf eine Bestandsaufnahme. Eine Bilanz zu ziehen ist schon deshalb schwierig, weil sich die Ziele der Mission über die Jahre immer wieder verändert haben. Standen zu Beginn Demokratisierung und Menschenrechte auf der Agenda, geht es jetzt nur noch darum, das Land einigermaßen bürgerkriegsfrei zu verlassen. Mit Blick auf den Einsatz in Kundus hat sich das angesehene „Afghan Analysts Network“ mit einer ersten Bilanz vorgewagt. Die Regionalwissenschaftler kommen zu dem nüchternen Ergebnis, dass die Bundeswehr vor Ort nur selten versucht habe, „die

Machtstruktur aktiv zu beeinflussen“. Um sich vor Ort keine Feinde zu machen, habe man die lokalen Machthaber unterstützt. Der Einsatz habe zu einer „Zementierung der existierenden Machtstrukturen“ geführt, kritisieren die Forscher in einer jüngst veröffentlichten Studie.

Aus Sicht der jeweiligen Kommandeure ist dieses Vorgehen verständlich, da es die Gefahr für die eigenen Soldaten vermindert. Ehrgeizigeren Zielen aber dürfte es geschadet haben. Dieses Dilemma wird der Bundeswehr in Afghanistan erhalten bleiben: Durch den weitgehenden Rückzug in das Camp bei Mazar-i-Scharif wird das Risiko für die Soldaten zwar minimiert. Doch damit fehlen auch Mittel, in das Geschehen eingreifen zu können. Wenn aber die Deutschen auch bei schweren Menschenrechtsverletzungen oder einer Eskalation der Gewalt nicht intervenieren, kann dies die Frage aufwerfen, warum der Einsatz überhaupt noch fortgeführt wird. *Eric Chauvistré*

Der Autor arbeitet als freier Journalist und Militärgeschichtler in Berlin und hat die Bundeswehr in Afghanistan mehrfach besucht.

Parlamännchen
Politik für Kinder

Auslandseinsätze

Deutschland hat eine eigene Armee, die das Land in einem Krieg verteidigen soll. Diese Armee heißt Bundeswehr. In den vergangenen 20 Jahren ist die Bundeswehr aber immer auch in andere Länder geschickt worden. Dort sollen die deutschen Soldaten zum Beispiel helfen, Kriege zu beenden und für Sicherheit zu sorgen. Seit zwölf Jahren ist die Bundeswehr in Afghanistan, um zu helfen. Für die deutsche Soldaten ist dies sehr gefährlich. Viele von ihnen wurden verletzt und sogar getötet. Deshalb darf die deutsche Regierung die Soldaten nur dann in andere Länder schicken, wenn das Parlament, der Bundestag, zustimmt.



Kommandeur der ISAF-Truppen in Nordafghanistan: Generalleutnant Jörg Vollmer

➔ Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Straßenmaut in Europa – Überblick und Analysen



Mautsysteme für Fernstraßen in Europa

Von Patrick Baumgarten, Tobias Huld und Karl-Hans Hartwig
2013, 112 S., Brosch., 24,- €
ISBN 978-3-8487-0944-1
(Beiträge und Studien des Instituts für Verkehrswissenschaft der Universität Münster, Bd. 6)

Diese Studie bietet einen systematischen Überblick über Entwicklungen und Erfahrungen mit flächendeckenden Mautsystemen für Fernstraßen. Behandelt werden u.a. ökonomische Begründungen für Straßenbenutzungsgebühren, die praktische Umsetzung sowie die Europäische Verkehrspolitik. Abschließend werden mögliche Trends für Mautsysteme in Europa aufgezeigt.

Kostenlose Leseprobe unter www.nomos-shop.de/21877

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de





Auslandseinsätze der Bundeswehr

- EU-Missionen
- UN-Missionen
- NATO-Missionen

MINURSO

- > **Einsatz** Beteiligung deutscher Soldaten an der Mission der Vereinten Nationen in der Westsahara (MINURSO).
- > **Mandat** Seit Oktober 2013 auf Beschluss der Bundesregierung. Ein Bundestagsmandat ist nicht nötig, da es sich um einen unbewaffneten Einsatz handelt.
- > **Auftrag** Die Kernaufgabe liegt in der Überwachung des Waffenstillstands zwischen Marokko und der Unabhängigkeitsbewegung „Frente Polisario“. Zugleich wird ein Referendum über den Status der Westsahara angestrebt.
- > **Kontingent** Derzeit sind zwei deutsche Soldaten in der Westsahara im Einsatz.
- > **Internet** www.minurso.unmissions.org

ACTIVE ENDEAVOUR

- > **Einsatz** Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Operation Active Endeavour (OAE).
- > **Mandat** Erstmals durch den Bundestag im November 2001 erteilt, zuletzt verlängert im Dezember 2012 für weitere zwölf Monate (17/11890).
- > **Auftrag** Überwachung des Mittelmeers im Rahmen der Terrorismus-Bekämpfung. Ursprünglich war diese Einsatz mit der Operation Enduring Freedom (OEF) verknüpft.
- > **Kontingent** Derzeit keine Soldaten im Einsatz. Es können bis zu 700 Soldaten eingesetzt werden.
- > **Internet** www.nato.int/cps/en/natolive/topics_7932.htm

STRATAIRMEDEVAC

- > **Einsatz** Strategischer Verwundetenlufttransport aus den Einsatzgebieten der Bundeswehr im Ausland.
- > **Mandat** Für diesen Einsatz wird kein Mandat benötigt.
- > **Auftrag** Schnelle medizinische Hilfe für Bundeswehrsoldaten in den Einsatzgebieten und Überführung von Verwundeten zur Behandlung nach Deutschland.
- > **Kontingent** Die Bundeswehr hält für diesen Einsatz 41 Soldaten und ein Flugzeug vom Typ Airbus Medevac, das mit modernster intensivmedizinischer Ausrüstung ausgestattet ist, ständig auf Abruf bereit.
- > **Internet** www.sanitsdienst-bundeswehr.de

MINUSMA

- > **Einsatz** Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA).
- > **Mandat** Im Februar 2013 vom Bundestag erteilt für zwölf Monate (17/12368).
- > **Auftrag** Lufttransport von französischen Truppen nach und innerhalb von Mali. Luftbetankung von französischen Flugzeugen im Einsatzgebiet.
- > **Kontingent** Derzeit sind 70 deutsche Soldaten auf dem Luftstützpunkt Dakar im Senegal stationiert. Es können bis zu 150 Soldaten eingesetzt werden.
- > **Internet** www.un.org/en/peacekeeping/missions/minusma

UNAMID

- > **Einsatz** Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations-African Union Hybrid Mission in Darfur (UNAMID).
- > **Mandat** Erstmals erteilt im November 2007, zuletzt verlängert am 28. November 2013 für weitere zwölf Monate (18/72).
- > **Auftrag** Überwachung der Waffenstillstandsabkommen zwischen der sudanesischen Regierung und Rebellengruppen in der Provinz Darfur im Süd-Sudan.
- > **Kontingent** Derzeit sind zehn Bundeswehrsoldaten in der Provinz Darfur stationiert. Es können bis zu 50 Soldaten eingesetzt werden.
- > **Internet** www.un.org/en/peacekeeping/missions/unamid

EUTM MALI

- > **Einsatz** Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der EU geführten Ausbildungsmission EUTM Mali.
- > **Mandat** Im Februar 2013 vom Bundestag erteilt für zwölf Monate (17/12367).
- > **Auftrag** Ausbildung von Pionieren für eine malische Armee, die in der Lage ist, die Sicherheit im Land eigenständig zu garantieren. Daneben beteiligt sich die Bundeswehr an der sanitätsdienstlichen Versorgung der Gesamtmission.
- > **Kontingent** Derzeit sind 101 deutsche Soldaten in Mali im Einsatz. Es können bis zu 180 Soldaten eingesetzt werden.
- > **Internet** www.eeas.europa.eu/csdp/missions-and-operations/eutm-mali

UNMISS

- > **Einsatz** Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Südsudan (UNMISS).
- > **Mandat** Erstmals erteilt im November 2007, zuletzt verlängert am 28. November 2013 für weitere zwölf Monate (18/72).
- > **Auftrag** Unterstützung beim Staats- und Institutionsaufbau des Südsudans nach der Unabhängigkeit im Jahr 2011, bei der weiteren friedlichen Entwicklung und beim Schutz von Zivilisten.
- > **Kontingent** Derzeit sind 22 deutsche Soldaten im Südsudan im Einsatz. Es können bis zu 50 Soldaten eingesetzt werden.
- > **Internet** www.un.org/en/peacekeeping/missions/unmiss

EUSEC

- > **Einsatz** Beteiligung deutscher Soldaten an der European Security Sector Reform Mission Congo (EUSEC Rd Congo).
- > **Mandat** Auf Beschluss der Bundesregierung seit Juni 2005. Ein Bundestagsmandat ist nicht nötig, da es sich um einen unbewaffneten Einsatz handelt.
- > **Auftrag** Im Vordergrund stehen die politische Integration der verschiedenen regionalen Gruppierungen sowie die Unterstützung bei Umstrukturierung und Wiederaufbau der kongoleischen Armee.
- > **Kontingent** Derzeit sind drei deutsche Soldaten im Kongo stationiert.
- > **Internet** www.eeas.europa.eu/csdp/missions-and-operations/eusec-rd-congo

KFOR

- > **Einsatz** Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Kosovo Force (KFOR).
- > **Mandat** Erstmals im Juni 1999 durch den Bundestag erteilt, zuletzt verlängert im Juni 2013 für weitere zwölf Monate (17/13661).
- > **Auftrag** Absicherung des Aufbau multiethnischer, friedlicher, und rechtsstaatlicher Strukturen, humanitäre Hilfe in Notsituationen und Förderung der Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen. Zusammenarbeit mit der Rechtsstaatskommission der Europäischen Union (EULEX).
- > **Kontingent** Derzeit sind 676 Bundeswehrsoldaten im Kosovo stationiert. Es können bis zu 1.850 Soldaten eingesetzt werden.
- > **Internet** www.nato.int/kafor

ACTIVE FENCE

- > **Einsatz** Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der NATO zur Verstärkung der Luftverteidigung der Türkei (Active Fence Turkey).
- > **Mandat** Erstmals durch den Bundestag im Dezember 2012 (17/11783) erteilt.
- > **Auftrag** Devisive Sicherung des türkischen Luftraums gegen mögliche Bedrohungen, die sich aus dem Bürgerkrieg in Syrien ergeben.
- > **Kontingent** Derzeit sind 299 Soldaten mit Patriot-Luftabwehrraketen und ABC-Spürpanzern in der Türkei stationiert. Es können bis zu 400 Soldaten eingesetzt werden.
- > **Internet** www.nato.int/cps/en/natolive/topics_92140.htm

ISAF

- > **Einsatz** Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan.
- > **Mandat** Erstmals vom Bundestag im Dezember 2001 erteilt, zuletzt verlängert Ende Januar 2013 für zwölf Monate (17/11685).
- > **Auftrag** Unterstützung der afghanischen Regierung bei der Herstellung und Sicherung der inneren Stabilität, der humanitären Hilfe und der Rückkehr von Flüchtlingen. Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte.
- > **Kontingent** Derzeit sind 3.469 Soldaten in Afghanistan stationiert. Es können bis zu 4.400 Soldaten eingesetzt werden. Abzug des Hauptkontingentes hat begonnen.
- > **Internet** www.isaf.nato.int

UNAMA

- > **Einsatz** Beteiligung deutscher Soldaten an der United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA).
- > **Mandat** Seit März 2002 durch Beschluss der Bundesregierung. Ein Bundestagsmandat ist nicht nötig, da es sich um einen unbewaffneten Einsatz handelt.
- > **Auftrag** Aufgabe ist es, die afghanische Regierung und ihre Institutionen bei der Umsetzung der Bonner Beschlüsse zu unterstützen, beispielsweise auf den Gebieten Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung.
- > **Kontingent** Derzeit ist ein Soldat als Militärbeobachter in Kabul stationiert.
- > **Internet** www.unama.unmissions.org

UNIFIL

- > **Einsatz** Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL).
- > **Mandat** Erstmals durch den Bundestag erteilt im September 2006, zuletzt verlängert im Juni 2013 um zwölf Monate (17/13753).
- > **Auftrag** Kontrolle der Seewege vor dem Libanon. Kontrolle und Umleitung von Schiffen bei Verdacht auf Waffenschmuggel. Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe für die libanesischen Marine.
- > **Kontingent** Derzeit sind 149 Soldaten und zwei Schnellboote im Einsatz. Eingezetzt werden können bis zu 300 Soldaten.
- > **Internet** www.un.org/en/peacekeeping/missions/unifil

EU Cap Nestor

- > **Einsatz** Beteiligung deutscher Soldaten und Polizisten an der europäischen Mission EU Cap Nestor.
- > **Mandat** Seit August 2012 auf Beschluss der Bundesregierung für zwei Jahre. Ein Bundestagsmandat ist nicht nötig, da es sich um einen unbewaffneten Einsatz handelt.
- > **Auftrag** Ausbildung von Marine, Küstenwachen und Polizisten in Dschibuti, Somalia, Kenia und auf den Seychellen zur Bekämpfung der Piraterie.
- > **Kontingent** Derzeit sind zwei deutsche Soldaten in Dschibuti im Einsatz.
- > **Internet** www.eas.europa.eu/csdp/missions-and-operations/eucap-nestor

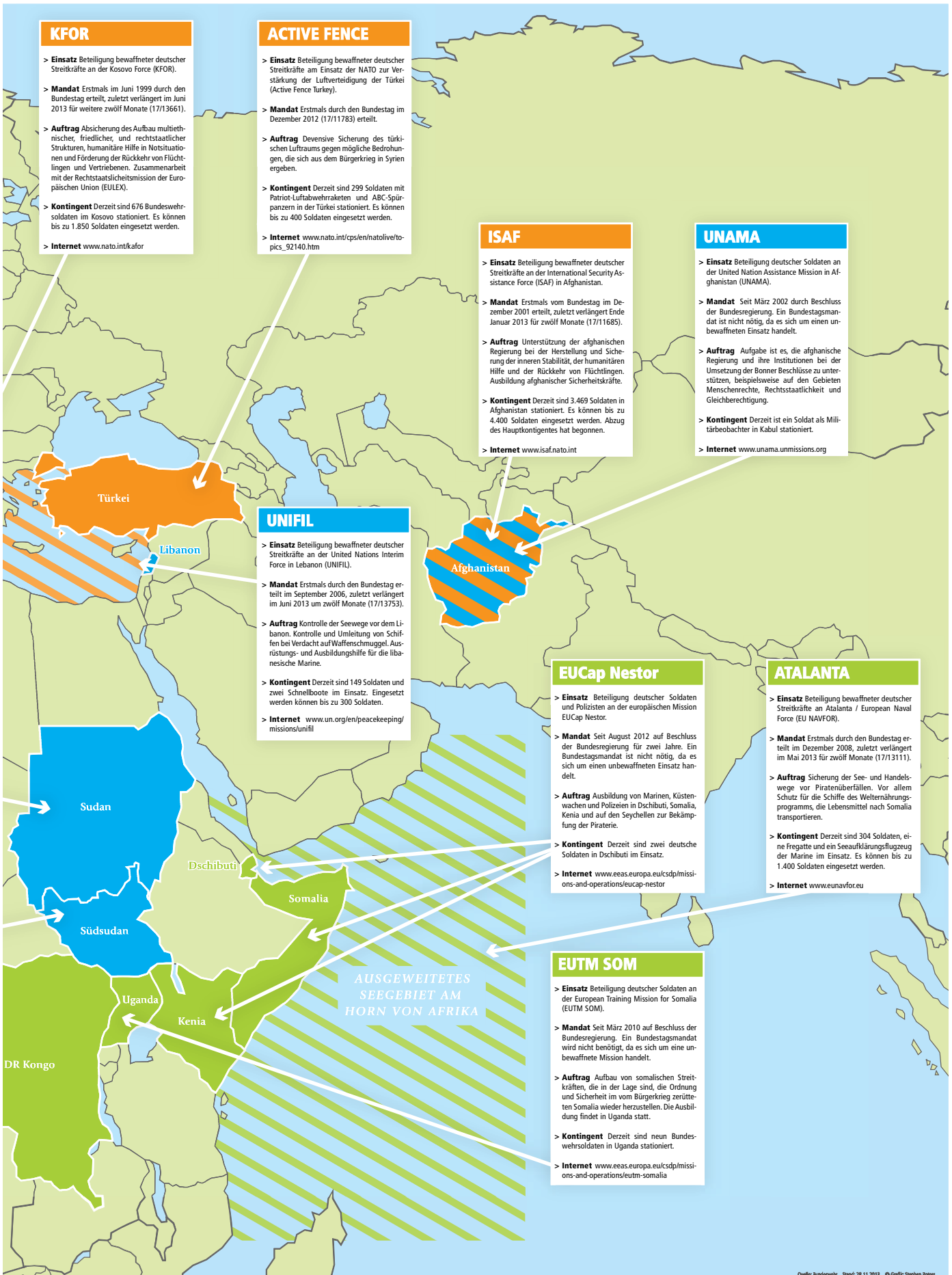
ATALANTA

- > **Einsatz** Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an Atalanta / European Naval Force (EU NAVFOR).
- > **Mandat** Erstmals durch den Bundestag erteilt im Dezember 2008, zuletzt verlängert im Mai 2013 für zwölf Monate (17/13111).
- > **Auftrag** Sicherung der See- und Handelswege vor Piratenüberfällen. Vor allem Schutz für die Schiffe des Welternährungsprogramms, die Lebensmittel nach Somalia transportieren.
- > **Kontingent** Derzeit sind 304 Soldaten, eine Fregatte und ein Seeaufklärungsflugzeug der Marine im Einsatz. Es können bis zu 1.400 Soldaten eingesetzt werden.
- > **Internet** www.eunavfor.eu

EUTM SOM

- > **Einsatz** Beteiligung deutscher Soldaten an der European Training Mission for Somalia (EUTM SOM).
- > **Mandat** Seit März 2010 auf Beschluss der Bundesregierung. Ein Bundestagsmandat wird nicht benötigt, da es sich um eine unbewaffnete Mission handelt.
- > **Auftrag** Aufbau von somalischen Streitkräften, die in der Lage sind, die Ordnung und Sicherheit im vom Bürgerkrieg zerütteten Somalia wieder herzustellen. Die Ausbildung findet in Uganda statt.
- > **Kontingent** Derzeit sind neun Bundeswehrsoldaten in Uganda stationiert.
- > **Internet** www.eas.europa.eu/csdp/missions-and-operations/eutm-somalia

AUSGEWEITETES SEEGBIET AM HORN VON AFRIKA



Bürgerprogramm soll kommen

FAMILIE Die Bundesregierung will der Verordnung des Europäischen Rates für das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ zustimmen. Den entsprechenden Gesetzentwurf der Regierung (18/13) überwies der Bundestag am vergangenen Donnerstag in erster Lesung in den Hauptausschuss. Gemäß Artikel 23 Grundgesetz muss eine Zustimmung Deutschlands zu dem EU-Programm vom Bundestag per Gesetz beschlossen werden.

Im Rahmen des bisherigen Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ werden nach Angaben der Regierung Kommunen, Vereine, Verbände, Bildungseinrichtungen, Forschungsinstitute, Stiftungen, Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Organisationen gefördert, die mit ihren Aktivitäten zur Stärkung einer aktiven europäischen Bürgerschaft beitragen. Inhaltliche Schwerpunkte des neuen Programmzeitraums von 2014 bis 2020 sollen die Themen „Europäisches Geschichtsbewusstsein“ und „Demokratisches Engagement und Bürgerbeteiligung“ sein. Das Programm soll aus dem Gesamthaushalt der Europäischen Union finanziert werden. Der Anteil Deutschlands am EU-Budget liegt derzeit bei rund 20 Prozent.

In der Debatte signalisierten CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen ihre Zustimmung zu dem EU-Programm. Deren Redner betonte, wie wichtig es sei, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken, um den europäischen Gedanken in der Gesellschaft tiefer zu verankern. Lediglich die Linksfaktion kündigte an, den Gesetzentwurf abzulehnen. Es sei zu befürchten, dass lediglich „Projekte, die im Einklang mit der gegenwärtigen EU-Strategie stehen, bei der Mittelvergabe bevorzugt werden, während kritische Projekte drohen leer auszugehen“, monierte Andrej Hunko (Linke). **aw**



Durchbruch in der Schweiz: Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP), Catherine Ashton, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, und Irans Außenminister Mohammad-Javad Zarif (v.l.n.r.) in Genf

Stunde der Diplomaten

IRAN Fraktionsübergreifende Lobesworte für Westerwelle und Ashton für den Durchbruch im Atomstreit

Senat schließt Berlusconi aus

ITALIEN Italiens früherer Ministerpräsident Silvio Berlusconi droht das politische Aus. Der italienische Senat schloss den 77-jährigen vergangenen Woche aus seinen Reihen aus. Der rechtskräftig verurteilte Ex-Regierungschef verabschiedete sich mit einer Kampfansage. „Auch außerhalb des Parlaments kann man immer noch kämpfen, für die Freiheit einstehen“, rief Berlusconi seinen Anhängern zu.

Die Abstimmung über seinen Ausschluss war eine Konsequenz aus dessen rechtskräftigen Verurteilung wegen Steuerbetrugs. Er war im August in letzter Instanz zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Als rechtskräftig verurteilter Steuerbetrüger darf Berlusconi kein politisches Amt mehr ausüben.

Mit dem Ausschluss aus der Kammer besitzt er in weiteren Strafverfahren keine Immunität mehr. Wie am Freitag bekannt wurde, drohen ihm Ermittlungen wegen des Verdachts der Korruption. Berlusconi soll nach Ansicht eines Mailänder Gerichts im „Ruby“-Prozess um Sex mit minderjährigen Prostituierten Zeugen bestochen haben. Er war in dem Verfahren im Juni in erster Instanz zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. Nach Ansicht der Richter sollen Berlusconi und seine Anwälte den Frauen, die im „Ruby“-Prozess ausgesagt haben, Geld bezahlt haben, wie die Nachrichtenagentur Ansa berichtete. Das geht aus dem am Freitag veröffentlichten schriftlichen Urteilsbegründung zu einem anderem Prozess in der „Ruby“-Affäre hervor. **dap/so**

Dass er das noch erleben durfte: Redner aller Fraktionen bis hin zur Linken zollten Außenminister Guido Westerwelle (FDP) Anerkennung für seine Politik im Atomstreit mit dem Iran. Sichtlich gerührt nahm der Liberale, der im Parlament keinen Sitz mehr hat, von der Regierungsbank aus die Lobesworte entgegen. Noch besser weg kam Lady Catherine Ashton. Ein „Bravourstück“ habe die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik abgeliefert, lobte Rolf Mützenich (SPD) am vergangenen Donnerstag in der Bundestagsdebatte zum vorläufigen Atomabkommen mit dem Iran. „Die vielgescholtene Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union hat hier bewiesen, dass Europa durchaus in der Lage ist, Instrumente aus dem historischen Erfahrungsschatz anzubieten und zum Nutzen aller umzusetzen.“

Der Iran hatte, nach fast zehnjährigen ergebnislosen Verhandlungen über sein Atomprogramm, Ende November einem Teilabkommen zugestimmt. Darin verpflichtet er sich zu vertrauensbildenden Maßnahmen, um Sorgen der Weltgemeinschaft zu zerstreuen, das Land könnte an Atomwaffen arbeiten. Im Gegenzug sagten die Verhandlungspartner eine Teilaufhebung der wegen des Atomprogramms verhängten Wirtschaftsanktionen zu. In Genf saßen unter der Verhandlungsführung Ashtons die fünf UN-Vetomächte USA, Russland, China, Großbritannien

und Frankreich sowie Deutschland mit dem Iran an einem Tisch. Der Iran sichert in dem Abkommen zu, alles auf mehr als fünf Prozent angereicherte Uran unter diese Schwelle abzuschwächen oder so zu verändern, dass es nicht zu waffenfähigem Uran weiterverarbeitet werden kann. Der Iran darf keinen neuen Zentrifugen zur Urananreicherung installieren und muss einen großen Teil der vorhandenen Zentrifugen stilllegen. Der Betrieb des neuen Schwerwasserreaktors Arak, in dem militärisch nutzbares Plutonium hergestellt werden könnte, darf nicht weiter vorbereitet werden. Den Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Behörde IAEA sichert der Iran eine sehr weitgehende Kooperation zu. Während der sechsmonatigen Laufzeit der Übereinkunft soll eine Dauerlösung ausgearbeitet werden.

Am Verhandlungstisch Das Abkommen sei noch nicht die Lösung des Atomkonflikts, sagte Westerwelle in seiner wahrscheinlich letzten Rede im Bundestag, „aber wir sind dieser Lösung nähergekommen“. Die noch amtierende Bundesregierung habe eines immer deutlich gemacht: „Wir wollen eine Verhandlungslösung, wir beteiligen uns nicht an militärischen Interventions-Szenarien“. Dass dies die richtige Politik sei, werde „durch die Verhandlungen von Genf eindrucksvoll bestätigt“. Westerwelle betonte, die Bundesregierung habe immer die Interessen Israels „fest im Blick“. Er verwahrte sich aber gegen Kritik an dem Teilabkommen, wie sie unter anderem Israels Premierminister Benjamin

Netanjahu geäußert hatte. „Die Behauptung, man würde hier im guten Glauben handeln und sei ausschließlich auf das Vertrauen angewiesen, trifft nicht zu.“ Bei den Genfer Verhandlungen seien umfangreiche Kontrollen fest vereinbart worden. Auch Mützenich sieht mit der Genfer Verständigung die europäische Politik der Diplomatie und Vertrauensbildung bestätigt. Mit dieser Politik sei „die Teilung in Europa überwunden worden“. Europa könne seine guten Erfahrungen mit „Wandel durch Annäherung“ künftig auch in anderen Krisenherden nutzbar machen. Mützenich regte an, dass Abgeordnete des Bundestages auf iranische Parlamentarier

zuzugehen sollten, um sie von „der wichtigen Initiative zu überzeugen“. Mit Blick auf die für Januar geplanten Friedensgespräche für Syrien sagte Mützenich: „Der Iran gehört mit an den Verhandlungstisch.“ „Ruhe bewahren“ forderte Jan van Aken (Die Linke) für die nächsten Monate. Es gebe „genug Hardliner“, die keinen Erfolg der Atomgespräche wollten – im Iran selbst, in den USA und in Israel. Von deren Seite seien Provokationen zu erwarten. Nun gehe es darum, auf beiden Seiten Vertrauen zu schaffen. Denn es gebe nicht nur Misstrauen gegenüber dem Iran wegen dessen nuklearer Aktivitäten, sondern auch Misstrauen des Iran gegenüber dem

Westen. Für absurd halte er die verbreitete Ansicht, erst harte Sanktionen hätten den Iran an den Verhandlungstisch geführt, sagte van Aken. Sonst hätte es schon vor einem Jahr eine Einigung geben müssen. Möglich gemacht hätten den Durchbruch vielmehr zwei Wahlen: erst die Barack Obamas in den USA, dann die Hassan Rohanis zum neuen Präsidenten des Iran.

Sanktionen Agnieszka Brugger (Bündnis 90/Die Grünen) blieb jedoch dabei: Mit den Sanktionen sei es gelungen, den Iran an den Verhandlungstisch zu bringen. Noch sei der Atomkonflikt aber nicht gelöst, mahnte Brugger. In den sechs Monaten, die das Interimsabkommen nun gilt, könne viel passieren. Wie diese Zeit genutzt werde, werde „für Jahre ausschlaggebend sein“. Es liege nun an der neuen Regierung in Teheran, „der internationalen Gemeinschaft glaubhaft zu beweisen, dass sie ernsthaft an einer langfristigen und tragbaren Lösung des Atomkonflikts interessiert ist“.

Mehrere Redner hoben hervor, dass man die Bedenken Israels, aber auch der unmittelbaren Nachbarn des Iran ernst nehmen müsse. „Der Iran hat die Weltöffentlichkeit oft genug getäuscht“, sagte Thomas Silberhorn (CSU), und sein Fraktionskollege Andreas Schockenhoff (CDU) betonte: „Israel kann die Gefahr seiner möglichen nuklearen Vernichtung durch den Iran nicht völlig ignorieren.“ Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels seien auch für die neue Koalition in Berlin „nicht verhandelbar“. **Peter Stützel**



Darf auf iranische Kooperation hoffen: IAEA-Generaldirektor Yukiya Amano

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

* Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de

Tauziehen um Kiew

EU-GIPFEL Die Annäherung zwischen der Ukraine an die EU ist zumindest vorerst gescheitert. Georgien und die Republik Moldau rücken näher an Europa ran

Die geplante EU-Annäherung der Ukraine führt zu Spannungen zwischen Europa und Russland. Zum Abschluss des Gipfels zur östlichen Partnerschaft in Litauen warnte die EU-Spitze am vergangenen Freitag Moskau offen davor, frühere Sowjetrepubliken zu bedrängen. „Wir werden uns dem Druck Russlands nicht beugen“, sagte EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy in Vilnius. Moskau warf seinerseits der EU „beispiellosen Druck“ auf die Ukraine vor. Kiew verweigert nach Drohungen Russlands seine Unterschrift für ein fertiges Abkommen für engere Partnerschaft und freien Handel.

Der Rückschlag mit der Ukraine belastete das zweitägige Spitzentreffen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte: „Wir haben natürlich hier heute nicht das erreicht, was wir wollten mit der Ukraine.“ Van Rompuy sagte, der Ukraine-Pakt solle „früher oder später“ besiegelt werden – einen Zeitplan dafür gab es nicht.

Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch brachte beim Gipfel alle gegen sich auf: Die EU könnte doch im Streit um sein auf Finanzhilfe angewiesenes Land mit den 45 Millionen Einwohnern auch mit Russland verhandeln. Die EU lehnt das als „schlechten Scherz“ ab. Auch das Ansinnen des mächtigen Mannes aus Kiew, in letzter Minute eine gemeinsame Erklärung zu verhandeln, wurde von der EU-Spitze als verspätet zurückgewiesen.

Früher – oder später Laut Diplomaten könnte die Hängepartie Jahre dauern. Das Land mit 45 Millionen Menschen ist strategisch wichtig, insbesondere für den Gas-Transit nach Europa. Barroso sagte in ungewöhnlicher Deutlichkeit mit Blick auf Russland: „Wir können keinerlei Vetorecht von Drittstaaten hinnehmen.“ Die Zeiten begrenzter Souveränität von Staaten in Europa sei vorbei. Ins Spiel gebracht dreiseitige Verhandlungen unter Einbeziehung Russlands zur Rettung des Abkommens seien für Europa nicht hinnehmbar. Die EU will bei einem länger geplanten Spitzentreffen Ende Januar 2014 die Streitfragen mit Präsident Wladimir Putin debattieren. Van Rompuy warnte, falls Moskau Entscheidungen osteuropäischer Länder beeinflusse, verstoße das gegen die Hel-

sinki-Prinzipien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die OSZE ist die einzige sicherheitspolitische Organisation, in der alle europäischen Länder, die Nachfolgestaaten der Sowjetunion und die USA vertreten sind.

In der ukrainischen Hauptstadt Kiew demonstrierten Ende vergangener Woche wieder Tausende Menschen für und gegen eine

Annäherung an die EU. Bis zu 10.000 EU-kritische Anhänger der Regierung versammelten sich zu einem Konzert. Auch Oppositionsanhänger gingen erneut auf die Straße. Die inhaftierte Oppositionsführerin Julia Timoschenko setzte ihren Hungerstreik fort.

Die Ukraine ist seit Jahren vom Staatsbankrott bedroht. Der Westen hatte mehrfach unterstrichen, dass es für Notkredite

des Internationalen Währungsfonds (IWF) Regeln gebe, die für alle gleich seien. Die EU stellt laut Diplomaten in Aussicht, von ihrer Seite 600 Millionen Euro zu geben, falls die Bedingungen für IWF-Stützen erfüllt seien. Das ist jedoch bisher nicht der Fall.

Assoziierungsabkommen Im Gegensatz zur Ukraine rücken die beiden früheren Sowjetrepubliken Georgien und Moldau näher an Europa heran. Beim Gipfel in Vilnius wurden Abkommen für Assoziierung und freien Handel paraphiert. Sie sollen nächstes Jahr unterschrieben werden – und können dann vorläufig in Kraft treten. Außerdem unterzeichnete Aserbaidschan einen Vertrag zur Visa-Erleichterung. „Wir erleben einen historischen Moment“, sagte der moldauische Premier Iurie Leanca. Der georgische Präsident Giorgi Margwelaschwili sagte: „Die EU hat sich zunehmend als ein glaubwürdiger Spieler beim internationalen Krisenmanagement erwiesen.“ Die östliche Partnerschaft besteht seit 2009. Ihr gehören außer der Ukraine, Georgien, Moldau, Aserbaidschan auch Weißrussland und Armenien an. Der nächste Ostpartnerschafts-Gipfel ist in der ersten Hälfte des Jahres 2015 im lettischen Riga geplant. **dpa/ah**



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU, Mitte) beim EU-Gipfel in Vilnius

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Es war ein hartes Stück Arbeit: Zum Schluss saßen die Unterhändler von CDU, CSU und SPD in der Nacht zu Mittwoch im Willy-Brandt-Haus in wechselnder Besetzung noch einmal 17 Stunden beisammen, bis der Koalitionsvertrag endlich stand. In der „Nacht der langen Messer“ fanden die künftigen Koalitionäre trotz der vielen strittigen Positionen eine Kompromisslinie, die freilich mit einem fetten Fragezeichen hinter der Finanzierung versehen ist. Und eine Hürde ist noch zu nehmen, bevor der Vertrag mit Leben gefüllt werden kann: Das letzte Wort hat die SPD-Basis beim Mitgliederentscheid Mitte Dezember. Erst dann ist der Weg frei für die dritte Große Koalition auf Bundesebene – oder alles wird zurück auf Null gestellt.

Von der Sechsen-Begegnung der drei Parteichefs bis hin zur großen Runde mit 75 Teilnehmern haben CDU, CSU und SPD seit dem 23. Oktober gestritten, gefeilscht und gedroht. Herausgekommen ist ein Vertrag, der vermuten lässt, dass manche Ecke gewaltsam ins Runde gequetscht wurde. Immerhin kann die 185 Seiten starke Vorlage mit dem Titel „Deutschlands Zukunft gestalten“ nun den Parteigremien zur Entscheidung vorgelegt werden.

Zufriedene Chefs Die drei Parteichefs Angela Merkel (CDU), Horst Seehofer (CSU) und Sigmar Gabriel (SPD) wirkten erstaunlich fit und erleichtert, als sie noch am Tag der Entscheidung den voluminösen Vertrag vorstellten. Merkel, für ihre Nehmerqualitäten bei nächtlichen Verhandlungsrunden berühmt, bedankte sich artig für die „sehr guten und von Vertrauen geprägten Beratungen“. Das Kompliment gab Gabriel prompt zurück und lobte die „fairen und nicht selten humorvollen“ Gespräche. Seiner Ansicht nach ist ein Vertrag für die „kleinen Leute“ herausgekommen. Seehofer frohlockte: „Ich bin hochzufrieden mit dem Inhalt des Vertrages.“

Erkennbar mühsam sind gleichwohl manche Ergebnisse zustande gekommen und so wird ein Stück Unsicherheit nicht weichen, ob dieses Bündnis von Dauer sein kann. Zu verschiedenen war die Ausgangslage nach der Wahl am 22. September mit einem überragenden Sieger Union und einer schwachen 25-Prozent-SPD, zu unterschiedlich die Vorstellungen. Nun muss die schwer berechenbare SPD-Basis das fällige Vertragswerk noch bestätigen, was derzeit niemanden zu einem größeren Wetteinsatz verleiten würde, wenn sich die Parteispitze auch zuversichtlich gibt. Spätestens am 15. Dezember soll das Ergebnis vorliegen, am 17. Dezember sollte mit der Kanzlerwahl die neue Regierung dann stehen.

Das unbeliebte N-Wort für Neuwahlen rutschte der CSU zuletzt heraus, als es rund eine Woche vor Abschluss der Gespräche in Berlin so gar nicht nach Einigungen aussah. Vor Neuwahlen sei ihm „nicht bange“, wurde eine Aussage des bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer kolportiert. Die SPD wedelte ihrerseits mit dem Mitgliederentwurf und sorgte für zusätzlich Zündstoff, nachdem der Bundesparteitag mitten in die Verhandlungen hinein eine Öffnung zur Linkspartei beschlossen hatte. Nun ist die Option Neuwahlen erst einmal vom Tisch.

Mindestlohn Die Kraftmeierei muss sich durch die wochenlangen Koalitionsverhandlungen gezogen haben wie die Sähne durch die Saucen. Alle drei „Volksparteien“ verlangten für sich eine sichtbare Handschrift in dem Dokument, das Deutschland durch die nächsten vier Jahre leiten soll. Aber die Rezepte sind unterschiedlich, was allein beim Thema Mindestlohn deutlich wird. Die Union schwenkte hier von einem klaren Nein zu einem Ja, aber. Nun soll der allgemeine gesetzliche Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro eingeführt werden, jedoch erst 2015 und mit der Möglichkeit, bis 2017 regionale Unterschiede und Ausnahmen zuzulassen. Eine Fachkommission soll in

Die Kunst der Balance im Ringen um Macht

KOALITIONSVERTRAG Mit der Einigung sollen alle Seiten leben können



Erschöpft, aber zufrieden: Die Parteichefs Sigmar Gabriel (SPD/links), Angela Merkel (CDU/Mitte) und Horst Seehofer (CSU/rechts) unterschreiben den Koalitionsvertrag.

regelmäßigen Abständen über die Höhe des Mindestlohns befinden. Die Wirtschaft warnt zwar vor Jobverlusten, kann aber, wie zu hören ist, mit einem Mindestlohn in der geplanten Größenordnung leben, solange er nicht weiter steigt.

Erschöpft und erleichtert präsentierten sich auch die Generalsekretäre am Morgen nach dem Durchbruch. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe sprach von einer „starken Unions-Handschrift“. Es habe sich gelohnt, hart zu verhandeln. Sein CSU-Amtskollege

Alexander Dobrindt, der im neuen Kabinett einen Ministerposten bekommen soll, verkündete stolz: „Wir sind mit allen wesentlichen Elementen im Koalitionsvertrag vertreten.“ Da wollte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles nicht zurückstehen und wertete die Gespräche als Erfolg. Das Paket, sagte Nahles, könne den SPD-Mitgliedern guten Gewissens vorgelegt werden.

Steuern An strittigen Themen mangelte es wahrlich nie. Für Bundeskanzlerin Merkel

und ihren Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) war vorrangig, die wirtschaftliche Erfolgsstory Deutschlands mit Wachstum, Beschäftigung und gefüllten Sozialkassen fortschreiben zu können. Die Vorgabe: Keine zusätzlichen Belastungen für die Arbeitgeberseite etwa in der Gesundheitsfinanzierung, keine neuen Schulden ab 2015, keine Steuererhöhungen, auch nicht indirekt. All das findet sich nun im Vertrag wieder. Die SPD konnte sich mit einer Kernforderung, höheren Steuern für Reiche,

schlicht nicht durchsetzen, was den finanziellen Spielraum nun einengt. Mitten in der Nacht vermeldeten die Unterhändler, sie hätten sich auf einen Finanzrahmen von 23 Milliarden Euro Mehrausgaben verständigt. Aber woher soll das Geld kommen?

Rente Richtig teuer werden die Rentenbeschlüsse. So sollen die rund neun Millionen Mütter, die vor 1992 Kinder geboren haben, schon ab Juli 2014 eine höhere Rente erhalten, um die Gerechtigkeitslücke zu jüngerer

Müttern mit mehr Rentenpunkten auszugleichen. Die Kosten sollen von der Rentenversicherung getragen werden. Für die SPD wichtig ist der abschlagsfreie Rentenbezug mit 63 Jahren, sofern 45 Versicherungsjahre zu Buche stehen. Die Regelaltersgrenze von 67 Jahren, 2007 von Union und SPD beschlossen, bleibt aber bestehen. Mit Blick auf Geringverdiener, die mindestens 40 Jahre lang Beiträge in die Sozialkassen eingezahlt haben und dennoch im Alter wenig Rente beziehen, will die Koalition ab 2017 eine „solidarische Lebensleistungsrente“ einführen. Und spätestens 2019 sollen die Ost-Renten auf Westniveau liegen.

Infrastruktur Milliarden will die künftige Regierung zudem in Bildung, Forschung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investieren. Die Mittel aus einer ausgeweiteten LKW-Maut und einer „europarechtskonformen PKW-Maut“ sollen dem Autobahnnetz zugute kommen. Die PKW-Maut soll dabei, wie von der CSU gefordert, deutsche Autofahrer nicht zusätzlich belasten, sondern nur ausländische. Ob das rechtlich umsetzbar ist, bleibt jedoch abzuwarten. (siehe S. 10)

Erfolgreich war die CSU auch beim Betreuungsgeld, das nicht wie von der SPD erhofft dem weiteren Kita-Ausbau geopfert wird. Verteidigen konnte die Union zudem das Ehe-Privileg. Statt sich auf die gleichgeschlechtliche Ehe mit allen Rechten und Pflichten einzulassen, will die Koalition nun lediglich „darauf hinwirken“, sexuelle Diskriminierungen abzubauen. Die Energiewende soll einhergehen mit Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Job-Erhalt. Die Förderung von Erneuerbaren Energien soll teilweise gedrosselt werden. Bis zum Sommer 2014 soll eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) stehen.

Doppelpass Bei der doppelten Staatsbürgerschaft setzte sich die SPD ansatzweise durch. Demnach entfällt für die in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kinder ausländischer Eltern der Optionszwang, also die Pflicht, sich bis zum 23. Geburtstag zwischen zwei Pässen zu entscheiden. Die Mehrstaatlichkeit wird akzeptiert, eine generelle Zulassung des „Doppelpasses“ ist aber nicht vorgesehen.

Außenpolitisch bekennt sich die Große Koalition zur Europäischen Union, zur NATO und den transatlantischen Beziehungen mit den USA. Deutschland werde „alle Anstrengungen unternehmen, um die Krise in Europa zu überwinden“. Der Türkei wird eine große strategische und wirtschaftliche Bedeutung zuerkannt. Ein EU-Beitritt des Landes lasse sich aber nicht garantieren. Auch die NSA-Spähaffäre findet Einzug in das Vertragswerk. So soll für jene Unternehmen eine europaweite Meldepflicht an die EU eingeführt werden, die Daten ihrer Kunden ohne deren Einwilligung an Behörden in Drittstaaten übermitteln.

Kabinett Platz für Überraschungen bietet noch der Ressortzuschnitt. Mit Rücksicht auf den SPD-Mitgliederentscheid sollen Ministerien und Minister vorerst ein Staatsgeheimnis bleiben. Durchgesickert ist schon, dass die SPD sechs Ministerien bekommt, die CDU fünf und die CSU drei. Dass SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier wieder Außenminister werden soll, ist ein schlecht gehütetes Geheimnis, der Rest ist noch Spekulation. Die Opposition von Linken und Grünen arbeitete sich vor allem an der SPD ab, die sich von Merkel habe über den Tisch ziehen lassen. Linksfraktionschef Gregor Gysi geißelte die gravierenden Unterschiede für Menschen in Ost und West bei der geplanten Berechnung der Lebensleistungsrente. Dies gehe auf Kosten der Ostdeutschen. Linkspar-teichefin Katja Kipping monierte, die sozial-ökologische Wende bleibe aus, es sei ein Vertrag der „unterlassenen Hilfeleistung“ für Arme und Benachteiligte. Grünen-Chefin Simone Peter beklagte, das Papier enthalte „viele Absichtserklärungen mit viel Unverbindlichkeit“ und sagte eine „No-future-Koalition.“ voraus *Claus Peter Kosfeld*

Historisches Scheitern nicht eingeplant

HESSEN CDU und Grüne gehen Koalitionsgespräche mit ungewohnter Harmonie an. Einigkeit in Haushaltsfragen und der Schulpolitik

CDU und Grüne in Hessen drücken aufs Tempo: Bis zum 17. Dezember soll der Koalitionsvertrag für die erste schwarz-grüne Regierung in einem bundesdeutschen Flächenland stehen. Am 21. Dezember sollen beide Parteien über das Vertragswerk abstimmen. Am 18. Januar 2014 wird dann voraussichtlich Volker Bouffier (CDU) zum Ministerpräsidenten in Hessen gewählt. Die Verhandlungen begannen am 25. November ganz unspektakulär in einem Wiesbadener Hotel. Bouffier und Grünen-Landeschef Tarek Al-Wazir gaben sich betont zurückhaltend: Von einem „historischen“ Ereignis wollten beide nicht reden, stattdessen sprachen sie von „Pflicht“ und „Verantwortung“. Die Grünen hätten „die Pflicht gesehen“, möglichst viel an grünen Inhalten umzusetzen, sagte Al-Wazir. „Ja, es ist ungewöhnlich, das stimmt“, ergänzte Bouffier,

aber Schwarz-Grün biete derzeit nun einmal die besten Voraussetzungen für stabile Verhältnisse im Land.

Unterschiede bleiben CDU und Grüne an einem Verhandlungstisch, die Grünen als Partner für stabile Verhältnisse besser geeignet als die SPD – kein Wunder, dass sich manch einer noch immer verwundert die Augen reibt ob der neuen Partnerschaft. Hatten sich doch CDU und Grüne im Wahlkampf heftig beschimpft: Die CDU drohte mit „Verbots-Partei“ auf die Grünen ein, sprach von „sozialistischen Deindustrialisierungen“ und warnte vor einem Wirtschaftsminister Al-Wazir als „Schreckgespenst“ für den hessischen Wohlstand. Vom Untergang des Abendlandes war das nicht mehr weit entfernt. Die Grünen waren nicht minder zimperlich: Al-Wazir umschrieb Bouffier vor der Wahl als „erschöpft und verbraucht“, die Grünen nannten die CDU „prinzipienlos und beliebig“ und warfen dem Regierungschef „Versagen auf allen wichtigen Feldern“ vor. „Ich konnte mir selber nicht vorstellen, dass wir mal in Verhandlungen über eine schwarz-grüne Koali-



Neue Partner? Tarek Al-Wazir (Grüne, li.) und Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU)

tion gehen würden“, bekannte Al-Wazir. Es gebe „große Unterschiede“ und das werde auch so bleiben. Dass es jetzt trotzdem im Eiltempo zu Schwarz-Grün kommt, ist der reinen Machtarithmetik geschuldet: Neun

Wochen sondierten die Parteien in Hessen die Lage nach dem Wahl-Patt vom 22. September und einer hatte dabei von vorneherein schlechte Karten: SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel. Sieben Prozentpunkte

plus hatte der Spitzenmann seiner Partei beschert, die SPD wieder über die 30-Prozent-Marke geführt. Danach wollte die SPD unbedingt regieren – doch es ging nicht, denn mit der Linken oder für eine „Ampel“ gab es einfach keine Basis. Mit der Frage konfrontiert: Ihr oder Wir, entschieden sich die Grünen für den eigenen Machtanspruch. Möglich wurde der Kompromiss auch, weil CDU und Grüne einen „Korridor“ beim Thema Frankfurter Flughafen fanden. So soll es längere Lärmpausen von bis zu sieben Stunden geben, einen „Lärmdeckel“ durch Begrenzung der derzeit 500.000 Flugbewegungen pro Jahr sowie eine „ergebnisoffene Prüfung“, ob das geplante dritte Terminal wirklich nötig ist. In den übrigen Themenfeldern geht es geräuschloser zu: Bei der Schulpolitik sind sich CDU und Grüne ohnehin nah. Auch in Punkto Haushaltssanierung sind sich die Parteien einig. Al-Wazir sprach sogar von einem ausgeglichenen Landeshaushalt schon im Jahr 2017 – angesichts von rund 1,5 Milliarden Euro strukturellem Minus ein ehrgeiziges Ziel. Zudem wollen die Grünen deutliche Fortschritte bei der Ener-

gievande vorweisen, die Christdemokraten hingegen darauf achten, dass der Industrie und den Banken keine Nachteile beschert werden. Eine der spannendsten Aufgaben, sagte Bouffier, sei es, eine starke Wirtschaft mit der Schonung der Ressourcen zu versöhnen und die Gesellschaft „mit kreativen, intelligenten Ideen“ weiter zu entwickeln.

Acht Arbeitsgruppen Für die Verhandlungen wurden acht Arbeitsgruppen gebildet, analog den Ministerien. Erste Zwischenergebnisse könnte es in dieser Woche geben. An den Identitäten, sagte Bouffier, werde nicht gerüttelt: „Wir wollen uns ja nicht unkenntlich machen.“ Al-Wazir räumte beim Verhandlungsstart ein, das werde anstrengend, denn „wir sind nicht vertraut miteinander.“ Ob die schwarz-grüne Koalition wirklich historisch genannt werden kann, werde sich am Ende zeigen, sagte der Grünen-Chef und fügte an: „Es hat auch schon historisches Scheitern gegeben, das haben wir aber nicht vor.“ *Gisela Kirschstein*

Die Autorin ist freie Journalistin in Hessen.





Ein Leben im 20. Jahrhundert: Willy Brandt (SPD) bei seiner Rede nach der Maueröffnung im November 1989 (von links), bei der Einführung des Farbfernsehens 1967 und beim historischen Besuch von US-Präsident Edward Kennedy 1963 im geteilten Berlin

Ein Leben voller Anfänge

WILLY BRANDT Der vor 100 Jahren geborene Sozialdemokrat verkörperte das andere Deutschland. Die Einheit war ihm ein Lebensziel

Wir erinnern uns in Bildern. Auch die Lebensgeschichte Willy Brandts lässt sich in Bildern erzählen, die sich den Deutschen eingepägt haben, so tief, dass jeder meinte, es wären Bilder aus seinem eigenem Leben – einem Leben mit Willy Brandt. Dabei waren es Zeitungsbilder, Fernsehbilder, Wochenschaubilder, erst schwarz-weiß und dann bunt. Immerhin drückte Brandt 1967 auf der Internationalen Funkausstellung den Startknopf für das Farbfernsehen. Kein anderer Kanzler ist so zur Ikone geworden, wie der in ärmlichen Verhältnissen väterlos aufgewachsene Herbert Ernst Karl Frahm. Das Stigma, unehelich geboren zu sein, und dazu in der norwegischen Emigration einen neuen Namen angenommen zu haben, klebte in der „Spießer-Gesellschaft“ der jungen Bundesrepublik an ihm wie Pech. Er hat darunter gelitten. In der „Häme und Bosheit“, der Brandt ausgesetzt war, sah der frühere Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) eine der Ursachen dafür, dass Brandt „im Laufe der Zeit unnahbarer“, aber „auch unverletzbarer“ geworden sei, aber eben nicht „zynisch und menschenverachtend“. Dieser Politikerkrankheit widerstand er bis an sein Lebensende.

Gegen den Strom Die Biographen über ihn zeigen gern Fotos, die den Kleinen aus dem Lübecker Proletarierviertel St. Lorenz in der Standard-Kostümierung der Zeit abbilden – im Matrosenanzug mit Pickelhaube und Schiefsgewehr. Draußen war Krieg. Aber wir sehen ihn auch als Schüler, lässig, aber immer ernst, mit einer Miene, die zweifelt und fragt: Wo gehöre ich hin? Er lebte zwischen den Welten der hanseatischen Standesgesellschaft. Er trug die Schülermitze des elitären Lübecker Johanneums, für das er ein Begabtenstipendium hatte; aber in der Freizeit bekannte er sich mit Blauhemd und rotem Halstuch zur sozialistischen Jugendbewegung. Weil er am Gymnasium den Konservativen kontra gab, erhielt er von den Schulkameraden den Spitznamen „Politiker“; und in seinem Abituraufsatz beantwortete Brandt, sich seiner Außenseiterrolle wohl bewusst, die Frage „Was hat Dir die Schule gegeben?“ mit dem Bekenntnis: „Ich bin zum Leidwesen meiner Lehrer die letzten Jahre immer meine eigenen Wege gegangen, ich bin nicht traurig darüber. Sondern ich freue mich, denn ich glaube, ich wäre ein armer Mensch, hätte ich nicht das, was ich selber erarbeitet habe.“ Selbstbewusstsein, das vor Anpassung bewahrt, sich Durchsetzen mit eigener Kraft, Mut auch gegen den Strom zu schwimmen, ein realistischer Blick auf die Umwelt, Distanz, und doch Geborgenheit in der Solidarität der Gleichgesinnten – das waren die Eigenschaften, mit denen Willy Brandt nun in ein Leben trat, das immer neue Anfänge für ihn hatte. Im April 1933 verließ er Lübeck auf einem Fischerboot in Richtung Skandinavien, denn er wollte in seiner Heimatstadt nicht Opfer der SA-Schläger werden. Die illegale Reichsleitung der links von der SPD agierenden Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) machte ihn zu ihrem Repräsen-

tanten in Oslo. Er sammelte für Flugblätter Informationen aus Deutschland, wählte zur Tarnung den neuen Namen Willy Brandt und wandte sich, enternert vom Streit der Emigranten um die einzig wahre Links-Gesinnung, den reformorientierten, politisch pragmatischen norwegischen Sozialdemokraten zu. Auch das war ein Anfang. Willy Brandt war Realist. Er wollte die Welt nicht mit Utopien verändern. Und dann die Bilder aus Berlin. Willy Brandt, der Regierende Bürgermeister der Stadt nach dem Mauerbau, in einer Triumph-Fahrt im offenen Wagen, winkend zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten John F. Kennedy und dem greisen Konrad Adenauer, inmitten der Kavalkaden weiß uniformierter Kradfahrer der Schutzpolizei, betäubt von immer wieder aufbrandenden Jubel der Menschenmassen. In dieser bedrohten Stadt musste ein Bürgermeister zugleich Welpolitiker sein, ausgestattet mit einer politischen Vision, die nicht in Legislaturperioden denkt. Brandt, der 1933 der einen Diktatur entkommen war, wollte der zweiten widerstehen. Er trug Verantwortung für die zwei Millionen Bürger im Westteil der Stadt, die während der Blockade dem Druck der Sowjets und der SED nicht nachgegeben hatten, und er litt mit den Bewohnern unter der schmerzhaften Teilung, die Geschwister von Geschwistern, Eltern und Kinder voneinander trennte. Brandt fühlte sich als Bürger-

meister der ganzen Vier-Sektoren-Stadt und suchte mit kühlem Verstand nach politischen Lösungen. Und so entstand beginnend mit den Passierscheinabkommen in zähen Verhandlungen das Konzept für eine Entspannung zwischen den Blöcken. Es war Brandts Verdienst, mit seinem Denkgefährten Egon Bahr und ihrer gemeinsamen Ost-Politik Deutschland nach dem Mauerbau vom Objekt der Siegermächte zu einem „soveränen Subjekt in der Mitte Europas“ (Bahr) gemacht zu haben. Schon vor Helmut Kohl. Dieser politische Realismus Brandts wurde 1971 mit dem Friedensnobelpreis belohnt. Und wieder ein Bild, das sich nicht nur ins deutsche Gedächtnis eingepägt hat. Bei Brandts Besuch in der polnischen Hauptstadt zur Unterzeichnung des Warschauer Vertrages 1970 sammeln sich die Regierungsdelegationen am Denkmal für die Opfer des von SS-Einheiten ausgelöschten jüdischen Ghettos. Solche Gedenkfeier sind selten ohne Journalistengedrängel, Getuschel und Gewusel, das die Würde des Augenblicks stört. Doch hier verstummt für Minuten jeder Laut. Und auch in den hinteren Reihen, von denen es keinen direkten Blick auf das Geschehen an den Stufen des Ehrenmals gibt, spüren die Anwesenden, dass sie Zeugen eines historischen Ereignisses werden. Es raunt durch die Reihen: „Er kniet.“ Und gedenkt so der Opfer. Brandt war frei von jeder Schuld. Er hatte nie den Arm zum

Hitler-Gruss erhoben, nie am Revers das Abzeichen einer Nazi-Organisation getragen. Und doch bekannte er an diesem Tag die Schuld seines Volkes. Abends fragte ihn Bahr, ob diese Geste geplant war. Und Brandt antwortete: „Ich hatte den Eindruck, eine Neigen des Kopfes genügt nicht.“ So gab es nur diese eine Antwort: „Am Brund der deutschen Geschichte und unter der Last der Millionen Ermordeten tat ich, was Menschen tun, wenn die Sprache versagt.“ Es ist schwer, Vergleiche zu ziehen. Adenauer war mit seiner West-Politik und der Aussöhnung mit Frankreich so erfolgreich, weil er schon zur Weimarer Zeit alle Vorbehalte gegen Preußen mit den europäischen Nachbarn teilte. Kohls Wiedervereinigungspolitik zehrte von dem Eindruck, einem biederen Deutschen gegenüberzustehen, der fern von jeder Großmannsucht und in Erinnerung an die Schrecken des Zweiten Weltkrieges, die die eigene Familie durchlitten hatte, ein friedliches und bescheidenes Deutschland garantierte. Und Willy Brandt? Sein Lebensweg und seine daraus gewonnene Haltung befähigten ihn, in den Zeiten des eisalten Krieges, in denen die Großmächte wie in der Kubakrise den Daumen schon am nuklearen Abzug hatten, als Versöhner und ehrlicher Makler aufzutreten. Er sprach für sein Volk, ohne Anteil an den in deutschen Namen begangenen Verbrechen zu haben. Er war Antifaschist. Deshalb war er in Warschau, in Prag und in Moskau ein Gast, dem man ohne Widerwillen die Hand reichen konnte. Und sein Kniefall bewies der Welt, dass er Politik mit dem Herzen und nicht allein aus diplomatischer Berechnung betrieb. Für diese Haltung hatte ihm sein Redenschreiber Klaus Harpprecht den englischen Begriff „compassion“ in seine Regierungserklärung geschrieben. Brandt übersetzte das in die Tat.

»Deutscher Kennedy« Der Eintritt in die Bundesregierung war ein historisches Datum auch für die SPD. Mit Willy Brandt wurde die Partei in der neuen Republik wirklich heimisch. Brandt war der erste sozialdemokratische Kanzler seit Hermann Müller, der von 1928 bis 1930 in Berlin regierte. Müller, außenpolitisch erfolgreich, stürzte mit seiner sozial-liberalen Regierung, weil die eigene Fraktion einer maßvollen Erhöhung der Abgaben für die Arbeitslosenversicherung nicht zustimmen wollte. Drei Jahre später waren die Nationalsozialisten an der Macht. Die SPD wurde zer schlagen. Jetzt konnten die Sozialdemokraten beweisen, dass sie wieder fähig waren, das Land politisch zu führen. Brandt war der Mann der Zukunft, mit 56 Jahren der jüngste Kanzler der jungen Republik. Er war in den Wahlkämpfen gegen Adenauer, Erhard und Kiesinger gedemütigt worden, doch er hatte nie resigniert. Jung, kämpferisch, gutaussehend stand er als „deutscher Kennedy“ für einen Neubeginn, nach dem viele sich sehnten. Er war der erste im Kanzleramt, der nicht der Klasse der „Alten Herren“ mit Uni-Examen und Ver-

bindungsmütze entstammte. Das Leben hatte Willy Brandt mehr gelehrt als jedes Oberseminar. Anders als die Studenten und Jungakademiker, die vom „Willy-Willy“-Charisma angezogen jetzt nach Mitgliedsbüchern der SPD verlangten, brauchte er die Arbeiterlieder für die sozialdemokratischen Feiertage nicht erst mühsam auswendig zu lernen. Er hatte „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ schon in seiner Jugend gesungen. Mit ihm brach ein neues Klima sich Bahn. Bildung war ein Stichwort, Emanzipation ein anderes; und alles zusammen auf eine griffige Formel gebracht: „Mehr Demokratie wagen.“ Das Wahlalter wurde von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt. Ein reformiertes Betriebsverfassungsgesetz räumte den Arbeitnehmern mehr Rechte ein. Der Schwangerschaftsabbruch wurde bis zur zwölften Woche straffrei gestellt. Was Mitte der 1960er Jahre als studentische „Aktion Bildungswerbung“ begonnen hatte, war nun offizielle Politik. Höhere Schulen und Universitäten sollten sich Kindern aus Arbeiter- und ländlichen Familien öffnen. Für dieses Thema stand Willy Brandt mit seinem eigenen Lebensweg. In seiner Jugend war Bildung für alle noch eine Vision, jetzt wurde es überall Realität.

Gespaltenes Land Und doch war die Republik tief gespalten. Über die Vertragspolitik mit den östlichen Nachbarn und die staatliche Anerkennung der DDR tobte der Streit in den Medien und im Parlament. Aber Brandt schien über den Wassern zu schweben. Bei einem Besuch in Erfurt jubelten ihm die Ost-Deutschen zu, als wäre hier schon 1970 der „Kanzler aller Deutschen“. Er strahlte mehr Sympathie aus als der CDU-Oppositionsführer Rainer Barzel. Und so ging Brandt auch aus den schmachlichsten Stunden der deutschen Nachkriegs-demokratie, als Stimmenkauf und Verrat das von der Union initiierte konstruktive Misstrauensvotum scheitern ließen, ohne Ansehenschaden hervor. Scheitern ließ Willy Brandt dann letztendlich die eigene Partei. Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, Herbert Wehner, mit Brandts in seinen Augen zu lascher Amtsführung unzufrieden, suchte allerorten, selbst auf einer Auslandsreise in Moskau: „Brandt führt nicht. Der Herr badet gerne lau. Der Regierung fehlt ein Kopf.“ Das verschlagene Hinter-dem-Rücken-Gerede hatte da bereits die Journalisten erreicht. Brandt erstarrte. Er war in einer Partei aufgewachsen, in der Solidarität über allem stand. Als dann der Verfassungsschutz schlampete und der Spion im Kanzleramt Günter Guillaume viel zu spät enttarnet und festgesetzt wurde, entschied sich Brandt 1974 für den Rücktritt. Er ging in sich gekehrt und erleichtert, obwohl Wehners laut herausgeschrienes Abschiedswort „Wir alle lieben ihn!“ wie ein Peitschenhieb des Ruchlosen wirken musste. Dem Freund Egon Bahr schossen Tränen in die Augen. Und noch ein Bild. Es liegt ein halbes Jahrhundert zurück. 1963 drängen sich die

West-Berliner an den Passierscheinstellen, um zum ersten Mal nach dem Mauerbau für ein paar Stunden ihre Verwandten im Osten der Stadt besuchen zu können. Willy Brandt feiert Geburtstag, und mit Blick auf den ersten humanitären Erfolg seiner Berliner Entspannungsbemühungen sagt er: „Diese Weihnachtswochen werden dokumentieren, dass wir ein Volk und eine Nation sind.“ Er hat alles dafür getan. 1989 erlebt er den Mauerfall. Und der Satz, den er fast beiläufig zu einigen Journalisten sagt – „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört!“ – ist ein schlüssiges Resümee seines Lebenswerks. Er wollte daran mitwirken, „dass der deutsche Name, der Begriff des Friedens und die Aussicht auf europäische Freiheit zusammengedacht werden“ können. Diese Hoffnung hat sich für ihn und sein Land erfüllt. Ernst Eilitz

Der Autor arbeitete während der Regierungszeit Willy Brandts als Redakteur beim „Spiegel“. Von 1994 bis 2009 war er Intendant des Deutschlandradios.

Brandt, der 1933 einer Diktatur entkommen war, wollte der zweiten widerstehen.

Scheitern ließ Willy Brandt dann letztendlich die eigene Partei.



Historische Geste: Am 7. Dezember 1970 kniet Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Ehrenmal in Warschau, das den Helden des Ghetto-Aufstandes von 1943 gewidmet ist,

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

ZUR PERSON

WILLY BRANDT (1913 - 1992)

- > Jugend** 1913 wurde Willy Brandt als Herbert Ernst Karl Frahm in Lübeck geboren. Er schloss sich zuerst der SPD an und trat 1931 zur Linksabspaltung Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) über.
- > Flucht und Exil** Aufgrund seines politischen Engagements floh er 1933 unter dem Decknamen „Willy Brandt“ ins Exil nach Norwegen und verdiente dort seinen Lebensunterhalt als Journalist. 1940 musste er nach Schweden fliehen.
- > Rückkehr nach Deutschland** 1947 kehrte Brandt aus dem Exil nach Deutschland zurück und wurde 1957 Regierender Bürgermeister von West-Berlin. 1964 folgte die Wahl zum SPD-Vorsitzenden. 1961 und 1965 trat er als Kanzlerkandidat seiner Partei an – beide Male erfolglos.
- > Regierungsverantwortung** In der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD wurde Brandt 1966 Außenminister und drei Jahre später, in der neuen Koalition aus SPD und FDP, erster sozialdemokratischer Kanzler. 1971 erhielt er für seine Verdienste für die Aussöhnung zwischen Ost und West den Friedensnobelpreis.
- > Staatsmann ohne Amt** 1974 nach der Enttarnung des Spions Günter Guillaume trat Brandt 1974 als Kanzler zurück. Auch danach blieb er politisch weiter sehr aktiv. 1992 starb Brandt in Unkel bei Bonn.



Dem Lockruf des Goldes sind schon viele Anleger erlegen. Als Steuersparmodell taugen Gold und andere Edelmetalle jetzt nicht mehr.

Fonds zur Bankenrettung

FINANZEN Die Grünen haben die Bundesregierung aufgefordert, sich für einen einheitlichen europäischen Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismus für Banken einzusetzen. Dieser müsse als Gemeinschaftsinstitution eingerichtet werden. Der Bundestag überwarf am vergangenen Donnerstag einen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten entsprechenden Antrag (18/98) an die zuständigen Ausschüsse. Nach Angaben der Grünen-Fraktion wird die Europäische Zentralbank (EZB) bis Ende 2014 die Aufsicht über die größten Institute in der Eurozone übernehmen und notfalls bei jeder der 6.000 Banken in der Währungsunion die Aufsicht an sich ziehen können. Damit verschiebe sich die Verantwortung für die Bankenaufsicht insbesondere über große, überregional tätige Institute von der nationalen auf die europäische Ebene. Jetzt müsse es darum gehen, die Ursachen der Finanzkrise und nicht nur ihre Symptome zu bekämpfen, schreibt die Fraktion. „Um Vertrauen wiederzugewinnen, ist die Bändigung der Finanzmärkte unausweichlich. Wer Risiken einght, muss auch haften“, heißt es. Erste Schritte seien ein europäisches Abwicklungsregime und eine europäische Abwicklungsbehörde für insolvente Banken sowie ein Bankfonds, mit dem die Bank-Eigentümer, die von Gewinnen profitieren, in Zukunft auch selbst für die Kosten bei Restrukturierung und Rekapitalisierung aufkommen sollen. *hle*

Bank-Gläubiger sollen zahlen

FINANZEN Die Beteiligung der Gläubiger an der Schließung von Kapitallücken bei Banken nach dem Bankentwurf der Europäischen Zentralbank (EZB) soll sichergestellt werden. Dieses Ziel verfolgt ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (18/97), der vom Deutschen Bundestag in seiner Sitzung am vergangenen Donnerstag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde. Die Grünen hatten die Bundesregierung aufgefordert, sich im EU-Rat für Wirtschaft und Finanzen (EcoFin) sowie im Europäischen Rat für Wirtschaft und Finanzen (EcoFin) sowie im Europäischen Rat für Wirtschaft und Finanzen (EcoFin) sowie im Europäischen Rat für Wirtschaft und Finanzen (EcoFin) zu engagieren. „Gerade bei Instituten, die einen hohen Anteil an Problemkrediten aufweisen, kann ein Kapitalbedarf nicht ausgeschlossen werden“, schreibt die Fraktion und weist darauf hin, dass die Bundesregierung stets das Ziel genannt hatte, dass die Steuerzahler in einem solchen Fall nicht mehr, für die Fehler der Finanzindustrie durch die Injektion von Staatsgeld bezahlen sollen.“ Nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird aus der Mitteilung über den EcoFin-Beschluss nicht deutlich, in welchem Umfang die privaten Gläubiger vor einer staatlichen Rekapitalisierung oder einem ESM-Programm herangezogen werden. „Somit ist nicht klarstellend, dass Bankinvestoren in ausreichendem Maße in die Verantwortung genommen werden, wenn Kapitallücken im Zusammenhang mit dem EZB-Bilanztest auftauchen.“ *hle*

Goldfinger gestoppt

FINANZEN Edelmetallgeschäfte im Ausland können die Einkommensteuerlast nicht mehr senken

Steuern sparen ist in allen Einkommensklassen beliebt. Wer richtig viel Geld verdient, für den hatten findige Steuerberater eine gute Sparmöglichkeit im Angebot: Durch Gründung einer Edelmetallhandelsfirma im Ausland ließen sich Verluste produzieren und mit Einkünften im Inland verrechnen. Die „Operation Goldfinger“ genannte Steuersparmöglichkeit war völlig legal und nahm so manchem Steuerbescheid den Schrecken der Nachzahlung. Damit ist jetzt Schluss. Kurz vor dem Jahresende stoppte der Bundestag am Donnerstag das „Goldfinger“-Modell.

über die Reaktion des Bundestages schon vor Ernennung des neuen Kabinetts. Mitgeholfen hatte hier allerdings auch der Bundesrat, der nach den erfolglos gebliebenen früheren Vorstößen der alten CDU/CSU/FDP-Koalition den jetzt vom Bundestag beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Investmentsteuergesetzes und anderer Gesetze an das AIFM-Umsetzungsgesetz (AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz, 18/68, 18/113) eingebracht hatte. Damit werden notwendige Anpassungen vorgenommen, die sich aufgrund der Umsetzung der europäischen AIFM-Richtlinie ergeben. Außerdem enthält der Entwurf die notwendigen Rechtsgrundlagen zum FACTA-Abkommen mit den USA, in dem es um die Zusammenarbeit in Steuerangelegenheiten geht. Für den Bundesrats-Entwurf stimmten die Fraktionen von CDU/CSU und SPD. Bündnis 90/Die Grünen waren dagegen, die Fraktion Die Linke enthielt sich.

Mit dem Gesetzentwurf sollen zudem multinationale Konzerne dazu animiert werden, die Altersvorsorgevermögen für ihre Mitarbeiter stärker in Deutschland verwalten zu lassen. Den international tätigen Un-

ternehmen soll es erleichtert werden, die bisher auf verschiedene Staaten verteilten Pensionssysteme ihrer Mitarbeiter in Deutschland zu konzentrieren. Verlagerungsbestrebungen ins Ausland sollen so vermieden werden. Die Verwaltung von Altersvorsorgevermögen in Deutschland (Pension-Asset-Pooling) soll in einer neuen Investmentfonds-Rechtsform, der Investment-Kommanditgesellschaft, steuerlich besonders transparent erfolgen. Zu den Regelungen zur Einschränkung steuerlicher Gestaltungsspielräume gehören neben dem Stopp für die „Operation Goldfinger“ auch neue Vorschriften zum sogenannten „Bond-Stripping“, damit Beschränkungen der Verlustverrechnung nicht mehr umgangen werden können. „Bond Stripping“ bedeutet, dass ein Investmentfonds Anleihen kauft, die Zinsscheine (Kupons) aber abtrennt und gesondert verkauft. Dadurch werden künstliche Erträge erzeugt, die mit Verlusten des Anlegers verrechnet werden können, obwohl dies nach dem Körperschaftsteuergesetz eigentlich ausgeschlossen wäre. Kritik gab es von der Linksfraktion. Mit dem Gesetz würden zwar Steuerschlupflöcher gestoppt, sagte Richard Pitterle, aber „Teile des Gesetzes ermöglichen der Finanzindustrie ein profitträchtiges Geschäftsmodell. Dort geht es um die betrieblichen Pensionskassen.“ Durch die Zentralisierung dieser Pensionskassen erhöhe sich das Risiko aus Wechselkursschwankungen oder Anlageausfällen zu Lasten der Beschäftigten. „Wenn es um die Pensionskassen der Arbeit-

nehmerinnen und Arbeitnehmer geht, dann können die Geschäftsinteressen der Finanzindustrie nicht die entscheidende Leitlinie sein“, begründete Pitterle die Kritik seiner Fraktion am Gesetzentwurf. Auch Thomas Gambke (Grüne) befasste sich kritisch mit dem Entwurf. Das Volumen beim Pension-Asset-Pooling betrage zwei Drittel des Bundesetats. Da wäre es besser gewesen, das Gesetz in einen funktionierenden Ausschuss einzubringen. Und wenn die alte Koalition das Thema „Pooling“ aus ihrem Entwurf herausgenommen hätte, dann hätten die anderen Punkte bereits im Sommer verabschiedet werden können. Von der Finanzwirtschaft wurde der Entwurf begrüßt: Jetzt „können noch in diesem Jahr verlässliche steuerliche Rahmenbedingungen für offene und geschlossene Fonds geschaffen werden“, sagte Thomas Richter, Hauptgeschäftsführer des deutschen Fondsverbands BVI. Die Goldfinger-Akteure dürften in diesem Jahr nicht besonders glücklich geworden sein. Der Wert ihres Goldes reduzierte sich aufgrund fallender Preise um etwa ein Drittel. *Hans-Jürgen Leersch*



»Es ist sehr wichtig, dass diese Steuerausfälle nicht entstehen.«
Ingrid Arndt-Brauer (SPD)

Riegel vorgeschoben
„Es ist sehr wichtig, dass diese Steuerausfälle nicht entstehen, dass wir dieser Steuergestaltung Einhalt gebieten können“, erklärte Ingrid Arndt-Brauer (SPD) in der Debatte. Zustimmung gab es auch von der Bundesregierung: „Jetzt schieben wir dieser Gestaltung endgültig einen Riegel vor“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hartmut Koschyk (CSU). „Das zeigt übrigens, dass wir im Parlament immer, wenn wir erkennen, dass es missbräuchliche Gestaltung gibt, in der Lage sind, schnell zu reagieren. Das haben wir auch bei diesen Sachverhalten getan“, freute sich Koschyk

STICHWORT

STEUERSPARGEMODELLE – Handel mit Edelmetallen im Ausland war lukrativ

- Modell** Das als „Goldfinger“ bezeichnete Steuersparmodell wird ganz aus dem Einkommensteuergesetz gestrichen. Bei diesem Modell, das mit dem James-Bond-Film nur den Namen gemeinsam hat, wurden Gold- und Edelmetallgeschäfte wie mit Platin über Auslandsfirmen genutzt.
- Verluste** Edelmetall wurde im Ausland gekauft und dort eingelagert. Der Kauf löste als Betriebsausgabe Verluste aus. Andere inländische Einnahmen wurden damit verrechnet. Die Steuerlast konnte bis auf Null gedrückt werden.
- Verkauf** Der spätere Verkauf des Goldes musste aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen nicht so hoch versteuert werden. Dadurch ergaben sich hohe Steuerersparnisse. Die Steuerausfälle lagen im dreistelligen Millionenbereich.

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper

Mehr Maut auf Autobahnen und Landstraßen

VERKEHR CDU/CSU und SPD wollen für bessere Infrastruktur eine verlässliche Finanzierungsgrundlage

Pkw-Maut auf Autobahnen – darüber schied sich bei den am vergangenen Mittwoch abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU und SPD im Verkehrsbereich alles zu drehen. Dabei ging es der CSU, die diesen Vorschlag eingebracht hatte, nicht um eine Pkw-Maut für alle, sondern nur um eine Maut für im Ausland zugelassene Autos, die auf den deutschen Autobahnen fahren.

Vignette Zunächst war Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die gesamte SPD dagegen, schließlich setzte sich aber die CSU durch und die Pkw-Maut für Ausländer findet sich im Koalitionsvertrag wieder: „Zur zusätzlichen Finanzierung des Erhalts und des Ausbaus unseres Autobahnnetzes werden wir einen angemessenen Beitrag der Halter von nicht in Deutschland zugelassenen Pkw erheben (Vignette) mit der Maßgabe, dass kein Fahrzeughalter in Deutschland stärker belastet wird als heute. Die Ausgestaltung wird EU-rechtskonform erfol-

gen.“ Sollte es also nach der SPD-Mitgliederbefragung zu einer Großen Koalition kommen, wird das Bundesverkehrsministerium laut Vertrag beauftragt, schon im kommenden Jahr einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Bisher schätzt das Ministerium die Einnahmen auf rund 800 Millionen Euro im Jahr, die „ohne Abstriche“ der Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden sollen. Dies gilt auch für die im Koalitionsvertrag beschlossene Ausweitung der Lkw-Maut, die demnächst nicht nur auf Autobahnen sondern auch auf allen Bundesstraßen erhoben werden soll. Außerdem soll sie – unter Berücksichtigung der Ergebnisse eines neuen Wegekostengutachtens – weiter entwickelt werden. „Orientierungspunkte hierbei können sein: die

Tonnage, das Netz, externe Kosten“, heißt es im Vertrag. Mit den zusätzlichen Maut-Einnahmen soll für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes, die als chronisch unterfinanziert gilt, eine verlässliche Finanzierungsgrundlage geschaffen werden. „Wir werden in den nächsten vier Jahren die Bundesmittel für Verkehrsinfrastruktur substanziell erhöhen“, schreiben die drei Parteien. Nach Jahrzehnten des Netzausbaus soll in den kommenden vier Jahren die Substanzsicherung an erster Stelle stehen.



Lastwagen sollen zukünftig auch auf Bundesstraßen Maut zahlen.

Lärmschutz Die mögliche Große Koalition will auch die Mittel für Lärmschutzprogramme im Bereich Straße und Schienen erhöhen. Dadurch soll der Schienenlärm bis 2020 deutschlandweit halbiert werden. Dann sollen laute Güterwagen das deutsche Schienennetz nicht mehr befahren dürfen. Die Koalition will weiterhin die Umrüstung auf lärmreduzierende Bremsen bezuschussen. Beim Luftverkehr setzt die mögliche Große Koalition „vorrangig“ auf eine Reduzierung des Fluglärms an der Quelle, eine bestmögliche Flächennutzung im Umfeld sowie auf lärmreduzierende Flugverfahren. Bei Festlegung von Flugverfahren und Flugverkehrskontrollfreigaben soll der Lärmschutz insbesondere in den Nachtstunden verbessert werden. *Michael Klein*

Streit um besseres Klima

ENERGIE In Warschau und Berlin wurde um die Zukunft des Klimaschutzes gerungen. International fordern Experten, dass Deutschland dabei weiter Vorreiter bleibt. Die Pläne der Koalition stoßen auf Kritik – nicht nur bei der Opposition

Eine Eigenschaft müssen die Teilnehmer von Klimakonferenzen aber auch von Koalitionsverhandlungen mitbringen: Sie müssen gute Konditionen besitzen, um lange Nachschichten durchzustehen. Sowohl beim 19. UN-Klimagipfel in Warschau als auch bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin wurde noch zu später Stunde um kleinste Formulierungen gerungen. So auch zum Abschluss des jährlichen Treffens der Vertragsstaaten der UN-Klimarahmenkonferenz (COP 19), die am 23. November in Warschau zu Ende ging. „Die Konferenz hat uns auf den Weg zu einer Vereinbarung im Jahr 2015 gebracht, aber nicht zu einer Welt mit weniger als zwei Grad Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter“, so das nüchterne Fazit der Chefin des UN-Klimasekretariats, Christina Figueres.

Klimakonferenz Paris 2015 Die Erwartungen an die Warschauer Konferenz, an der auch wieder Parlamentarier des Bundestages teilnahmen, waren schon im Vorfeld eher gedämpft gewesen. Zwei Jahre vor dem geplanten Gipfel in Paris, auf dem erstmals ein verbindliches Klimaabkommen für alle

Vertragsstaaten vereinbart werden soll, eigneten sich die Teilnehmer auf einen nicht bindenden Fahrplan für die kommenden zwei Jahre. Insbesondere China und Indien wollten sich dabei aber nicht auf feste Zusagen für die Reduzierung der Treibhausgase und damit der Einhaltung eines Temperaturziels bis zum Jahr 2015 festlegen, sodass viele Formulierungen weiter vage blieben. Außerdem präzisierten die Teilnehmer eine bereits beschlossene Vereinbarung, wonach die reichen Industrieländer ab 2020 ärmerer von den Folgen des Klimawandels betroffene Staaten mit rund 100 Milliarden Dollar jährlich „kontinuierlich“ unterstützen sollen. Positive Signale gab es bei der Einigung zum Waldschutz. Das Waldschutzprogramm REED (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation), einem Mechanismus, mit dem Emissionen aus

»Wir sind wieder da im Kohlezeitalter in Deutschland.«
A. Baerbock (B90/Grüne)

Entwaldung und Holzbau vermindert werden sollen, konnte nach jahrelangen Verhandlungen abgeschlossen werden. So können etwa die Fortschritte in Entwicklungsländern von unabhängigen Experten überprüft werden. Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU), der bei der Klimakonferenz 2012 in Doha als Verhandler mit großem Durchhaltvermögen in Erinnerung geblieben war,

wohnte der Konferenz nur kurz bei. Er brauchte seine Energie für die parallel stattfindenden Koalitionsverhandlungen in Berlin. In der vergangenen Woche wurde dann der Kurs der Großen Koalition in Sachen Klima und Energiewende (siehe Seite 8) bekannt gegeben. Sie fußt nach dem Willen der Koalitionäre auf einem „energiepolitischen Dreieck“: Klima- und Umweltschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Gerade die hohen Kosten der Energiewende für den Verbraucher hatten in der Vergangenheit zunehmend für Unmut gesorgt.

Reform des EEG Die Koalition strebt daher zuerst eine schnelle und grundlegende Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) an. Dafür gibt es ehrgeizige Pläne: Bis Ostern 2014 sollen neue Rahmenbedingungen für die Energiepolitik vorgelegt werden und ein Gesetz bis zum Sommer 2014 den Bundestag passieren. Im EEG wird dementsprechend ein „Ausbaukorridor Erneuerbare Energie“ festgelegt. Im Jahr 2025 soll rund 40 bis 45 Prozent der Stromversorgung aus erneuerbaren Energien und zehn Jahre später 60 Prozent der Energie aus Sonne, Wind und Biomasse gewonnen werden. Mit einem jährlichen Bericht wird der Ausbau der erneuerbaren Energien überprüft. Eine Große Koalition setze dabei weiter auf konventionelle Kraftwerke – und damit auf Strom aus Braunkohle, Steinkohle und Gas. Sie seien „als Teil des nationalen Energiemi-

xes auf absehbare Zeit unverzichtbar“, heißt es dazu im Koalitionsvertrag. Auch in der neuen Regierung bleibt es dabei, dass das letzte Atomkraftwerk in Deutschland bis 2022 abgeschaltet werden soll. Die Frage, welche Kraftwerke wie lange am Netz bleiben, wird gerade im Zusammenhang mit den Klimaschutzziele immer wieder kontrovers diskutiert. Auch die Koalitionäre messen dem Klimaschutz „einen zentralen Stellenwert“ zu, heißt es. Konkret ist damit gemeint, dass der Ausstoß von Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 gegenüber dem Stand von 1990 um 40 Prozent reduziert werden soll. Auch in der Europäischen Union wolle man sich dafür einsetzen, dass bis 2030 eine Reduktion um 40 Prozent erfolgt. Die geplanten Ziele sollen aber nicht, wie ursprünglich von der SPD gefordert, in einem Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden, sondern in einem unverbindlichen Klimaschutzplan. Beim Emissionshandel, der derzeit wegen des Preisverfalls der Zertifikate am Boden liegt, will die neue Regierung der von der EU geplanten Herausnahme von Zertifikaten – backloading genannt – zustimmen. Es solle sich dabei aber um einen „einmaligen Eingriff“ ins System handeln, wird im Koalitionsvertrag betont. Die Pläne von CDU, CSU

»Wir wollen, dass Europa insgesamt Vorreiter wird.«
Peter Altmaier (CDU)

und SPD in Sachen Energie und Klimaschutz für die kommenden vier Jahre wurden von der Opposition in einer Debatte zur Klimakonferenz in Warschau am vergangenen Donnerstag heftig kritisiert. Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) bezeichnete den Koalitionsvertrag als ein Desaster. „Wir sind wieder da im Kohlezeitalter in Deutschland“, sagte sie. Baerbock kritisierte die Deckelung des Ausbaus der erneuerbaren Energien ebenso wie den Verzicht auf ein Klimaschutzgesetz. Die Grünen hatten zur Debatte einen Antrag eingebracht (18/96), in dem sie forderten, den Emissionshandel zu stärken und das Emissionsziel der EU bis 2020 auf 30 Prozent zu erhöhen. Für die Linke fasste Eva Bulling-Schröter die Ergebnisse des Warschauer Klimagipfels und die der Koalitionsgespräche mit einem Bild zusammen: „Mit Vollgas gegen die Wand“. Die Gefahr des Klimawandels „wird kollektiv verdrängt“, beklagte sie.

Autokoalition Das Bündnis sei eine „Kohle- und Autokoalition“, die wenig Gutes bringen werde. Auch Papst Franziskus, erklärte sie, habe jüngst weniger Egoismus und mehr Gerechtigkeit gerade auch in Klimafragen gefordert. „Wenn selbst der Papst

das sagt, dann, meine ich, sollten auch Sie ihm einmal zuhören und nicht nur ich als alte Linke.“ Der Bundesumweltminister wies die Kritik zurück und erklärte, dass man sich im Koalitionsvertrag zu ambitionierten Treibhausgaszielen in der EU bekannt habe. „Wir wollen, dass Europa insgesamt Vorreiter wird“, sagte er. Dies müsse man jedoch „mit Augenmaß tun“, damit Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben und sich den neuen Bedingungen anpassen könnten. Denn es nütze nichts, wenn Unternehmen die Stahl, Kohle oder Aluminium produzierten, in andere Länder abwanderten, wo es weniger strenge Auflagen gebe. „Wir brauchen einen klaren nationalen Rahmen, wie wir Klimaschutzpolitik eigentlich organisieren wollen“, sagte Frank Schwabe für die SPD. Er bedauere, „dass es ein solches Klimaschutzgesetz jetzt nicht geben soll“. Auch sein Fraktionskollege Matthias Miersch räumte ein, dass es in jeder Koalition Kompromisse gebe. Diese Große Koalition müsse erreichen, dass Deutschland in Sachen Klimaschutz im internationalen Vergleich auch weiterhin ein nationales Vorbild darstelle: „Das muss unsere Messlatte sein.“ Annette Sach



Der philippinische Abgeordnete Yeb Sano trat aus Protest gegen die internationale Klimapolitik auf der Konferenz in Warschau in einen Hungerstreik.

Anzeige

„Die besten Geheimtipps aus dem Internet“ Brigitte

Mit neuem Special-Kapitel: Aktuelle Trends im Netz!

<p>„Das bessere Google.“ AUGSBURGER ALLGEMEINE</p>	<p>„Unverzichtbares Standardwerk.“ MÜNCHNER MERKUR</p>	<p>„Die Alternative zu Google & Co.“ HAMBURGER ABENDBLATT</p>
<p>„Eine Alternative für alle, die von Google-Suchergebnissen frustriert sind.“ COMPUTER BILD</p>	<p>„Jeder findet darin garantiert Websites, die er noch nicht kannte.“ STUTTGARTER ZEITUNG</p>	<p>„Konkurrenz für Google und Co. in Buchform.“ SAARBRÜCKER ZEITUNG</p>
<p>„Alle Seiten sind gut sortiert und qualitätsgeprüft. Das kann die Suchmaschine so nicht bieten.“ FRANKFURTER NEUE PRESSE</p>	<p>„Das Web-Adressbuch ist inzwischen zum Standardwerk geworden und sollte seinen Platz neben dem Duden und dem Lexikon finden.“ BERLINER MORGENPOST</p>	<p>„Für viele dürfte das Buch für eine überraschende Erkenntnis sorgen: Google ist nicht allwissend!“ OFFENBURGER TAGEBLATT</p>
<p>„Das besondere an den Web-Adressen ist, dass es oft solche sind, die man bei Google nicht ganz oben auf der ersten Seite der Suchergebnisse findet.“ BILD.de</p>	<p>„Wer sich durch die Themengebiete treiben lässt, der findet immer neue gut gemachte Web-Seiten, die Google & Co. nicht als Treffer anzeigen.“ BAYERN 3</p>	<p>„Bewiesen wird erneut, dass Google nicht alles kennt und dass die gezielte Suche auf bedrucktem Papier schneller zum Ergebnis führen kann, als das Durchprobieren im Treffer-Wust von Suchmaschinen.“ THÜRINGISCHE LANDESZEITUNG</p>

Auch als E-Book erhältlich! Infos unter: www.web-adressbuch.de

704 Seiten · viele farbige Abbildungen · Überall im Buch- und Zeitschriftenhandel erhältlich · 17. Auflage · ISBN 978-3-934517-43-1 · € 16,90

AUFGEKEHRT

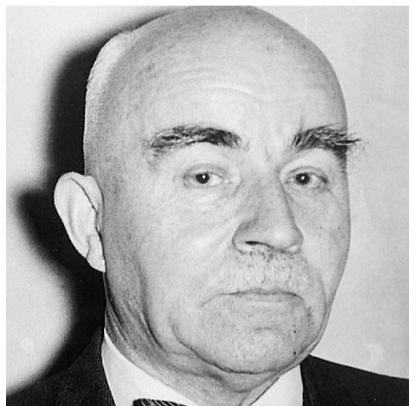
Nächtliche Folter in Berlin

Hand auf's Herz, liebe Leserinnen und Leser! Wann haben Sie sich zum letzten Mal eine Nacht um die Ohren geschlagen und sind am nächsten Morgen trotzdem fit und munter am Arbeitsplatz erschienen? In jungen Jahren fällt das noch vergleichsweise leicht – aber mit fortschreitendem Alter führen solche Eskapaden dann doch vermehrt zu Ausfallerscheinungen. In Großstädten sind es die Frühaufsteher ja durchaus gewohnt, auf dem Weg zur Arbeit die letzten schlaf- und anderweitig-trunkenen Nachtschwärmer neben sich in der Straßenbahn, dem Bus oder der S-Bahn sitzen zu haben. Am vergangenen Mittwoch wurde jedoch eine besonders auffällige Gruppe dieser Nachtschwärmer in den frühen Morgenstunden vor dem Willy-Brandt-Haus in Berlin beobachtet. Und nur wenige Stunden später traten eben diese Nachtschwärmer vor die Presse und erklärten der Nation, wie Deutschland in den kommenden vier Jahre lang regiert werden soll. Der erstaunte Bürger fragt sich an solchen Tagen dann doch, warum so grundlegende Entscheidungen für die Zukunft des Landes eigentlich immer wieder in Nachtsitzungen herbeigeführt werden. Wäre es nicht sinnvoller, wenn alle Beteiligten ausgeruht ans Werk gingen? In einem demokratischen Rechtsstaat hört man die Antwort auf diese Frage zwar nicht so gerne, aber Schlafentzug ist eine gängige Foltermethode. So soll das klare Denken der Opfer unterbunden, ihr Wille und ihre Widerstandskraft gebrochen werden, um Aussagen zu erpressen. In unserem Beispiel ist allerdings noch nicht klar, wer Opfer und wer Täter ist. Und vor allem, welchen Wert die erpressten Aussagen in den kommenden vier Jahren haben werden. Alexander Weinlein

VOR 60 JAHREN ...

Auflockerung in Frageform

10. Dezember 1953: Zwischenfrage eingeführt Beinahe beiläufig wurde am 10. Dezember 1953 ein neues Instrument in der parlamentarischen Debatte im Bundestag eingeführt. An diesem Tag wies Bundestagspräsident Hermann Ehlers (CDU) auf die neu angebrachten 15 Mikrophone im Plenarsaal hin und erklärte, diese wolle man künftig auch für Zwischenfragen nutzen, um „eine gewisse Auflockerung der Debatte zu erzielen“. Erst am 26. Januar 1955 regelte der Ältestenrat die „Handhabung der Zwischenfrage in Plenarsitzungen“. Die erste Zwischenfrage der Geschichte richtete der FDP-Abgeordnete Max Becker am 5. Februar 1954 während der



Max Becker (FDP, 1888-1960) stellte 1954 die erste Zwischenfrage.

Haushaltsdebatte an Alois Niederalt (CSU). Nutzten die Abgeordneten aber anfangs die Zwischenfrage noch zögerlich, tauchte sie mit den Jahren immer häufiger auf. So wurden 1954 gerade einmal 55 Zwischenfragen gestellt, 1974 waren es bereits 196. Forschungen des Germanisten Armin Burkhardt ergaben, dass die Intention hinter den Zwischenfragen im Laufe der Zeit in eine eindeutige Richtung geht: Während sie „in den 50er Jahren noch als echte Informationsfrage“ verwendet worden seien, sei „ein Großteil der Zwischenfragen inzwischen zum bloßen Mittel der Provokation, Bloßstellung, Ridikulisierung und Selbstdarstellung geworden“. Zwar muss kein Redner eine Zwischenfrage zulassen. Sie abzulehnen, wirkt aber meist wenig souverän – und der Redefluss ist ohnehin schon gestört, wenn der Bundestagspräsident mit der Frage unterbricht: „Gestatten Sie eine Zwischenfrage?“ Benjamin Stahl

ORTSTERMIN: BUCH ÜBER DIE DEUTSCHE PARLAMENTARISCHE GESELLSCHAFT



Der Laudator des Abends, Eckart von Klaeden, Autor Helmut Herles und der DPG-Präsident Heinz Riesenhuber (von links) im Foyer der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft

Lesenswerte Innenansichten aus dem Club

Nein, es ist nicht irgendein Werk. Es ist: „Das Buch“, wie Heinz Riesenhuber mit von Pathos getragener, tiefer Stimme in den Kaisersaal des Reichstagspräsidentenpalais ruff. Der CDU-Politiker ist Präsident der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft (DPG), dem fraktionsübergreifenden Club für Abgeordnete aus Bund, Ländern und Europa, der zu diesem Abend in sein Domizil an der Spree geladen hatte. Es geht also um „Das Buch“, was entzücktes Schmunzeln, einzelne Freudenschlächter, vergnügtes Klatschen hervorruft. Und den Autor veranlasst, lächelnd in der ersten Reihe zu sitzen und die Wertschätzung seiner Arbeit sichtlich zufrieden entgegen zu nehmen. Helmut Herles heißt der Mann, den Riesenhuber mit diesen Worten einführt: „Früher ist er Chefredakteur vom Generalanzeiger in Bonn gewesen, und jetzt ist er ein fröhlicher Mensch.“ Letzteres ist offenkundig. Und Ersteres ist eigentlich überflüssig zu erwähnen, weil Herles den meisten Zuhörern seit vielen Jahren, ja Jahrzehnten als publizistischer Begleiter der Parlamentarischen Gesellschaft vertraut sein dürfte. Nun ist also das dritte Buch

über die Politiker-Organisation erschienen, das den nüchternen Titel „Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft“ mit der neugierig machenden Unterzeile „Innenansichten aus dem Club der Abgeordneten“ trägt. Zu lesen ist Erklärendes über die geistigen und historischen Wurzeln, die Entwicklung des Clublebens am Berliner Friedrich-Ebert-Platz vis-a-vis des Reichstagsgebäudes, die Bedeutung der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments und vieles mehr. Das Ganze wird angemessen nachdenklich, erfreulich launig, immer aber ausgesprochen sachkundig dargeboten. Kurzum: Das Buch ist ein Lesevergnügen für politisch Interessierte und geeignet, weit über den Kreis der darin verhandelten Personen hinaus mit Wohlwollen bedacht zu werden. So sieht es auch Eckart von Klaeden, fast 20 Jahre Mitglied des Bundestages, langjähriger DPG-Vizepräsident und, was in diesem Zusammenhang fast noch bedeutender ist, Vorsitzender der Buchkommission des Clubs. Als Laudator des Abends lobt er die Zusammenarbeit mit Autor Herles und

allen übrigen Beteiligten. Auf den vorliegenden 160 Seiten würden beeindruckende Schlaglichter auf Geschichte, Philosophie und Politik der DPG geworfen. „Ein sehr gelungenes Werk“, schlussfolgert von Klaeden und provoziert damit anhaltenden Applaus im Saal. Eigentlich hätte es also fast keiner Kostproben aus dem Buch mehr bedurft, um die Arbeit schmackhaft zu machen. Helmut Herles lässt es sich aber trotzdem nicht nehmen, nach Dank an Mitarbeiter, DPG, Verlag und Lektoren die ein oder andere Passage aus eigenen und Beiträgen der Gastautoren zu zitieren – sehr zum Vergnügen des Auditoriums. Nach dem Schlussbeifall sagt ein älterer Herr etwas zu laut zu seiner Begleitung: „Davon besorgen wir aber ein paar als Weihnachtsgeschenke.“ Zustimmendes Nicken. Nicht nur bei der Begleitung. Jörg Biallas

Helmut Herles: Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft. Innenansichten aus dem Club der Abgeordneten, be.bra verlag 2013, 160 Seiten, 19,95 Euro

NACHRUF

Trauer um Cronenberg

Am 21. November starb der ehemalige Bundestagsvizepräsident Dieter-Julius Cronenberg im Alter von 83 Jahren. Der Jurist und Unternehmer aus Arnberg zählte zu den führenden Liberalen Nordrhein-Westfalens. 1961 trat er in die FDP ein, war Orts-, Kreis- sowie Bezirksvorsitzender und gehörte dem NRW-Landesvorstand seiner Partei an. Im Bundestag amtierte Cronenberg von 1979 bis 1985 als stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender. Den Schwerpunkt seiner parlamentarischen Arbeit sah Cronenberg in der Renten- und Sozialpolitik. Er engagierte sich in allen Wahlperioden im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung und arbeitete für seine Fraktion auch an der Renten- und Gesundheitsreform mit. Von 1984 bis 1994 amtierte er als Vizepräsident des Deutschen Bundestags. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) würdigte Dieter-Julius Cronenberg als herausragenden Parlamentarier, dessen gesamtes politisches Wirken von einer zutiefst liberalen Haltung geprägt gewesen sei. Für seine Arbeit habe er bei Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen Respekt und Anerkennung gefunden und das Amt des Bundestagsvizepräsidenten zehn Jahre lang durch große Souveränität und Überparteilichkeit geprägt. bmf



© Foto: ullstein

PERSONALIA

>Hans Lemp Bundestagsabgeordneter 1967-1980, SPD Hans Lemp vollendet am 11. Dezember sein 85. Lebensjahr. Der Finanzbeamte und spätere Verkaufsleiter aus Vechta ist seit 1956 Mitglied der SPD. Von 1964 bis 1981 war er Rats Herr seiner Heimatstadt und gehörte von 1968 bis 1975 dem Kreistag in Vechta an. Im November 1967 zog Lemp für den Abgeordneten Günter Frede in den Bundestag ein. Dort engagierte er sich vorwiegend im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Von 1977 bis 1979 war er Mitglied des Europäischen Parlaments.

>Renate Schmidt Bundestagsabgeordnete 1980-1994, 2005-2009, SPD Am 12. Dezember vollendet Renate Schmidt ihr 70. Lebensjahr. Die Programmiererin aus Nürnberg trat 1972 der SPD bei. Von 1991 bis 2000 stand sie an der Spitze der bayerischen Landespartei und amtierte von 1997 bis 2003 als stellvertretende Bundesvorsitzende. Von 1994 bis 2002 gehörte sie dem Bayerischen Landtag an und stand bis 2000 an der Spitze der SPD-Fraktion. Im Bundestag war Schmidt von 1987 bis 1990 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion und leitete den Arbeitskreis „Gleichstellung von Frau und Mann“. Von Dezember 1990 bis Oktober 1994 bekleidete sie das Amt der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) übertrug Renate Schmidt 2002 das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das sie bis 2005 leitete. In ihrer Amtszeit, die von einer nachhaltigen Familienpolitik geprägt war, förderte sie vor allem die Kleinkinderbetreuung, kinderreiche Familien und Alleinerziehende. Im Bundestag arbeitete Schmidt unter anderem im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft sowie im Ausschuss für Jugend, Familie und Gesundheit mit.

>Wilhelm Helms Bundestagsabgeordneter 1969-1972, FDP Wilhelm Helms begeht am 19. Dezember seinen 90. Geburtstag. Der aus Twistringen/Kreis Grafschaft Hoya in Niedersachsen stammende Landwirt trat 1963 der FDP bei. Von 1961 bis 1972 war er Kreisabgeordneter. Als Landrat des Kreises Grafschaft Hoya amtierte er von 1964 bis 1968. Helms, der im April 1972 die FDP verließ und Gast der CDU/CSU-Fraktion wurde, engagierte sich im Bundestag im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Von 1979 bis 1984 gehörte er dem Europäischen Parlament an.

>Georg Gölder Bundestagsabgeordneter 1969-1977, CDU Georg Gölder wird am 22. Dezember 75 Jahre alt. Der promovierte Philologe und Gymnasiallehrer aus Speyer trat 1958 der Jungen Union bei und führte von 1965 bis 1971 den Landesverband in Rheinland-Pfalz. Zugleich gehörte er seit 1966 dem CDU-Landesvorstand an. Den Vorsitz des CDU-Kreisvorstands Speyer hatte er von 1968 bis 1977 inne und stand in gleicher Funktion von 1975 bis 1993 an der Spitze des Bezirksvorstands der CDU Rheinland-Pfalz. Gölder, Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Fragen der beruflichen Bildung, gehörte stets dem Ausschuss für Bildung und Wissenschaft an. 1977 übernahm er das rheinland-pfälzische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport und stand von 1981 bis 1991 an der Spitze des Kultusministeriums. bmf

LESERPOST

Leserbrief zur Ausgabe 48 vom 25.11.2013: Liebe Redaktion, danke und Chapeau! zur aktuellen Ausgabe – solide Information, gute Autoren. Sie werden immer besser! Gerd Otto-Rieke, München

Was gäbe ich darum, das Verhältnis der ersten und der zweiten Instanz wäre nicht nur ein fein ausgetüfteltes Gleichgewicht weitgehend auf dem Papier, sondern die Bundeslandinteressen kämen auch in der handfesten Realität ganz spezifisch zum Ausdruck. Wir wären meilenweit von jenem politischen Konstrukt der A-Länder und der B-Länder entfernt, vom Versuch, die Länderkammer politisch zu instrumentalisieren, als „Transmissionsriemen der Regierung“ auf der einen, als aufkommendes Bollwerk der selbst erklärten Gegenregierung auf der anderen Seite. Spezielle Vertretung der Interessen und Belange der Bundesländer, das ist doch nicht jener errechnete Proporz, der mich mit der

Mentalität von Buchhaltern zu tun hat, dass die offenen Spalten gefüllt werden, sondern das wäre das Wissen, was persönliche Überzeugung ist. Ist es ein Problem, dass die Regierung keine Mehrheit im Bundesrat hat? Nur für den, der Überzeugung mit Durchsetzung verwechselt und Gestaltung damit, die Dinge ausschließlich nach dem eigenen Bilde zu formen. Es gibt eine riesige, nach meinem Empfinden kaum noch überbrückbare Distanz zwischen der Wahrnehmung von Bürgern und dem dargestellten rein theoretisch wirkenden Konstrukt. Verlasst die Linien, entfahrt der jahrzehntelangen Lähmung, haltet die Kritik aus, Abwechler und fern der jeweiligen Parteilinie zu sein. Dann

kommt die Gestaltung, die einer Demokratie ja würdig ist, schon von selbst zum Vorschein. Helmut Krüger, Potsdam

Leserbrief zur Ausgabe 48 vom 25.11.2013, „Ein Thema breit beleuchtet“ auf Seite 16: Es ist sehr schön, dass Sie in Ihrer letzten Ausgabe das Jubiläum der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ erwähnt haben. Die Zeitschrift ist mir aus meinem Studium gut bekannt, uns wurden die einzelnen Beiträge immer von Professoren als zitierfähig empfohlen, dementsprechend waren sie schon Grundlage vieler Hausarbeiten. Außerdem war die Themenbreite enorm. Ich muss zugeben, dass ich erst über die „APuZ“ zu „Das Parlament“ gekommen bin. Ich denke aber, dass ich damit nicht allein unter Ihren Lesern bin. Offensichtlich eine lohnende und sinnvolle Kooperation. Stefan Bernhardt, per E-Mail

SEITENBLICKE



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns: Das Parlament Platz der Republik 1, 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 23. Dezember.

BUNDESTAG LIVE Topthemen vom 17.12.2013 Wahl der Bundeskanzlerin (Di) Phoenix überträgt live ab 9 Uhr Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Dr. Thomas de Maiziére, CDU/CSU, Bundesminister der Verteidigung:

Präsenz ist wichtiger Beitrag zur Friedenskonsolidierung



Thomas de Maiziére (*1954)
Bundesminister

Im dritten Jahr seiner Unabhängigkeit steht der Südsudan weiterhin vor großen Herausforderungen. Humanitäre Notlagen sowie eine schwierige Sicherheitslage prägen nach wie vor das Bild in verschiedenen Regionen des Landes.

Allein in diesem Jahr waren über 1,8 Millionen Menschen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Insbesondere im Bereich des nordöstlichen Bundeslandes Jonglei kommt es bei Auseinandersetzungen um Vieh und Weideland immer wieder zu bewaffneten Zusammenstößen. Circa 100 000 Menschen haben allein im letzten Jahr die betroffenen Siedlungsgebiete aus Furcht vor Angriffen verlassen.

Dauernder Frieden im Südsudan kann nur erreicht werden, wenn die Grundursachen der dahinterliegenden Konflikte angegangen werden. Das ist ein schwieriger und ein langwieriger Weg nach 50 Jahren Bürgerkriegserfahrung.

Trotz aller Defizite und Mängel, die es auch gegenüber der Regierung des Südsudan klar anzusprechen gilt, sind heute, zweieinhalb Jahre nach der Staatsgründung, auch erste kleinere Erfolge zu verzeichnen: Die Menschenrechtssituation hat sich zumindest ansatzweise verbessert, auch wenn sie noch nicht annähernd so ist, wie wir sie uns erhoffen.

Wie gefährlich der Einsatz ist, zeigt der Brennpunkt Juba. In den letzten Monaten gab es dort viele Fälle, in denen UN-Personal und internationale Diplomaten von militä-

ren Kräften bedroht, verhaftet oder angegriffen worden sind. Dies sind Vorkommnisse, die nicht zu tolerieren sind. Dass die internationale Gemeinschaft dennoch den richtigen Weg eingeschlagen hat, verdeutlicht die kürzlich erfolgte Verurteilung von 92 südsudanesischen Soldaten wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen. Mit Unterstützung von UNMISS, einer Mission unter dem Mandat der Vereinten Nationen, ist es zudem gelungen, ein Versöhnungsabkommen zwischen den ethnischen Gruppen in der Region zu verhandeln. Dieses gilt es nun umzusetzen und zu überwachen. Die wirtschaftliche Lage hat sich aufgrund des wieder zugelassenen Ölexportes zwar stabilisiert; für eine Linderung der humanitären Not kann die Regierung des Südsudan allerdings noch nicht annähernd eigenständig sorgen.

Trotz dieser guten Ansätze gilt: Die Ausgangsbedingungen für den noch jungen Staat Südsudan sind schwierig, und er steht vor vielfältigen Herausforderungen. Die militärische Präsenz der VN-Mission im Südsudan bleibt deshalb weiterhin unverzichtbar. Es gilt, den Bedrohungen vor Ort zu begegnen, vertrauensbildend in der Fläche zu wirken und

den Zugang für Personal der Vereinten Nationen und humanitäre Organisationen zu gewährleisten.

Deutschland ist mit über 60 Nationen der internationalen Völkergemeinschaft dabei. Das soll

auch in Zukunft so bleiben. Wir sind mit zuletzt 16 Soldaten in den Stäben vertreten. Durch den nicht ungefährlichen Einsatz unserer Soldaten sowie der derzeit sechs Polizisten leistet Deutschland seinen Beitrag zur Friedenskonsolidierung und zum längerfristigen Staatsaufbau.

Auch wenn sich Fortschritte nur langsam abzeichnen, gilt Folgendes: Erstens. UNMISS leistet einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und zum Aufbau des Südsudan.

Zweitens. Die bloße Gegenwart, die große Präsenz der internationalen Gemeinschaft hat eine mäßigende Wirkung auf die Konfliktparteien und stabilisiert das gesamte regionale Umfeld.

Drittens. Unser Engagement ist notwendig, um eine humanitäre Verschärfung sowie eine weitere militärische Eskalation in dieser unruhigen Region zu verhindern.

Deswegen bitten wir als Bundesregierung um Ihre Zustimmung zur weiteren Beteiligung an UNMISS mit bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit Blick auf die Debatte heute Nachmittag noch ein paar

Christoph Strässer, SPD:

Fortsetzung der Mission ist notwendig



Christoph Strässer (*1949)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Zu Beginn einer neuen Legislaturperiode als erstes Thema in der Außenpolitik gleich über einen Auslandseinsatz der Bundeswehr im Rahmen eines Mandates der Vereinten Nationen zu debattieren und zu entscheiden, ist sicherlich nicht das, was sich die meisten von uns wünschen. Gut aber ist, dass wir darüber hier im Deutschen Bundestag debattieren, weil wir damit zum Ausdruck bringen, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist und sich daran auch nichts ändern wird.

Der Antrag der Bundesregierung, mit dem wir uns heute auseinandersetzen haben, bezieht sich auf eine Beteiligung deutscher Streitkräfte an der von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission in Südsudan. Angesichts der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft

Worte zu UNAMID sagen, zu der Mission in Darfur. Kernauftrag dieser Mission sind die Unterstützung des Friedensprozesses, der Schutz von Zivilisten und die Sicherung des Zugangs für humanitäre Hilfsorganisationen. Auch in Darfur leistet die UNO mit ihrer Mission, mit UNAMID, allein durch ihre Präsenz in Form von rund 21 000 Soldatinnen und Soldaten sowie Polizistinnen und Polizisten einen Beitrag zur Verbesserung der humanitären Lage vor Ort. UNAMID schafft den notwendigen Rahmen, innerhalb dessen sich die politischen Bemühungen um ein Ende der Krise in Darfur weiterentwickeln können. Deshalb ist auch diese Mission unverzichtbar.

Mit unseren derzeit zehn Soldaten im Hauptquartier unterstützen wir als

einzigster westlicher Truppensteller neben der Türkei die Auftragsdurchführung der Mission. Die bei dieser VN-Mission eingesetzten Soldatinnen und Soldaten arbeiten unter den schwierigsten denkbaren Umständen. Ich möchte an dieser Stelle den Soldatinnen und Soldaten bei UNMISS und bei UNAMID sowie den dort eingesetzten Polizistinnen und Polizisten meine und unsere Hochachtung für ihr bemerkenswertes Engagement und ihre Professionalität aussprechen.

Bitte unterstützen Sie daher heute Nachmittag auch den Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der Mission UNAMID in Darfur.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

tionalen Kontext leider noch weit entfernt trotz nicht unerheblicher Anstrengungen auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, wie sie auch im Mandatsantrag dargestellt werden.

Die Ursachen für die anhaltende Instabilität sind vielfältig und hängen eng zusammen mit den Entwicklungen, die seit der Unabhängigkeit des Sudan im Jahre 1956 nicht beseitigt werden konnten. Da ist zum einen die Situation im Sudan insgesamt. Seit der Unabhängigkeit 1956 wird das Land von einem nur durch eine kurze Periode unterbrochenen Bürgerkrieg zwischen dem überwiegend arabisch-islamischen Norden und dem Süden des Landes erschüttert, der formal erst durch das umfassende Friedensabkommen von 2005 beendet wurde, das nur unter intensiver Beteiligung der internationalen Gemeinschaft zustande kommen konnte. Letztlich gab es eine Volks-

Fortsetzung auf Seite 2

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Fortsetzung von Seite 1: Christoph Strässer (SPD)

abstimmung, die zur Unabhängigkeit des Südens führte.

Hinzu kamen Auseinandersetzungen zwischen Nomaden und sesshaften Farmern um Ressourcen, die auch bedingt durch den Klimawandel immer geringer werden. Der seit 2003 andauernde Konflikt in der westlichen Region Darfur ist nur ein Brennpunkt für diese Entwicklung, der aber zeigt, dass eine nachhaltige Befriedung nur bei Lösung aller Konflikte in dieser Region denkbar ist. Hierzu bedarf es mehr als des UNMISS-Mandates. Hierzu bedarf es einer Fortschreibung des Länderkonzeptes und engerer Zusammenarbeit im europäischen Kontext, die wir von der nächsten Bundesregierung nachhaltig einfordern werden.

Der zweite Konfliktherd ist die Situation zwischen Sudan und Südsudan. Nach wie vor sind nicht alle Vorgaben des umfassenden Friedensabkommens umgesetzt, insbesondere was den endgültigen Grenzverlauf und die Verteilung der Einkünfte aus der Erdölförderung angeht. Immer wieder kommt es zu Truppenbewegungen und Kämpfen zwischen den sudanesischen Streitkräften und der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee, SPLA. Diese immer wieder auch kriegerischen Auseinandersetzungen sind für die Menschen in der Grenzregion nicht mehr erträglich.

Auch die VN-mandatierte Grenzüberwachung durch die Mission UNISFA kann dies nicht verhindern.

Die humanitäre Situation wird immer schlimmer. Anhaltende Kämpfe in

den Staaten Blauer Nil und Südkordofan im Süden des Sudan führten zur Flucht von mehr als 200 000 Menschen in den benachbarten Südsudan. Viele davon haben auf der Flucht ihr gesamtes Hab und Gut zurückerlassen müssen. Seit Juni 2012 leistet der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen im Norden des Südsudan Not- und Überlebenshilfe für mehr als 115 000 Personen. Mehr als 400 000 Personen sind vertrieben worden. Aufgrund andauernder bewaffneter Konflikte sowie Nahrungsmittel- und Wasserknappheit können Flüchtlinge den Sudan nicht verlassen, um sich in Sicherheit zu bringen.

Auch die wirtschaftliche Situation ist prekär, nicht zuletzt deshalb, weil der Streit unter anderem über die Nutzung von Erdöl dazu geführt hat, dass sich Khartoum Ölfelder im Süden angeeignet hat und dass der Südsudan zwischenzeitlich immer wieder beschlossen hat, die Erdölförderung zu unterbrechen. Vor allem die Zugehörigkeit der erdölreichen und landwirtschaftlich produktiven Region Abyei ist nach wie vor nicht geklärt.

Schließlich ist auch die Entwicklung im Südsudan selbst weit hinter den Erwartungen zurück, die mit dem Abschluss des Friedensvertrages und

der Selbstständigkeit verbunden waren. Das gilt für nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. Es fehlt an vielem. Der Aufbau staatlicher und rechtsstaatlicher Strukturen kommt nur sehr langsam voran. Die ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und insbesondere der Zugang zu sauberem Wasser sind nach wie vor nicht immer und für alle Gruppen der Bevölkerung gewährleistet. Auch gibt es immer wieder Berichte über Menschenrechtsverletzungen durch die südsudanesischen Streitkräfte an der Zivilbevölkerung. Es gibt Nachrichten über schwere Zusammenstöße zwischen Gemeinschaften insbesondere in der Provinz Jonglei.

All diese Tendenzen können natürlich nicht allein durch die Mission UNMISS beseitigt werden. Aber wir sind davon überzeugt, dass UNMISS ein Teil einer Entwicklung ist, die wir unterstützen sollten. Wir fordern auch nachhaltig, dass eine verstärkte Umsetzung der EU-Länderstrategie erfolgt. Sie existiert seit Januar 2012 und fordert in Zusammenarbeit mit UNMISS und nationalen wie internationalen Partnern den Einsatz für Konsolidierung von Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit sowie verantwortungsvolle Staatsführung und Korruptionsbekämpfung.

Was wir brauchen, ist eine außenpolitische Länderstrategie, die der Zweiteilung des Sudans und der Komplexität der Situation gerecht wird, eine Länderstrategie, die den Leitprinzipien von Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Rechts-

staatlichkeit, verantwortungsvoller Staatsführung und Korruptionsbekämpfung verpflichtet ist. Aber wir brauchen mehr als theoretische Konzepte. Wir brauchen vor allem deren Umsetzung. Deshalb steht für uns die Resolution 2046 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 2. Mai 2012 im Mittelpunkt. Der Friedensfahrplan der Afrikanischen Union zur Lösung der Konflikte muss tatkräftiger und mit mehr Mitteln unterstützt werden, als wir dies gegenwärtig tun. Wir sollten uns im VN-Sicherheitsrat weiterhin für robuste und der jeweiligen Situation angemessene Mandate starkmachen, um ein flexibles Eingreifen der VN-Friedensmissionen vor Ort zu ermöglichen.

Ich würde mir wünschen, dass über die Rolle Deutschlands in diesem Zusammenhang in Zukunft intensiver und konkreter diskutiert wird. Unser friedens- und sicherheitspolitisches Engagement im Südsudan ist deutlich verbesserungsfähig und verbesserungswürdig. Wir sollten außerdem die internationale Hilfe für die Republiken Sudan und Südsudan stärker mit der Verpflichtung zur Einhaltung von Menschenrechten sowie zur Bekämpfung von Korruption verbind-

den und damit auch Drittstaaten wie China stärker in den politischen Dialog mit einbeziehen.

Zu erreichen ist dieses Ziel für den Sudan, für den Südsudan, für die gesamte ostafrikanische Region nur mit einer Politik, die den regionalen Besonderheiten gerecht wird, die eine demokratische Staatsführung forciert und die Einhaltung der Menschenrechte als Schlüssel zu einer nachhaltigen Entwicklung begreift. Soldaten, Ressourcenreichtum und wirtschaftliches Wachstum allein können eine solche Entwicklung nicht bewirken. Vielmehr geht es darum, politische Rahmenbedingungen zu schaffen, mit denen sich für die Mehrheit der Bevölkerung die Lebensbedingungen verbessern und die Armut verringern lassen. Armut ist nämlich nicht nur eine Folge von ungünstigen ökonomischen Rahmenbedingungen, sondern auch das Ergebnis mangelnder Partizipation und der Verletzung der Menschenrechte.

Gerade die Menschen in Südsudan, die Zeit ihres Lebens nichts als Krieg und Ausbeutung erlebt haben, müssen endlich erfahren, dass Frieden nicht nur formal ist, sondern auch ihre materiellen und sozialen Lebensbedingungen nachhaltig verbessert. Sie brauchen die ganz konkrete Erfahrung und die Wirklichkeit einer sogenannten Friedensdividende.

Meine Damen und Herren, zum Schluss dieser etwas dunklen Darstellung der Situation in der Region möchte ich aber auch noch etwas Positives mitteilen. Die Süddeutsche Zeitung hat gestern berichtet, dass vor wenigen Tagen zwei ostafrikanische Staaten erklärt haben, der UN-Kinderrechtskonvention beitreten zu wollen.

Neben Somalia tat dies auch der Südsudan. Das ist nicht nur ein formaler Akt. Vielmehr müsste und sollte ihre tatsächliche Umsetzung auch zu einer erheblichen Verbesserung der Situation von Kindern führen, insbesondere für solche, die immer noch als Kindersoldaten rekrui-

tiert und ihr Leben lang traumatisiert werden. Ich glaube, wir sollten insbesondere das südsudanesisches Parlament zu dieser Entscheidung auch von hier aus beglückwünschen.

Nunmehr, meine Damen und Herren, gibt es unter den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen nur noch einen Staat, der die Kinderrechtskonvention nicht ratifiziert hat. Das sind - wer ahnt es? - die Vereinigten Staaten von Amerika. Vielleicht können unsere Freunde jenseits des Atlantiks von dieser Entscheidung des südsudanesischen Parlaments etwas lernen; dann hätte diese Entscheidung eine noch größere Bedeutung als ohnehin schon.

Ich glaube, wir würden diesen Prozess von hier aus nachhaltig unterstützen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Christine Buchholz, DIE LINKE:

Es wird keine ehrliche Bilanz gezogen



Christine Buchholz (*1971)
Landesliste Hessen

Der geschäftsführende Verteidigungsminister, Herr de Maizière, hat gestern in unserer Fraktion für den Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung des Bundeswehreinsetzes im Südsudan geworben. Das selbsterklärte Ziel der Mission UNMISS ist es, die Regierung des Südsudans, der sich vor zwei Jahren vom Norden abgespalten hat, bei der Friedenskonsolidierung zu unterstützen. Herr de Maizière hat gestern wörtlich gesagt: Für dieses Mandat gibt es seit der Bundestagsdebatte vor einem Jahr keinen neuen Sachstand, keine neuen Argumente.

Dem widersprechen wir heftig. Zum einen eskalierte der Konflikt zwischen Nord- und Südsudan. Als Folge des Streits um die Aufteilung der Ölgewinne stellte der Südsudan mehr als ein Jahr lang die Ölproduktion ein. Das hatte dramatische Fol-

gen: Beispielsweise bürdete die Regierung dem Südsudan ein Spardiktat auf, das bis heute weiterbesteht und unter anderem dazu führt, dass Lehrer und Krankenschwestern seit zwei Monaten kein Gehalt mehr bekommen. Schließlich eskalierte der bewaffnete Konflikt im Bundesstaat Jonglei und in anderen Regionen. Selbst Juba ist, wie Herr de Maizière heute selbst gesagt hat, zu einem Brennpunkt geworden, was vorher nicht der Fall gewesen war. Ist das kein neuer Sachstand?

Ich glaube, wir können bei allen Bundeswehreinsetzen ein und dasselbe Muster beobachten: Es wird keine ehrliche Bilanz gezogen.

Das gilt für den Einsatz im Südsudan genauso wie für den Einsatz in Afghanistan. Wir halten das für unverantwortlich.

Kernaufgabe der Mission UNMISS ist, wie gesagt, die Unterstützung der südsudanesischen Regierung bei der Friedenskonsolidierung. Die Bundesregierung verwischt dabei, dass die Armee der südsudanesischen Regierung, mit der der Frieden konsolidiert werden soll, selbst Teil des Problems ist.

Human Rights Watch hat 24 Vorfälle aus dem Bundesstaat Jonglei dokumentiert, in denen die südsudanesisches Armee zwischen Dezember 2012 und Juli 2013 nahezu 100 Angehörige des Volks der Mur-

le getötet hat, darunter Frauen und Kinder. Die südsudanesisches Armee hat Gebäude von Hilfsorganisationen und Schulen zerstört und ganz nebenbei einen UN-Hubschrauber abgeschossen. Mit anderen Worten: UNMISS hat das, was die Bundesregierung als eine Kernaufgabe definiert, nicht im Entferntesten erreicht. Der Einsatz konsolidiert keinen Frieden. Das kann er auch nicht; denn Frieden kann nicht durch die Entsendung von Truppen von außen gebracht werden.

UNMISS besteht aus 7 000 Soldaten; die meisten von ihnen stammen selbst aus Entwicklungsländern. Der Antrag der Bundesregierung gibt keinerlei Auskunft darüber, was die Soldaten und auch die deutschen Stabsoffiziere genau machen; stattdessen wird lang und breit etwas zum Engagement der Entwicklungszusammenarbeit ausgeführt. Das ist wieder so eine Nebelkerze; denn entwicklungspolitische Projekte – von denen die Linke viele begrüßt – stehen hier überhaupt nicht zur Abstimmung. Zur Abstimmung steht die Beteiligung von bewaffneten Streitkräften. Aber niemand braucht Soldaten, um Wasser- und Bildungsprojekte durchzuführen.

UNMISS ist im Kern eine Militärmission und kostet pro Jahr fast 1 Milliarde US-Dollar. Das ist viel

UNMISS hat das, was die Bundesregierung als Kernaufgabe definiert, nicht erreicht.

Geld, das besser angelegt werden könnte. Ich gebe Ihnen ein kleines Beispiel: Dieses Geld könnte angelegt werden in einem Präventionsprogramm gegen die grassierende Flusskrankheit – eine Krankheit, die zur Erblindung führt –, die ein großes Problem im Südsudan ist. Diese Krankheit ist nur eines von vielen fundamentalen Problemen. Es gibt im gesamten Südsudan nur vier Augenkliniken.

Die Wahrheit ist: So wie Sie es anpacken, instrumentalisieren Sie die Entwicklungshilfe, um die Entsendung von Militär zu rechtfertigen. Mit Friedenssicherung hat das nichts zu tun.

Das merken die Menschen im Südsudan auch. Studenten aus Juba sagten zum zweiten Jahrestag der Staatsgründung im Juli 2013 – ich zitiere –: Wir sind jetzt frei; aber das Leben hat sich nicht ver-

bessert. Kriminalität hat in Juba zugenommen, Bildung und Gesundheitsdienste sind teurer geworden.

Worum es tatsächlich geht, kann man auch im neuen Koalitionsvertrag nachlesen; hier herrscht ja größte Eintracht zwischen SPD und Union. Von einer „Kultur der Zurückhaltung“, von der im schwarz-gelben Koalitionsvertrag vor vier Jahren zumindest noch zu lesen

war, ist heute keine Rede mehr. In ihrem Koalitionsvertrag sprechen SPD und Union davon, die – Zitat – „globale Ordnung aktiv mitgestalten“ zu wollen. Das ist nicht mehr und nicht weniger als eine diplomatische Umschreibung für die Bereitschaft, in möglichst vielen Weltregionen mit Truppen dabei zu sein – ob mit Militärbeobachtern, mit Stabsoffizieren oder mit Kampfsoldaten. Herr Strässer hat das eben ja

auch noch einmal gesagt, als er erwähnte, wir müssten uns in Zukunft für robuste und flexible Einsätze starkmachen.

Das heißt im Klartext: Mit Schwarz-Rot wird es noch mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr geben. Die Linke steht dafür, zivil zu helfen, statt Militär in alle Welt zu senden.

(Beifall bei der LINKEN)

Agnieszka Brugger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Fokus der Mission stärker auf Menschenrechte legen



Agnieszka Brugger (*1985)
Landesliste Baden-Württemberg

Der Südsudan steht am Scheideweg, und die internationale Gemeinschaft kann es sich nicht leisten, den jüngsten Staat der Welt scheitern zu sehen. Dieser Einschätzung von Hilde Johnson, der Leiterin der UN-Mission im Südsudan, können wir Grüne voll und ganz zustimmen; denn die Menschen im Südsudan haben es verdient, dass wir sie auf dem Weg hin zu mehr Frieden, zu mehr Entwicklung und zu mehr Sicherheit nach Kräften unterstützen.

Dazu leistet UNMISS einen sehr wertvollen Beitrag. Die Mission hat die Aufgabe, die Zivilbevölkerung zu schützen, den Aufbau staatlicher Strukturen zu fördern und die Menschenrechte zu stärken. Seit der Staatsgründung des Südsudan am 9. Juli 2011 konnte auf diesem Wege bereits einiges erreicht werden, vieles leider aber auch noch nicht.

Seit der Wiederaufnahme der Erdölförderung erholt sich die katastrophale wirtschaftliche Lage des Landes sehr langsam, und 2012 sanken die Verbraucherpreise für die Zivilbevölkerung endlich wieder. Aber auch bei der Bekämpfung der Korruption hat sich einiges getan. Beispielsweise wurden 16 000 „Geisteroffiziere“ von der Gehaltsliste der südsudanesischen Polizei gestrichen. Gleiches, so hat der Präsident öffentlich angekündigt, soll auch beim Militär geschehen. Hier muss UNMISS bei der Korruptionsbe-

kämpfung weiter den Finger in die Wunde legen.

Positiv war auch die diesjährige Zusammenarbeit der südsudanesischen Regierung mit den NGOs und den UN-Hilfsorganisationen bei der sich jährlich wiederholenden Flutkatastrophe im November. Dadurch konnte für knapp 140 000 notleidende Menschen die Versorgung mit Lebensmitteln und Medizin gesichert werden.

Meine Damen und Herren, natürlich können auch viele Schritte in die richtige Richtung keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass es auch Rückschläge und berechtigten Anlass zur Sorge, aber eben auch zu deutlicher Kritik gegenüber der südsudanesischen Regierung und ihren Sicherheitskräften gibt. So kam es beispielsweise, wie Human Rights Watch berichtet, im Bezirk Pibor zu massiven Menschenrechtsverletzungen, verübt durch die Soldaten der südsudanesischen Armee bei Kämpfen gegen Rebellen Gruppen. Statt wie beauftragt die Menschen zu beschützen, haben die Soldaten Zivilistinnen und Zivilisten getötet und Schulen zerstört.

UNMISS hat daraufhin an diesen Orten seine Präsenz verstärkt und den geflohenen Menschen Schutz geboten und sie aufgenommen. Wenn Sie den Bericht von Human Rights Watch gelesen hätten, dann wüssten Sie, Kollegin Buchholz, dass sie nicht zu dem Schluss kommen, dass UNMISS beendet werden sollte; vielmehr stellen sie fest, dass es UNMISS an Kapazitäten mangelt.

Vorfälle wie diese dürfen nicht vertuscht werden; sie müssen konsequent verfolgt und geahndet werden.

Wir können auch feststellen, dass es hier im Gegensatz zu früher ein Umdenken gibt, dass nämlich Täter verfolgt und benannt werden, auch wenn es hierfür bei der Justiz noch an den notwendigen Kapazitäten mangelt.

Ich finde, diese Vorfälle machen vor allem deutlich, dass der Fokus der Mission noch stärker auf die Wahrung der Menschenrechte gelegt werden muss – ganz besonders im Hinblick auf die südsudanesischen Armee und Polizei.

Meine Damen und Herren, Staatsgründungen geschehen nun einmal nicht am Reißbrett. Leider! Ich finde, ein echter Wille zur Unterstützung zeichnet sich dadurch aus, dass man nicht aufgibt, wenn es Rückschläge gibt und wenn einmal etwas nicht nach Plan läuft. Ich glaube, wir helfen den Menschen im Südsudan am besten und am meisten, wenn wir unsere Unterstützung ernsthaft, langfristig, verlässlich, aber eben auch kritisch gestalten.

Das gilt besonders im Hinblick auf die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in 2015; denn, um bei dem Bild von Hilde Johnson zu bleiben: Damit der Südsudan am Scheideweg die Richtung hin zu einem funktionierenden Staat einschlägt, braucht es auch weiterhin eine starke Unterstützung durch die interna-

tionale Gemeinschaft. Wir Grüne begrüßen daher die breite Mehrheit für das UNMISS-Mandat hier im Bundestag und werden ihm auch zustimmen.

Der heutige Sitzungstag findet auf Antrag der Grünen-Bundestagsfraktion statt. Weil sich Union und SPD hier gemeinsamen Lösungen versperren, haben wir noch keinen wirklich arbeitsfähigen Bundestag. Bei den Reden von Herrn Oppermann und Herrn Grosse-Brömer vorhin konnte man den Eindruck gewinnen, das sei nicht weiter schlimm, das sei vielleicht sogar ganz lustig. – Ich finde es bedauerlich, dass wir bei Mandaten über die Entsendung der Bundeswehr statt der üblichen zwei Debatten im Parlament und intensiver Ausschussberatung nur die heutige Debatte, verbunden mit einer Sofortabstimmung, haben. Ich halte das für falsch.

Denn die Entscheidungen über Auslandseinsätze sind immer

schwierig. Sie rühren, finde ich, mit am meisten an Herz und Gewissen der Abgeordneten. Ich glaube, dass wir dazu bestimmt nicht weniger, sondern tendenziell eher mehr Debatten und Diskussionen brauchen.

Das gilt nicht nur für die Debatten hier im Parlament, sondern auch für die Berichterstattungen der Medien. Gerade wenn es um Frieden-

missionsmissionen der Vereinten Nationen geht, sucht man Meldungen und Berichte darüber häufig vergebens. Ich finde, diese Aufmerksamkeit haben nicht nur die Menschen verdient, die an eine friedliche

Zukunft im Südsudan glauben, sondern vor allem auch die zivilen und militärischen Kräfte, die wir unter diesen schwierigen Bedingungen in einen Einsatz mit großen Herausforderungen schicken. Ihnen gilt auch unser Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grüne begrüßen die breite Mehrheit für das UNMISS-Mandat hier im Bundestag.

Philipp Mißfelder, CDU/CSU:

Das robuste Mandat ist notwendig



Philipp Mißfelder (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wir verlängern heute ein Mandat, über das in der Öffentlichkeit nicht so viel diskutiert wird wie über andere Mandate, zum Beispiel das Man-

dat für den Einsatz im Kosovo oder in Afghanistan, die häufig in den Medien große Beachtung finden.

Bei der Herausforderung, die wir vor allem auf dem afrikanischen Kontinent sehen, geht es hierbei um das äußerste Mittel, das unserer Außenpolitik zur Verfügung steht, nämlich den Einsatz von Soldaten. Das ist für uns das äußerste Mittel, die Ultima Ratio. Deshalb ist es keine leichte Entscheidung, Soldaten in den Südsudan oder auch nach Afghanistan oder in den Kosovo zu schicken.

Ich bin deshalb froh, dass unsere Soldatinnen und Soldaten mit einer so großen und breiten Unter-

stützung in diese schwierige Mission geschickt werden, und danke all denjenigen, die diesem Mandat verantwortungsbewusst zustimmen wollen. Ich kritisiere aufs Schärfste das, was vorhin hier von Frau Buchholz gesagt worden ist.

Es ist keine leichte Entscheidung, Soldaten in den Südsudan oder nach Afghanistan zu schicken.

Ich halte es für zynisch, wenn Sie über das Schicksal der Menschen im Südsudan so reden, als würde es hier um irgendwelche imperialistischen Vorstellungen alter europäischer Kolonialmächte gehen.

Wir leisten mit unserem militärischen Einsatz an dieser Stelle einen

Fortsetzung von Seite 3: Philipp Mißfelder (CDU/CSU)

humanitären Beitrag. Deshalb sprechen wir uns nachdrücklich für die Verlängerung des Mandats aus.

Der Minister hat es gesagt: Den meisten ist überhaupt nicht bewusst, dass wir zwar über einen neuen Staat reden, aber gleichzeitig über eine Region, in der seit 50 Jahren Bürgerkrieg herrscht. Wir haben seit der Unabhängigkeit des Südsudans am 9. Juli 2011 Schätzungen zufolge 1 500 Tote zu beklagen. Zehntausende Menschen sind immer noch auf der Flucht oder obdachlos. Vor diesem Hintergrund ist jede Anstrengung, die wir im zivilen Bereich, im politischen Bereich oder auch im militärischen Bereich leisten können, dringend notwendig.

Es ist so, dass wir von Staatlichkeit weit entfernt sind, von Rechtsstaatlichkeit ohnedies. Auch fundamentale Voraussetzungen für eine Gesellschaft gibt es nicht. Das Währungssystem ist zusammengebrochen. Es hat sich eine Tauschwirtschaft etabliert, wobei der Tauschhandel vor allem im Bereich der Viehwirtschaft stattfindet. Gerade weil die Zahl der Konflikte um Weideland – auch das ist vorhin in der

Debatte schon gesagt worden – oder auch um Vieh stark zunimmt, ist die Gefahr einer neuen Eskalationsstufe riesig groß.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, dort auch militärisch präsent zu sein. Ich bin froh, dass so viele Nationen der Weltgemeinschaft bereit sind, den Südsudan zu unterstützen und hier Verantwortung zu übernehmen. Leider – so muss man sagen – hat sich seit Mitte dieses Jahres die Situation verschlechtert; es wird von regelmäßigen Übergriffen der Armee auf die Zivilbevölkerung berichtet.

Es gibt auch zwischen den aktivsten Rebellentruppen und der südsudanesischen Regierung kein Friedensabkommen. Das ist – natürlich neben dem, was wir dort militärisch leisten – eine unserer wichtigsten Aufgaben, nämlich zu versuchen, eine solche politische Lösung anzustreben und uns dort zu engagieren.

Wie in so vielen Debatten betone ich an dieser Stelle, dass wir unsere militärischen Einsätze immer in das einbetten und entsprechend abstimmen, was wir im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit leis-

ten und was wir im Bereich der Außenpolitik koordiniert an diplomatischen Vorschlägen einbringen. Deshalb ist dieses Mandat Teil eines Gesamtkonzepts, das dringend notwendig ist.

Vor allem ist es, wie ich schon sagte, humanitär begründet. Die Berichterstatter und diejenigen, die sich mit dem Land ausführlich beschäftigen, wissen, dass von der Flut und der Überschwemmungskatastrophe in den letzten Wochen weit mehr als 150 000 Menschen direkt betroffen sind. Deshalb ist es richtig, die humanitären Anstrengungen weiter voranzutreiben, statt sie zu ignorieren. Die UNO leistet an dieser Stelle einen wichtigen Beitrag. Ich denke auch, dass der Rahmen eines UNO-Mandats der richtige ist.

Deshalb eine grundsätzliche Anmerkung zu dem, was vorhin zu der betreffenden Stelle im Koalitionsvertrag gesagt worden ist: Selbstverständlich wollen wir global mehr Verantwortung übernehmen. Mehr Verantwortung drückt sich in verschiedenen Bereichen aus. Das kann als äußerstes Mittel, wie ich sagte, auch Militäreinsätze bedeuten. Aber für uns ist es wichtig, zu betonen: Wir sind davon überzeugt, dass kein Konflikt dieser Welt – auch nicht der Konflikt im Südsudan – militärisch gelöst

werden kann, sondern dass eine militärische Komponente immer nur ein Beitrag zu einer politischen Lösung sein kann.

Deshalb ist es richtig, dass der Deutsche Bundestag bei Bundeswehreinsetzungen das letzte Wort hat. Dafür sprechen wir uns im Koalitionsvertrag eindeutig aus.

Meine Damen und Herren, wir wollen mit diesem Mandat erreichen, dass im Südsudan Programme zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration sowie das Entstehen von Rechtsstaatlichkeit überhaupt möglich werden. Dafür engagieren wir uns auch im

Verfassungsgebungsprozess. Wir sollten uns aber auch weiterhin mit großem Engagement dafür einsetzen, dass es zu diplomatischen und politischen Lösungen kommt, gerade was die Vermittlung zwischen Rebellengruppen und der südsudanesischen Regierung angeht.

Das robuste Mandat ist notwendig. Es ist auch deshalb notwendig, weil die Gefahr eines Bürgerkrieges nach wie vor sehr groß ist beziehungsweise täglich Menschen in Bedrängnis geraten. Deshalb werbe

ich um die parlamentarische Zustimmung.

Ich möchte nicht unterlassen, unseren Soldatinnen und Soldaten, den Entwicklungshelfern vor Ort und den Diplomaten, die in schwieriger Mission sind, zu danken und ihnen allen eine gute Weihnachtszeit zu wünschen. Denn so sehr wir uns auch mit Afghanistan, Kosovo und anderen

Ländern beschäftigen: Die 16 Soldaten, über die der Minister vorhin gesprochen hat, sollten nicht in Vergessenheit geraten. Sie werden auch das Weihnachtsfest und andere wichtige Feiertage in einem Land verbringen, das logistisch nicht so gut ausgestattet ist wie vielleicht andere Länder, in denen Missionen stattfinden, über die wir häufiger reden. Deshalb wünsche ich den Menschen, die Dienst für unser Land leisten, und ihren Familien in den nächsten Wochen eine gute Zeit und werbe auch um Verständnis für die Familien, die diese Menschen unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es ist so, dass wir von Staatlichkeit weit entfernt sind, von Rechtsstaatlichkeit ohnedies.

Deshalb ist es richtig, dass der Bundestag bei Bundeswehreinsetzungen das letzte Wort hat.

Dr. Reinhard Brandl, CDU/CSU:

Das Land und die Menschen haben unsere Aufmerksamkeit verdient



Reinhard Brandl (*1977)
Wahlkreis Ingolstadt

Ich freue mich besonders, dass wir zu so einem prominenten Zeitpunkt über einen Einsatz in einem Land sprechen – nach dieser Debatte folgt die erste namentliche Abstimmung in dieser Legislaturperiode –, das normalerweise nicht so sehr im Fokus der Öffentlichkeit steht und im Bewusstsein der Menschen verankert ist, nämlich das Land Südsudan.

Ich war letztes Jahr im Südsudan und habe dort mit vielen Menschen gesprochen, natürlich auch mit Ver-

tretern der UN-Mission und mit Menschen außerhalb der Stadt Juba. Ich muss feststellen: Das Land ist nahe bei null. Es gibt außerhalb der Städte fast keinerlei Infrastruktur. Viele Orte sind schwer oder gar nicht zu erreichen. Schon allein deshalb tut sich die Regierung unheimlich schwer, ihre Bevölkerung zu erreichen, ganz zu schweigen davon, für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen. Wenn ich an den Südsudan denke, dann sehe ich ein Land vor mir, das ständig am Abgrund balanciert und bei dem die latente Gefahr besteht, abzustürzen und damit das bisher Erreichte zu verlieren.

Es wurde viel erreicht; die Vorredner haben bereits darauf hingewiesen. Das Land hat einen jahrzehntelangen Bürgerkrieg hinter sich. 2005 gab es ein umfassendes Friedensabkommen. Im Januar 2011 gab es das Referendum über die Unabhängigkeit. Im Juli 2011 folgte dann die Unabhängigkeit vom Sudan, die weitgehend un-

blutig erreicht werden konnte. Nun steht das Land vor einer neuen großen Herausforderung. Es steht vor der Herausforderung, ein Staatswesen aufzubauen. Dabei muss sich der Südsudan nicht nur vom Sudan mit seiner Hauptstadt Khartoum abgrenzen. Die große Herausforderung besteht vielmehr darin, alle Gruppen und Ethnien im Land einzubinden.

Trotz der großen Nähe zum Abgrund hat der Südsudan es in den letzten Jahren immer wieder geschafft – manchmal erst im letzten Moment –, die Kurve zu bekommen. Aber das wäre ohne die große und wohlwollende Unterstützung – manchmal auch mit

entsprechendem Druck – durch die Afrikanische Union und die internationale Gemeinschaft nicht möglich gewesen.

Als ich im Südsudan war, hatte man ein paar Wochen zuvor beschlossen, die Ölförderung einzustellen, weil man sich mit dem Sudan, durch dessen Gebiet die Pipe-

lines laufen, nicht über die Verteilung der Einnahmen einigen konnte. Dabei hat der Südsudan billigend in Kauf genommen, auf etwa 98 Prozent seiner Staatseinnahmen zu verzichten. Das hat natürlich auch uns bei unseren Anstrengungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zurückgeworfen.

Aufgrund großen diplomatischen Drucks und internationaler Anstrengungen wurde erreicht, dass sich beide Länder wieder an einen Tisch setzten. Im September und Oktober dieses Jahres gab es Besuche und Gegenbesuche der Präsidenten. Die Lage hat sich entspannt. Das Öl fließt wieder. Wir erleben, dass das Land schon nach kurzer Zeit wieder einen wirtschaftlichen Aufschwung erfährt. Aber ohne Druck, ohne internationale Unterstützung und ohne das Engagement von UNMISS wäre dies nicht erreicht worden.

UNMISS besteht aus einer zivilen Komponente – Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit – und einer militärischen Komponente, die angesichts der Sicherheitslage – auch zum Schutz der Zivilbevölkerung – unerlässlich ist. Deutschland stellt von den insgesamt rund 7 000 Soldaten gerade einmal 16. Es handelt sich dabei um gut ausgebildete, hochprofessionelle Berufssoldaten mit hohen Dienstgraden, deren Auf-

gabe im Wesentlichen darin besteht, Soldaten mit hohen Dienstgraden in der südsudanesischen Armee zu beraten, ihnen zu helfen, ihre Aufgaben zu erfüllen, und sie dabei zu unterstützen, Strukturen aufzubauen, die Armee zahlenmäßig zu reduzieren und darauf zu achten, dass Menschenrechte und Gesetze innerhalb der Armee eingehalten werden. UNMISS hat bei vielen negativen

Vorfällen auf Aufklärung gedrängt. Wohlgedemert, wir stimmen heute nur über den Einsatz von 16 Soldaten, also über einen kleinen Teil von UNMISS, ab.

Unsere Strategie für den Südsudan und den Sudan geht viel weiter. Wir haben im letzten Jahr über einen zehnjährigen interfraktionellen Antrag abgestimmt, in dem wir seitens des Parlaments unsere Südsudan- und Sudanpolitik umfassend dargestellt haben. Ich wünsche mir eines: dass wir dieser Region auch in dieser Legislaturperiode im Parlament einen so hohen Stellenwert einräumen. Das Land und die Menschen dort haben es verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das Land Südsudan ist nahe bei null. Es gibt außerhalb der Städte keinerlei Infrastruktur.

UNMISS besteht aus einer zivilen und einer militärischen Komponente, die unerlässlich ist.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es gab keine weiteren Redner.

Debatte über das Mindestlohngesetz / 3. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 28. November 2013

Klaus Ernst, DIE LINKE:

Mindestlohn nicht erst ab 2017, sondern jetzt



Klaus Ernst (*1954)
Landesliste Bayern

Wir bringen heute einen Gesetzentwurf ein, der wortgleich dem Gesetzentwurf ist, der vom Bundesrat am 1. März 2013 mit der Zustimmung der SPD, der Grünen und der Linken beschlossen wurde. Die Höhe des Mindestlohns wird in diesem Gesetzentwurf auf 8,50 Euro festgelegt. Wir wissen: Er schützt nicht vor Altersarmut. Ein Mindestlohn von 10 Euro wäre notwendig, um eine Rente zu erhalten, mit der man im Alter über der Grundsicherung läge, wenn man 45 Jahre lang zu einem solchen Lohn gearbeitet hätte.

Wir bringen diesen Gesetzentwurf trotzdem ein, weil es hier im Deutschen Bundestag eigentlich eine Mehrheit dafür gibt. Die SPD, die Grünen und wir, wir alle haben im Wahlkampf massiv dafür geworben, einen entsprechenden Mindestlohn zu beschließen, und zwar im Gegensatz zu dem, was im Koalitionsvertrag vereinbart wurde – ich sage das hier gleich –, für alle und nicht erst ab 2017, sondern jetzt. Das steht im Gesetzentwurf des Bundesrates.

Wir haben hier eine Mehrheit dafür und könnten wirklich das Unwesen stoppen, dass Menschen trotz Vollzeitarbeit nicht von ihrem Lohn leben können und zum Amt gehen müssen, um aufzustocken. Ich sage Ihnen: Ich habe den Eindruck, dass die Wähler – auch die Wähler der Sozialdemokratischen Partei –, nachdem wir alle im Wahlkampf dafür geworben haben und auch dafür gewählt wurden, nicht verstehen, warum es hier im Deutschen Bundestag eine Mehrheit dafür gibt, diese Mehrheit aber offensichtlich nicht zum Tragen kommt und wir nicht rasch einen Mindestlohn für alle verabschieden.

Ich glaube, wenn es Schule macht, dass wir ohne Not trotz Mehrheit diese Mehrheit nicht realisieren und entsprechende Gesetze beschließen,

dann bekommen wir irgendwann das Problem, dass sich die Leute fragen, warum sie eigentlich zur Wahl gehen, wenn hinterher etwas ganz anderes herauskommt, als Sie in Ihren Wahlprogrammen vereinbart und den Wählern versprochen haben. Meine Damen und Herren, Sie haben jetzt die Möglichkeit, das zu korrigieren; das ist dringend notwendig.

In den Koalitionsverhandlungen haben Sie zugestimmt, dass die Mindestlöhne von 8,50 Euro erst ab 2017 uneingeschränkt gelten. Das ist das Jahr, in dem die nächste Bundestagswahl stattfinden wird. Das ist die Position, die Sie vereinbart haben.

Im Übrigen: Für wen gelten diese Mindestlohnregelungen erst ab 2017? Ausgerechnet für die, die gewerkschaftlich organisiert sind, weil Tarifverträge, in denen ein Lohn unterhalb der Grenze von 8,50 Euro vereinbart wurde, bis 2017 weiter gelten sollen. Wissen Sie eigentlich, was Sie hier machen? Ich weiß nicht, ob Ihnen das bewusst ist. Sie stellen damit Gewerkschaftsmitglieder deutlich schlechter als die anderen Beschäftigten. Für diese gilt der Mindestlohn. – Da brauchen Sie nicht mit dem Kopf zu schütteln. Lesen Sie doch einmal Ihren Koalitionsvertrag durch! Vielleicht hilft das in diesem Fall. Dann stellen Sie nämlich fest, dass für einen Teil der Beschäftigten der Mindestlohn ab 2015 und für die anderen erst ab dem 1. Januar 2017 gelten soll.

Das bedeutet: Eine ungelernete Verkäuferin im Fleischerhandwerk in Sachsen-Anhalt erhält 5,53 Euro. Dieser Lohn gilt weiter. Der Tariflohn im Gaststättengewerbe im Saarland von 7,38 Euro gilt weiter. Wissen Sie eigentlich, was Sie da machen? Wissen Sie wirklich, was Sie da tun? Ich glaube das nicht.

Die CDU hat sich in dieser Frage möglicherweise durchgesetzt. Dabei tun Sie immer so, als ob Sie die Tarifautonomie retten wollten. Wenn Sie Gewerkschaftsmitglieder schlechterstellen als die übrigen Beschäftigten, dann retten Sie nicht die Tarifautonomie. Sie gefährden sie! Das ist das, was Sie wirklich wollen, meine Damen und Herren.

Eine weitere Formulierung lässt den Schluss zu, dass Sie im Übrigen Saisonarbeiter von einem Mindestlohn generell ausnehmen wollen. Es heißt im Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Dort steht nichts von der Würde des Deutschen.

Auch für ungarische, polnische oder sonstige Saisonarbeiter gilt das

Grundgesetz. Von einem Lohn muss man anständig leben können. Unmöglich, was Sie da vereinbart haben.

Und: Erst ab 1. Januar 2018 planen Sie eine erste Erhöhung der Mindestlöhne. Das bedeutet, dass der Mindestlohn von 8,50 Euro durch die Preissteigerung dann vielleicht nur noch 8 Euro wert ist. Damit erreichen Sie noch nicht einmal das, was Sie wirklich wollen, nämlich dass die Leute mit einer Arbeit nicht mehr aufstocken müssen. Viele werden zu diesem Zeitpunkt wieder zu Aufstockern werden, weil ihr Geld nicht reicht.

Meine Damen und Herren, was als sozialdemokratisches Vorzeigeprojekt

geplant war, ist ein purer Etikettenschwindel.

Wir waren im letzten Jahr mit dem Ausschuss für Arbeit und Soziales in Österreich.

Dort gibt es einen faktischen Mindestlohn von 8,50 Euro. Die Arbeitslosigkeit, insbesondere auch die Jugendarbeitslosigkeit, hat in Österreich dasselbe niedrige Niveau wie hier, trotz eines faktischen Mindestlohns von 8,50 Euro. Es gibt also keinen Zusammenhang zwischen der Höhe des Mindestlohns und der Beschäftigung. Im Gegenteil, es gibt

einen Zusammenhang, dass durch mehr Kaufkraft bei den Beschäftigten, die gegenwärtig 4 oder 5 Euro verdienen, die Nachfrage steigen könnte, was insbesondere dem Mittelstand und kleineren und mittleren Unternehmen zugutekäme. Das ist der Zusammenhang. Ich hoffe,

dass Sie sich den einmal wirklich vor Augen führen.

Zum Schluss, meine Damen und Herren – das sage ich insbesondere der SPD –: Sie haben jetzt die Möglichkeit, vor Ihren Wählern nicht das Gesicht zu verlieren. Sie haben die Möglichkeit, Ihre Mitglieder mit dem, was Sie vereinbart

haben, nicht in Verzweiflung zu treiben, und Sie haben vor allem die Möglichkeit, den Frauen und Männern, die offensichtlich bis zur nächsten Bundestagswahl 2017 warten müssen, bis sie einen vernünftigen

Mindestlohn kriegen, jetzt vernünftige Löhne zu verschaffen. Das ist wichtiger als Ministerämter im Bündnis mit falschen Partnern und gegen Ihre Überzeugung zu stimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Was als sozialdemokratisches Vorzeigeprojekt geplant war, ist ein purer Etikettenschwindel.

Karl Schiewerling, CDU/CSU:

Die Botschaft lautet: Wir wollen den Menschen helfen



Karl Schiewerling (*1951)
Wahlkreis Coesfeld – Steinfurt II

Herr Kollege Ernst, das war jetzt erhellend: Ihnen geht es um Mehrheit, uns geht es um Menschen.

Uns geht es darum, dass wir sachgerechte Lösungen finden. Denn in der Frage des Mindestlohns und der Frage der Gestaltung des Arbeitsmarktes geht es nicht nur um theoretische Lösungen, sondern in der Tat auch darum, wie was wirkt. Der neue Kollege aus Frankfurt/Oder hat seine Situation geschildert, die er offensichtlich tagtäglich in den neuen Ländern erlebt.

Wenn Sie mit Mindestlöhnen aus dem europäischen Ausland kommen: Natürlich haben wir in Österreich einen Mindestlohn – von Tarifpartnern gefunden. Natürlich ha-

ben wir in Frankreich einen Mindestlohn – mit der Konsequenz, dass die Jugendarbeitslosigkeit gestiegen ist. Natürlich haben wir in Bulgarien einen Mindestlohn. Er liegt, glaube ich, jetzt bei 98 Cent. Natürlich haben wir in den USA einen Mindestlohn. Er liegt bei 4,20 Dollar oder so.

Sie dürfen nicht ständig Birnen mit Äpfeln vergleichen. Ihr ganzes Ansinnen heute dient dazu, die SPD vorzuführen, um sie dazu zu bringen, sich hier sozusagen zu entblößen. Das ist Ihr Interesse.

Wenn es Ihnen wirklich um die Sache ginge, dann würden Sie mit anderen Argumenten kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, einer der großen geistigen Väter der sozialen Marktwirtschaft, Professor Dr. Müller-Armack, lange Zeit, nämlich 13 Jahre lang, Abteilungsleiter und Staatssekretär bei Ludwig Erhard, hat 1946 in seinem Grundlagenwerk Wirtschaftlenkung und Marktwirtschaft geschrieben: Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, einen Mindestlohn einzuführen, solange der Gleichgewichtslohn nicht gestört wird. Das ist volkswirtschaftlich sauber. Wer stellt aber den Gleichgewichtslohn fest? Gleichgewichtslohn heißt, dass der Lohn nicht höher ist als die Produktivität. Wer stellt das fest? Der Deutsche Bundestag?

Deswegen hat sich in Deutschland die Tarifautonomie entwickelt, und deswegen haben Tarifpartner sich zusammengetan, weil sie sagen: Wir kennen unsere Branche. Wir wissen genau, wie die Produktivität aussieht. Wir wissen genau, wie sich die Dinge entwickeln. – Das ist der Grund gewesen, warum sich die CDU in diesem Wahlkampf und in ihrem Wahlprogramm sehr deutlich für Mindestlöhne eingesetzt hat, und zwar für tarifliche Mindestlöhne, in Kenntnis dessen, dass die Marktzusammenhänge so sind, wie sie sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den Linken, wenn ich mir Ihr Programm ansehe und es damit vergleiche, was wir in unserem Wahlprogramm mit unserem Mindestlohnkonzept und der Stärkung der Tarifautonomie durch die erleichterte Erstreckung der Allgemeinverbindlicherklärung, durch die Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für alle Branchen und andere Dinge mehr gefordert haben, will ich Ihnen sagen – das tut Ihnen vielleicht weh –: Wir haben für unser Programm 41,5 Prozent Zustimmung der Bevölkerung bekommen, und Sie sind unter 10 Prozent gesackt.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5: Karl Schiewerling (CDU/CSU)

Deswegen rate ich Ihnen sehr dringend, sich bei all den Forderungen, die Sie hier äußern, zu fragen, ob Sie wirklich die Menschen erreichen und ihre Gefühlslage getroffen haben.

In der Tat, meine Damen und Herren: Wir haben in Deutschland in zwölf Branchen Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz – übrigens alle unter CDU-Kanzlerschaft eingeführt – sowie im Bereich der Zeitarbeit, und wir wollen nach dem Koalitionsvertrag noch weiteren Branchen den Weg über das Entsendegesetz öffnen, damit sie auf diesem Weg konform mit den Tarifpartnern zu entsprechenden Lösungen kommen.

Wir haben gemeinsam mit der SPD im vorliegenden Koalitionsvertrag in der Tat vereinbart – jeder weiß, dass wir keine Freunde dieser Lösung sind; aber Koalitionsvertrag ist Koalitionsvertrag –, dass es ab dem Jahre 2015 einen Mindestlohn gibt. Ab dem Jahre 2015 deswegen,

weil sich beispielsweise Regionen und Branchen darauf einstellen müssen. Ich will Ihnen einmal ganz deutlich vor Augen führen, warum wir das so machen. Heute hat Spiegel Online die Nachricht verbreitet – ich bitte um Genehmigung, das kurz zu zitieren –:

Ausgerechnet die „taz“ hat gerade erklärt, dass sie weder Mindestlohn für Volontäre noch Tarifgehalt für ihre Redakteure zahlen kann. Wie verträgt sich das mit dem Koalitionsvertrag?

So fragt man sich dort: Wie sollen wir das hinbekommen, wenn die Volontäre bei uns zukünftig 8,50 Euro statt 5,50 Euro bekommen sollen?

Sehen Sie, auch wir sind für gerechte Löhne. Deswegen haben wir mit unserem zukünftigen Koalitionspartner vereinbart, den Mindest-

lohn in Stufen einzuführen, sodass sich Branchen wie die oben genannte darauf einstellen können. Ich halte das für weitsichtig, für klug und für ein gutes Ergebnis der Koalitionsgespräche, in denen mühsam darum gerungen wurde – das gestehe ich ein –, wir aber am Schluss zu

Die Einführung des Mindestlohns in Stufen halte ich für weitsichtig und klug.

einem fairen Ergebnis gekommen sind, mit dem man leben kann. Das legt ganz nach Müller-Armack die Grundlage, dass die Menschen nicht hinten herunterfallen, die letztlich davon leben müssen.

Lassen Sie mich auf einen weiteren Irrtum hinweisen, den Sie, Herr Ernst, hier vorgebracht haben. Sie haben behauptet, man könne mit einem Mindestlohn die Aufstocker tatsächlich davor bewahren, in Zukunft auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Das ist purer Unfug. Wenn ein Aufstocker als Al-

leinverdiener 8,50 Euro Mindestlohn bekommt und drei Kinder zu versorgen hat, wird er weiterhin auf aufstockende Leistungen angewiesen sein. Sie glauben doch nicht im Ernst, allein über den Mindestlohn diese Probleme zu lösen. Die Regelung betreffend die Grundsicherung für Arbeitsuchende sieht vor, dass die Regelsätze und die Bedarfssätze so angepasst werden, dass beispielsweise die Inflation ausgeglichen wird und die Lebenshaltungskosten berücksichtigt werden. Wenn jemand wenig verdient und viele Kinder hat, wird er auch in Zukunft auf aufstockende Leistungen angewiesen sein. Ich sage Ihnen: Es ist nicht ehrenrührig, wenn der Staat den Familien hilft, in denen Vollzeit gearbeitet, Mindestlohn bezogen wird beziehungsweise eine entsprechende tarifliche Absicherung vorliegt, das Geld aber trotzdem nicht reicht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihre finanziellen Ausgaben zu bestreiten.

Ich glaube, dass wir im Hinblick auf die Zukunft insgesamt gut aufgestellt sind und dass wir mit dem vorliegenden Koalitionsvertrag in diesem Punkt eine gute Entscheidung getroffen haben, und zwar hinsichtlich der Gesamtheit der entsprechenden Regelungen. Dazu gehört, dass wir den Abschluss von Allgemeinverbindlicherklärungen erleichtern wollen. Das heißt, das 50-Prozent-Quorum wird wegfallen. Stattdessen muss die Allgemeinverbindlicherklärung im öffentlichen Interesse geboten erscheinen. All das ist vernünftig ausgehandelt und passt zueinander.

Die eigentliche Botschaft lautet: Wir wollen den Menschen helfen und dafür sorgen, dass es fair zugeht, als auch die Tarifpartnerschaft stärken. Das ist die eigentliche Überschrift. Dafür stehen wir ein. Ich halte das für den richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Andrea Nahles, SPD:

Wir haben einen Durchbruch geschafft



Andrea Nahles (*1970)
Landesliste Rheinland-Pfalz

schen in Ausbildung nicht gemeint, um auch das zu sagen. Die sind nämlich in einem Ausbildungsverhältnis. Dann reden wir davon, dass es keinen Unterschied zwischen West und Ost gibt, was uns sehr wichtig gewesen ist. Und dann reden wir davon, dass wir tatsächlich keine Ausnahmen zulassen; das heißt, er gilt auch für Minijobber und andere. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

Wir haben aber – das hat Kollege Schiewerling richtig dargestellt – keine Veranlassung gesehen, in bestehende Tarifverträge einzugreifen. Es gibt zurzeit noch 41 Tarifverträge in Deutschland, die Tariflöhne unter 8,50 Euro vorsehen. Wir wollten jetzt nicht in das, was die Tarifpartner miteinander ausgehandelt haben, hineinrutschen. In vielen dieser Tarifverträge wurden ja übrigens auch Stufen verabredet, sodass die Löhne irgendwann, manche erst ab 2016, bei 8,50 Euro landen werden. Diese Tarifverträge sollen also die Chance haben, fortzubestehen. Wohlgermerkt, es gilt aber auch hier: Ab 31. Dezember 2016 gilt überall, auch da, ein Mindestlohn von 8,50 Euro.

Darüber hinaus lassen wir auch zu, dass noch neue Tarifverträge geschlossen werden. Warum auch nicht? Wir reden hier über Branchen und Regionen, in denen wir Tarif-

vertragswüsten haben, in denen die tarifvertragliche Abdeckung weniger als 40 Prozent beträgt. Warum sollten wir den Gewerkschaften jetzt nicht die Möglichkeit geben, neue Tarifverträge auszuhandeln, die zunächst weniger als 8,50 Euro vorsehen?

Es ist doch geradezu verrückt, daraus ein Problem zu machen. Das hat auch Michael Sommer, der das gestern kommentiert hat, klar gesagt – ich zitiere –: Wir sind bereit, in diese Verhandlungen hereinzugehen, um manchen Branchen zu ermöglichen, in den Mindestlohn hineinzuwachsen. – Herr Ernst, Sie haben das eben als großes Problem

Ab dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro.

für die Gewerkschaften dargestellt. Die aber wollen das und haben genau diese tarifliche Ausgestaltung gewünscht. Deswegen kann ich mir nicht vorstellen, dass das eine Regelung gegen die Gewerkschaften ist.

Nein, im Gegenteil, es ist eine Regelung mit den Gewerkschaften, die wir uns vorgenommen haben.

Wir müssen aber auch wirksame Kontrollen durchsetzen. Es darf uns nicht passieren, dass durch die Einführung von Mindestlöhnen Wettbewerbsverzerrungen entstehen, weil der eine Unternehmer sie zahlt, der andere aber nicht. Da haben wir eine ordnungspolitische Aufgabe vor uns. Das heißt auch, dass wir den Zoll, der dafür zuständig ist,

entsprechend personell ausstatten müssen.

Wir müssen vor allem auch sicherstellen – das ist eine wichtige Sache –, dass wir die Branchen, die sich das momentan noch nicht vorstellen können und Probleme sehen, in den Dialog integrieren. Wir haben nur gesagt: Wir wollen mit den Branchen, in denen es Anpassungsschwierigkeiten gibt, für die wir Übergangsregelungen brauchen, ins Gespräch kommen und Lösungen suchen; denn das Ziel muss doch sein, dass es nachher funktioniert, und zwar so, dass alle gut damit leben können und es den Menschen nutzt. Das ist der Anspruch, den wir in diesem Koalitionsvertrag niedergelegt haben. Das werden wir auch hinbekommen. Da bin ich sehr sicher.

Es ist ja schön, Herr Ernst, dass Sie Ihre Spielchen spielen und Gesetzentwürfe einbringen. Damit sind Sie von Ihrer Forderung nach einem Mindestlohn von 10 Euro ja sogar ohne Verhandlungen abgerückt. Sie schlagen ja in Ihrem Gesetzentwurf heute 8,50 Euro vor. Das finden wir klasse. Wir waren schon immer der Meinung, dass das eine vernünftige Lösung ist.

Wir vor allem haben kein Problem damit, dass das ein Kompromiss ist. Das ist nämlich etwas, was dazugehört, wenn man in einer Demokratie Mehrheiten bildet.

Das ist nichts, was mich belastet; das ist etwas, was ganz normal ist. Kompromiss bedeutet, dass man aufeinander zugeht. Aber das Entscheidende ist: Es ist ein guter Kompromiss geworden, vor allem für die Menschen in Deutschland. Das ist der entscheidende Punkt.

Ich möchte Ihnen sagen – das ist mir vor allem wichtig –, dass wir nicht nur den Mindestlohn regeln, sondern dass wir ein Gesamtpaket schnüren. Eine so deutliche Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung, wie wir es uns hier vorgenommen haben, bedeutet, dass in Zukunft viele ganz normale Arbeitnehmer in Deutschland vielleicht wieder Weihnachtsgeld bekommen, 30 statt 24 Urlaubstage haben. Bisher ist es so, dass Arbeitnehmer da, wo es keine Tarifverträge gibt, das nicht haben. Wenn wir die Möglichkeit der Allgemeinverbindlicherklärung verbessern, dann tun wir auch für ganz viele Arbeitnehmer etwas, die mehr als den Mindestlohn verdienen. Wir wollen aber, dass es auch denen am Ende besser geht.

Es kann nicht in unserem Interesse sein, dass die Tarifpartnerschaft in Deutschland immer mehr unterhöhlt und zum Flickenteppich wird. Warum? Gerade in der Krise, die wir vor einigen Jahren erlebt haben, hat sich die Tarifpartnerschaft als Stabilitätsfaktor und Stärke unseres Landes erwiesen. Die Vorschläge, die wir hier erarbeitet haben, werden einen riesigen Beitrag zur Fortsetzung dieser Entwicklung leisten.

Es wird ja öffentlich kritisiert, die Große Koalition stehe für viel Kleinklein. Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro haben wir aber einen Durchbruch geschafft. Wenn das kein Meilenstein ist, dann frage ich mich: Was ist sonst ein Meilenstein?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist ein guter Kompromiss geworden, vor allem für die Menschen in Deutschland.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Brigitte Pothmer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Zweiklassensystem bei der Einführung des Mindestlohns



Brigitte Pothmer (*1955)
Landesliste Niedersachsen

Ich will jetzt ganz deutlich sagen, Herr Ernst: Ich halte es für einen großen gesellschaftlichen Fortschritt, dass es zukünftig auch in Deutschland einen flächendeckenden Mindestlohn geben soll.

Ich halte es im Übrigen auch für einen Fortschritt – das sage ich einmal zur rechten Seite des Hauses –,

dass es inzwischen offensichtlich doch Einigkeit darüber gibt, dass der Mindestlohn nicht der Untergang des Abendlands ist, sondern ein sinnvolles Instrument, um Lohn-dumping und Armutslöhne zu bekämpfen.

Aber, liebe Frau Nahles, ich habe mir den Koalitionsvertrag zu dem Thema natürlich sehr genau angesehen. Ich gebe zu: Da war eine ganze Menge Ernüchterung dabei. – Sie können nicht wegreden: Mindestens bei der Einführung des Mindestlohns haben Sie ein Zweiklassensystem. Für die einen gilt: Der Mindestlohn tritt 2015 in Kraft. Ich will an dieser Stelle sehr deutlich sagen: Ich halte es für notwendig, dass es eine Übergangsphase gibt; natürlich kann man einen Mindestlohn nicht von heute auf morgen einführen. Aber warum soll das, was für die einen Betriebe möglich ist, sich nämlich bis 2015 darauf einzustellen, für die anderen nicht möglich sein?

Frau Nahles, Sie werden gefragt werden. Wie wollen Sie es zum Beispiel den Beschäftigten des Wach- und Sicherheitsgewerbes, die nach einem repräsentativen Tarifvertrag 7,50 Euro verdienen, den Wäschereibeschäftigten, den Floristinnen, den Gärtnerinnen und den Tankwarten erklären, dass sie noch zwei weitere Jahre für Dumpinglöhne arbeiten müssen? Ausgerechnet die – da hat Herr Ernst doch vollkommen recht –, die gewerkschaftlich organisiert sind, deren Betriebe sich unter dem Dach der Tarifvereinigung befinden, werden jetzt bestraft. Das ist ein Problem. Das können Sie nicht vom Tisch wischen.

Das ist keine Petitesse. Es ist auch keine kleine Gruppe. Es sind ungefähr 1 Million Menschen betroffen.

Ich glaube nicht, Herr Schiewerling, dass Sie mit diesem Konzept Tarifverträge attraktiver machen. Wenn die Beschäftigten, die unter einen Tarifvertrag fallen, erleben, dass sie weniger verdienen als die, die in den so-

genannten weißen Flecken arbeiten, dann macht es das nicht attraktiver, sich in diesem Bereich zu engagieren.

Einen weiteren Punkt finde ich problematisch. Sie frieren den Mindestlohn für vier Jahre ein.

Das heißt, dass der Mindestlohn 2018 real eigentlich nur noch 7,50 Euro beträgt. 2018 haben wir, was den realen Wert angeht, einen Mindestlohn von 7,50 Euro. Damit machen Sie aber Ihre eigene Argumentation kaputt. Sie haben gesagt, 8,50 Euro brauchen wir mindestens, damit ein alleinstehender Vollzeitbeschäftigter von seinem Lohn leben kann, ohne dass er zusätzlich Hartz IV bekommt. Wenn Sie den Mindestlohn so einfrieren, dann schicken Sie damit 2018 alle wieder in die Jobcenter. Das ist ein Problem.

Ich finde im Übrigen auch, dass Sie mit der Konstruktion der Mindestlohnkommission einen Riesenfehler begehen. Sie degradieren die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in dieser Kommission mitarbeiten sollen, zu stimmlosen Beratern. Das hat mit der Low Pay Commission, die es in England gibt

und die für den Mindestlohn eine sehr große Akzeptanz geschaffen hat – auch im Arbeitgeberlager –, überhaupt nichts mehr zu tun.

Wenn Sie die Mindestlohnkommission so lassen, wie Sie sie konzipiert haben, dann prognostiziere ich Ihnen, dass es zu den alten Grabenkämpfen zwischen Arbeitgeberlager und Gewerkschaften kommt, wie wir sie jetzt im Tarifausschuss haben.

Das wird zum Stillstand führen. Das wird uns nicht weiterbringen. Deswegen müssen wir etwas tun. Sie verpfuschen mit diesem Konzept die Mindestlohnkommission. Das ist ein großer Fehler.

Jetzt hoffe ich auf das Gesetzgebungsverfahren. Ich hoffe, dass wir in diesem Gesetzgebungsverfahren tatsächlich die Chance erhalten, unsere guten, nachvollziehbaren und sachlichen Argumente einzubringen, Sie damit zu überzeugen. Ich verspreche Ihnen: Wenn es um einen guten Mindestlohn geht, dann machen wir jederzeit Überstunden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie verpfuschen mit diesem Konzept die Mindestlohnkommission.

Dr. Matthias Zimmer, CDU/CSU:

Eine vernünftige Lösung



Matthias Zimmer (*1961)
Wahlkreis Frankfurt am Main I

Ich gestehe, ich war sehr gespannt darauf, wie sich die Linke, diese Erben der geistigen Tradition eines Karl Marx, nun als stärkste Oppositionskraft im Deutschen Bundestag aufstellen würde. Würden wir intellektuelle Feuerwerke zu erwarten haben, tief sinnige Einwände gegen eine Politik der Großen Koalition – dialektisch geschult –, zukunftsweisende Alternativvorschläge?

Als ich den Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Mindestlohns in die Hand nahm, war ich dann doch etwas enttäuscht. Es ist eins zu

eins der Gesetzentwurf der SPD aus der letzten Legislaturperiode, also ein reines Plagiat. Nun ist ein Plagiat häufig ja auch Ausdruck einer besonderen Verehrung, aber hier hatte ich eher den Eindruck: Es ist der Versuch, parlamentarische Spielchen zu treiben, wie ich sie im Deutschen Bundestag nicht vermutet hätte.

Und so drängt sich angesichts Ihrer Spielchen doch der Verdacht auf: Die einreichende Fraktion ist weniger in der intellektuellen Tradition von Karl Marx als in der Slapsticktradition von Groucho Marx.

Ich finde es schade, wie Sie dieses Thema missbrauchen. Das haben die Menschen, die auf Mindestlöhne angewiesen sind, nicht verdient.

Meine Damen und Herren, das Thema Mindestlohn hat uns in der letzten Legislaturperiode sehr beschäftigt. Ich darf an dieser Stelle an den verstorbenen Kollegen Ottmar Schreiner erinnern. Er hatte in einer seiner letzten Reden – auch zum Thema Mindestlohn – Adam Smith zitiert. Und Smith, dieser Stammvater des Kapitalismus, hatte in seinem Buch über den Wohlstand der Nationen – wohlgermerkt: den Wohlstand der Nationen, nicht den Reichtum Einzelner – den Begriff des gerechten

Lohns geprägt. Smith hatte diesen definiert als einen Lohn, den ein Arbeiter braucht, um sich und seine Familie zu ernähren. Das Thema ist also schon über 200 Jahre alt.

Es ist im Übrigen auch in einer ganz ähnlichen Formulierung in der ersten großen Sozialenzyklika der katholischen Kirche von 1891 verwendet worden und seither auch eines der Schmuckkästchen christlich-sozialer Tradition.

Smith war zwar Ökonom, aber er war auch – darauf hat Ottmar Schreiner ebenfalls hingewiesen – Moralphilosoph. Ihm war schon klar, dass der Markt kein Selbstzweck ist, sondern dass er auf den Menschen bezogen sein muss. Für Smith war deshalb klar: Der Mensch ist Mittelpunkt. Bei den modernen Ökonomen hat man bisweilen den Eindruck: Der Mensch ist Mittel. Punkt! – Das kann und darf aber unser Anspruch in der Politik nicht sein.

Der Markt ist keine Naturgewalt, kein Schicksal. Er ist, mit einem Wort von Werner Sombart, die Kulturleistung des Menschen zur Daseinsvorsorge. Weil es eine Kulturleistung ist, muss der Markt auch geordnet werden und die Werte widerspiegeln, die uns wichtig sind.

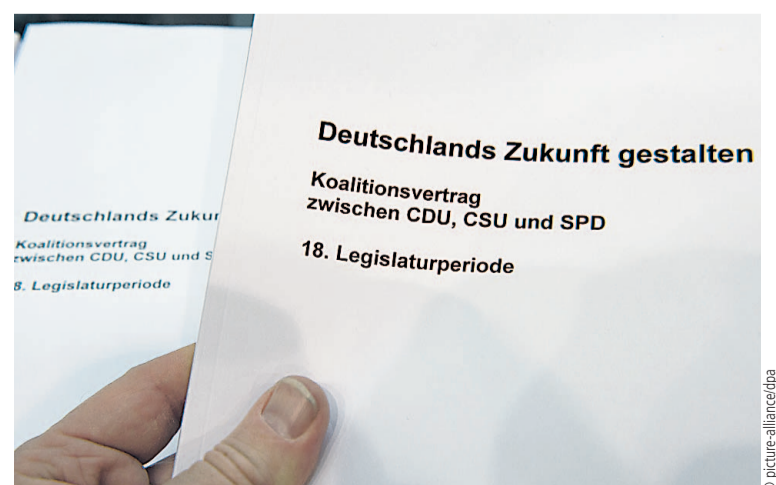
Ich sehe schon manchmal mit Sorge, wie normativ blind die Vertreter der heutigen Volkswirtschaftslehre sind. Unter dem Bild des Homo oeconomicus, einer im Übrigen einzigen Beleidigung des Menschen, wird da Politik beurteilt in einer Art und Weise, der das hörende Herz völlig fehlt. Ich weiß beispielsweise nicht, worauf so mancher Ökonom seine Warnung gründet, ein Mindestlohn führe zum Abbau von Arbeitsplätzen.

Ich habe da zwei Einwände. Der erste Einwand ist ein moralischer. Professor Sinn hat einmal geschrieben, man müsse den Lohn nur weit genug fallen lassen, dann bekomme jeder eine Arbeit. Das mag ökonomisch richtig sein. Es ist aber zynisch und entspricht zumindest meinem Bild von einer Wirtschaft in einer Demokratie nicht.

Der zweite Einwand ist ein ökonomischer. Ich kenne keine wissenschaftliche Studie, die einen Zusammenhang von Mindestlohn und Arbeitsplatzverlust schlüssig nachgewiesen hätte. Häufig ist sogar das Gegenteil der Fall. Deswegen rate ich dazu, gerade an dieser Stelle den sogenannten ökonomischen Sachverständigen mit einer Prise Skepsis zu genießen.

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass wir zum Mindestlohn eine vernünftige Lösung gefunden haben, und ich wünsche mir, dass die intellektuelle Leistung der stärksten Oppositionspartei künftig in mehr bestehen möge als in der Aneignung fremder Leistung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)



Der Koalitionsvertrag beinhaltet auch die Einführung eines Mindestlohns.

Hubertus Heil, SPD:

Wir sind stolz auf das, was wir durchgesetzt haben



Hubertus Heil (*1972)
Wahlkreis Gifhorn – Peine

Sehr geehrte Damen und Herren von der Linkspartei, es mag ja Parteien in diesem Hause geben, die ohne ein gesundes Feindbild gegenüber politischen Mitbewerbern nicht durch den Tag kommen. Ich finde, Ihre Rede und Ihre Art und Weise, wie Sie hier auftreten, entlarvt Sie selbst. Es geht Ihnen offensichtlich nicht mehr um die betroffenen Menschen, für die wir den gesetzlichen Mindestlohn einführen, sondern es geht Ihnen darum, Ihr Profilchen zu schärfen. Das ist aber billig und hat mit der Sache nichts zu tun.

Das mag zum einen damit zu tun haben, dass es Ihnen möglicherweise gefällt, Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung wieder als Feindbild zu haben, und dass Sie so Ihre disparaten Truppen zusammenhalten können.

Zum anderen mag das damit zu tun haben, Herr Ernst, dass Sie möglicherweise das Gefühl haben, dass Ihnen ein Thema, was Sie nie wirklich richtig besetzt haben, ganz abhandelt, weil Sozialdemokraten nicht dafür sorgen, dass das in Resolutionen steht, sondern dass es für den Menschen auch in das Gesetz kommt.

Ich möchte an dieser Stelle einmal sehr deutlich sagen: Die Mutter des Erfolgs ist meine Kollegin Andrea Nahles. Liebe Andrea, ganz herzlichen Dank dafür.

Es ist der SPD unter der Leitung von Andrea Nahles gelungen, in der entsprechenden Arbeitsgruppe bei den Koalitionsverhandlungen dafür zu sorgen, dass zum 1. Januar 2015 für Millionen von Menschen der gesetzliche Mindestlohn endlich Realität wird. Um es deutlich zu sagen: Die kriegen mehr Geld. Sie tun ja gerade so, als würden sie weniger Geld bekommen. Das können Sie an dieser Stelle doch einmal anerkennen und sollten es nicht schlechtreden, wenn es Ihnen wirklich um die Menschen geht.

Zweitens. Ja, es gibt bis 2017 Übergangsregelungen. Wenn man

allerdings genau in den Entwurf der Koalitionsvereinbarung schaut, erkennt man, dass dies nicht die Folgen hat, die Sie hier beschrieben haben. Sie haben behauptet, dass der Mindestlohn dann beispielsweise für ganze Berufsgruppen nicht gelten wird. Das stimmt nicht. Auch Minijobber bekommen dann den Mindestlohn.

Auch was die Saisonkräfte betrifft, sage ich Ihnen: Das, was Sie behaupten, stimmt nicht.

Ich sage Ihnen etwas zu der Frage, wie es sich mit denjenigen verhält, für die zwischen 2015 und dem 31. Dezember 2016 tatsächlich noch abweichende Regelungen gelten: Das sind Menschen, bei denen es die Chance gibt, die Tarifbindung – gerade in Ostdeutschland – zu stärken.

Herr Ernst, Sie und ich sind Mitglied einer Gewerkschaft, der IG Metall. Ich frage Sie an dieser Stelle: Wundern Sie sich nicht zumindest darüber, dass Hartmut Meine, den wir beide gut kennen, den Mitgliedern meiner Partei bei dem anstehenden Mitgliedervotum eine Zustimmung empfiehlt, gerade aus dem Grund, dass wir, ausdrücklich im Interesse der arbeitenden Menschen in diesem Land, die Tarifbindung mit dem Gesamtpaket – mit dieser Regelung zum gesetzlichen Mindestlohn, übrigens auch mit den Rentenregelungen – wieder stärken? Das tun übrigens die Vorsitzenden aller DGB-Einzelgewerkschaften. Wollen Sie die für bekloppt erklären? Das frage ich an dieser Stelle einfach einmal unter Kollegen.

Haben Sie das Gefühl, dass die Führungen der Gewerkschaften keine Ahnung mehr von den arbeitenden Menschen in diesem Land haben? Wollen Sie die Gewerkschaftsbewegung in diesem Land diffamieren? Oder geht es Ihnen – das will ich Ihnen gar nicht unterstellen, weil Sie ein überzeugter Gewerkschafter sind – tatsächlich um das, was ich vorhin gesagt habe, nämlich darum, solch eine billige Aktion zu machen, die mit der Lebensrealität aber nichts zu tun hat?

Nachdem wir eben etwas über Philosophie gehört haben, sage ich Ihnen: Es gibt einen Maßstab für gute Politik, den Max Weber geprägt hat. Danach sind die drei Eigenschaften guter Politik die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen – das tun wir mit dieser Regelung, für die Menschen, die sie brauchen –, eine leidenschaftliche Überzeugung – in dieser Regelung steckt die sozialdemokratische Leidenschaft, dafür zu sorgen, dass Menschen, die hart arbeiten, da-

von leben können, die Leidenschaft, das Leben der Menschen konkret zu verbessern, die jetzt unter Armutslöhnen zu leiden haben – sowie das notwendige Augenmaß im politischen Handeln. Augenmaß umfasst auch die Fähigkeit zu guten Kompromissen in der Demokratie.

Paul Lehrieder, CDU/CSU:

Ein guter und fairer Kompromiss



Paul Lehrieder (*1959)
Wahlkreis Würzburg

Mir ging es wie meinen Vordnern. Als der Gesetzentwurf der Linkspartei eingebracht wurde, war mir völlig klar: Wir diskutieren über einen Mindestlohn von 10 Euro. Nichts anderes habe ich in den letzten Monaten hier in diesem Hohen Haus von Ihnen, Herr Klaus Ernst, und den Mitgliedern Ihrer Partei vernommen.

Jetzt lese ich in Ihrem Gesetzentwurf in Paragraph 4:

Der Mindestlohn beläuft sich auf mindestens 8,50 Euro brutto ...

Sie haben bereits erklärt, dass Sie einen SPD-Antrag zugrunde gelegt haben. Aber bitte schön: Dann müssen Sie auch die Begründung überarbeiten.

Im dritten Absatz Ihrer Begründung schreiben Sie:

Besonders betroffen von Stundenlöhnen unter 10 Euro sind in Deutschland Frauen.

Wenn Sie also schon Anträge abschreiben, passen Sie wenigstens die Begründung an; sonst sieht man, welche Lohnhöhe diese Leistung wert ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe das Gefühl, dass es Ihnen nicht um die Menschen in unserem Land geht. Ihnen haben Sie bis vor

Herr Kollege Ernst, ich spreche Ihnen eines nicht ab, nämlich dass Sie eine leidenschaftliche Überzeugung haben; das ist auch in Ordnung. Was Ihnen fehlt, ist jede Fähigkeit zur Übernahme von Verantwortung und jede Fähigkeit, das richtige Augenmaß für einen politischen Kompromiss zu finden. Das ist der Grund, warum Sie in der Opposition bleiben.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren: Es wird den gesetzlichen Mindestlohn geben. Wir sorgen dafür, dass Menschen, die hart arbeiten, von der Arbeit leben können. Wir sorgen dafür, dass vor allen Dingen eines in diesem Land wieder nach vorne kommt – denn

unser Ziel ist nicht, dass Menschen vom Mindestlohn leben müssen; unser Ziel ist, dass die Menschen wieder anständige Löhne bekommen –: Mit der Regelung, die wir gefunden haben, stärken wir die Tarifbindung, also das, was die soziale Marktwirtschaft in diesem Land einmal ausgemacht hat, gerade auch in den Bereichen Ostdeutschlands, in denen sie nicht mehr Realität ist. Deshalb sage ich Ihnen: Wir sind stolz auf das, was wir durchgesetzt haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

wenigen Wochen vorgegaukelt: Unter einem Stundenlohn von 10 Euro ist ein menschenwürdiges Leben nicht möglich. Jetzt kommen Sie, lieber Kollege Klaus Ernst, und sagen: 8,50 Euro reichen auch. Das ist doch Trickerei.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich persönlich kein großer Fan eines politisch festgesetzten Mindestlohns bin und gerne bei unserem bisherigen, bewährten Modell geblieben wäre, nach dem die Lohnfindung allein Aufgabe der Tarifpartner war. Nicht mit einem politischen Mindestlohn, sondern mit einer marktwirtschaftlich organisierten Lohnuntergrenze sind wir in den letzten Jahren gut gefahren, wie die arbeitsmarkt- und die sozialpolitische Bilanz der unionsgeführten Bundesregierung ganz deutlich zeigt.

Klar ist allerdings auch, dass man in einer Koalition Kompromisse eingehen muss, insbesondere dann, wenn die Vorstellungen sehr weit auseinanderliegen, wie das bei der Festsetzung von Lohnuntergrenzen der Fall war. Ich denke, wir haben mit dem gestern präsentierten Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD einen guten und vor allem fairen Kompromiss gefunden, mit dem wir dafür Sorge tragen, dass es den Menschen in unserem Land besser geht und neue Chancen entstehen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn eine Herzensangelegenheit unseres Partners ist.

Ich sage aber auch ganz deutlich, dass durch die Einführung eines Mindestlohns keine Arbeitsplätze verloren gehen dürfen. Hierfür hat sich die Union mit aller Kraft eingesetzt, und das wird sie auch zukünftig tun.

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens werden wir einige Aspekte zu berücksichtigen haben:

Die Einführung eines bundesweiten Mindestlohns ohne regionale Ausnahmen bereitet mir insbesondere mit Blick auf die ostdeutschen Länder große Sorgen.

Auch bei unserer europaweit gelobten dualen Ausbildung müssen wir ganz genau hinschauen. Da Lehrlinge derzeit im Schnitt zwischen 670 und 740 Euro im Monat verdienen, sehe ich die Gefahr, dass Schulabgänger sich zunächst kurzfristig einen Mindestlohnjob suchen, bei dem sie pro Stunde mehr als das Doppelte verdienen, statt eine Ausbildung zu beginnen.

Schwierigkeiten können sich auch im Bereich der Werkverträge oder bei den sogenannten Niedriglöhnern ergeben, die nicht zu einem festen Stundenlohn arbeiten. Hier besteht die Gefahr, dass der Mindestlohn umgangen wird und die Schwarzarbeit zunimmt.

Durch den nun erstmalig kommenden einheitlichen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn verlieren die Tarifparteien bedauerlicherweise an Einfluss. Das sollte auch Ihnen Sorge machen.

Allerdings konnten wir in den Verhandlungen erreichen, dass es den Tarifpartnern bis Ende 2016 weiterhin möglich ist, Übergangsfristen festzulegen, und dass derzeit geltende Tarifverträge bis dahin fortgelten.

Ich bitte alle Wohlmeinenden, alle, denen es um die Menschen im Land geht, beim anstehenden Gesetzgebungsverfahren konstruktiv mitzuwirken.

Wir werden schon etwas Gescheites herauskriegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es gab keine weiteren Redner.

Debatte über Sachgrundlose Befristung in Arbeitsverträgen / 3. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 28. November 2013

Jutta Krellmann, DIE LINKE:

Massiver Druck und keine Zukunftsperspektiven



Jutta Krellmann (*1956)
Landesliste Niedersachsen

Schade, dass wir heute erst so spät abends über das Thema „Sachgrundlose Befristung“ reden. Ich glaube nämlich, das ist ein sehr wichtiges, ein existenzielles Thema. Es ist so wichtig, dass ich mir wünschen würde, diese Debatte und die Ergebnisse dieser Debatte kämen noch heute bei den Menschen im

Land an, damit man darüber reden kann.

Ich möchte mit einem Beispiel aus der Praxis, das ich gerade erlebt habe, beginnen. Vor einer Woche war ich Gast bei der Betriebsversammlung eines Berliner Callcenters. Mehrere Hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter telefonieren und beraten dort, unter anderem für die Bundesagentur für Arbeit. Ich war schockiert, als ich hörte, wie viele engagierte Belegschaftsmitglieder in einem unsicheren, befristeten Arbeitsverhältnis festhängen: sagenhafte 95 Prozent der Belegschaft. Nur 5 Prozent haben einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Das ist ungeheuerlich.

Befristete Arbeitsverträge bedeuten für die Beschäftigten massiven Druck und unsichere Zukunftsperspektiven; das ist in besagtem Callcenter sehr deutlich geworden: Auf der Betriebsversammlung klagten alleinziehende Frauen, dass sie „freiwillig“ samstags arbeiten sollen. Sie wissen nicht, wo sie ihre Kinder

währenddessen unterbringen können. Sie wissen aber genau: Wer samstags nicht arbeitet, bekommt bei der Verlängerung seines befristeten Arbeitsvertrages Probleme. Was, bitte schön, soll daran freiwillig sein? Das ist doch Erpressung!

Arbeitshetze, Überstunden, Arbeit am Wochenende und zu späten Zeiten: Durch befristete Verträge wird den Beschäftigten mit dem Entzug ihrer Existenzgrundlage gedroht. Hinzu kommt schlechte Bezahlung: Stundenlöhne von 7,90 Euro sind keine Seltenheit. Es gibt keinen Tarifvertrag, und der Arbeitsschutz ist mangelhaft.

Das Problem ist: Das geschilderte Beispiel ist kein Exotenbeispiel. Verhältnisse wie in diesem Callcenter findet man in Tausenden von Betrieben. Trotzdem stehen viele der Beschäftigten zu ihrem Job und sind von dem Produkt, über das sie beraten, überzeugt. Die Beschäftigten lassen sich trotz aller Widrigkeiten nicht unterkriegen. In dem gleichen

Callcenter haben die Beschäftigten vor fünf Monaten einen Betriebsrat gewählt. Ich finde, unter den Bedingungen von massenhaften Befristungen ist es wirklich eine große Leistung, einen Betriebsrat zu wählen. Das verdient unsere Anerkennung.

Dieser Betriebsrat muss wieder neu gewählt werden. Bei fast der Hälfte der Betriebsratsmitglieder laufen die Verträge aus oder sie sind noch nicht verlängert. Das Problem

ist: Befristete Beschäftigte genießen keinen Kündigungsschutz nach dem Kündigungsschutzgesetz. Befristete Beschäftigte genießen darüber hinaus keinen besonderen Kündigungsschutz nach dem Betriebsverfassungsgesetz. Das Unternehmen hat es in der Hand, unliebsame Beschäftigte und kritische Betriebsräte problemlos loszuwerden; angesichts der Befristung der Arbeitsverträge ist das nur eine Frage der Zeit.

Das Schlimme ist: Die Unternehmen dürfen all dies; alles, was dort passiert, ist rechtlich zulässig. Deshalb müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen jetzt schnell geändert werden, und zwar noch vor der

nächsten Betriebsratswahl im Frühjahr nächsten Jahres.

Belegschaften dürfen durch Befristungen nicht weiter daran gehindert werden, ihre Rechte wahrzunehmen. Dieses Callcenter ist kein Einzelfall in Deutschland. Deswegen meine Bitte und meine Aufforderung an alle: Die Linke hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, wie er in der letzten Legislaturperiode teilweise genau in ähnlicher Form vorgeschlagen wurde von uns, von den Grünen und von der SPD. Zu sachgrundlosen Befristungen steht in den Koalitionsvereinbarungen kein Wort.

Befristete Beschäftigte genießen keinen Kündigungsschutz.

Das heißt für mich: Es kann keinen Grund geben, warum man unserem Antrag jetzt nicht zustimmt.

Tausende von Menschen bekämen eine Zukunftsperspektive, bekämen Sicherheit für sich und ihre Familien, könnten für den Betriebsrat kandidieren. Deswegen meine Bitte: Stimmen Sie zu, damit wir Beschäftigten, die in Befristungen festhängen, endlich eine Perspektive geben können.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Carsten Linnemann, CDU/CSU:

Wir brauchen die flexiblen Arbeitsmarktinstrumente



Carsten Linnemann (*1977)
Wahlkreis Paderborn

Wir sprechen heute über das Arbeitsmarktinstrument „Sachgrundlose Befristung“. Das Ganze passiert im Lichte der Koalitionsverhandlungen, die wir gestern abgeschlossen haben.

Wir haben uns in den Koalitionsverhandlungen faktisch alle Arbeitsmarktinstrumente angesehen – immer unter der Überschrift: „Wo gibt es Schief lagen? Wo müssen wir etwas ändern?“ Beim Thema Zeitarbeit ha-

ben wir beispielsweise das Problem der Höchstüberlassungsdauer gelöst – ich persönlich hätte mir 24 Monate gewünscht, aber wir haben uns auf 18 Monate geeinigt; so ist das mit Kompromissen –, bei den Werkverträgen haben wir die Informationsrechte neu geregelt, und bei der sachgrundlosen Befristung haben wir – vor allen Dingen die Union – keinen Änderungsbedarf gesehen.

Frau Krellmann, ich will Ihnen jetzt auch einmal sagen, warum nicht, und ich will all das, was Sie erklärt haben, ein bisschen relativieren:

Erster Punkt. Sie müssen sich natürlich erst einmal ansehen, wie viele Menschen in Deutschland ein befristetes und wie viele ein unbefristetes Angestelltenverhältnis haben. Ich habe mir einmal die Zahlen vom IAB, einem Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit – es ist also höchst unverdächtig –, angeschaut. Es sagt, dass der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse seit 2006 mit unter 9 Prozent etwa gleichbleibend ist. Das heißt im Umkehrschluss: 91 Prozent der Menschen in Deutschland haben einen unbefristeten Arbeitsver-

trag. Das ist erst einmal eine gute Botschaft für dieses Land.

Zu den Neueinstellungen: Der Anteil der befristeten Neueinstellungen liegt seit 2005 in der Tat in einem Korridor von 43 bis 47 Prozent; aktuell sind es 44 Prozent. Die entscheidende Kennziffer ist aber doch die Übernahmequote. Es geht darum, dass die Menschen, die einen befristeten Arbeitsvertrag bekommen, auch die Aussicht auf einen unbefristeten Arbeitsvertrag haben. Diese Übernahmequote ist in den letzten Jahren signifikant gestiegen. 2009 wurden 30 Prozent von ihrem Arbeitgeber übernommen, jetzt liegt die Quote bei 39 Prozent, weil gerade auch die Arbeitgeber im Mittelstand, die kleinen und mittleren Betriebe, händeringend neue Beschäftigte suchen und deshalb einen großen Anreiz haben, diese Menschen möglichst schnell unbefristet einzustellen.

Das heißt, dieses Instrument ist eine Brücke in den Arbeitsmarkt – gerade für Berufseinsteiger.

Frau Krellmann, lassen Sie mich der Fairness halber zweitens sagen:

Sie sprachen von den Gewerkschaften. Interessant ist, dass die Gewerkschaften diese sachgrundlose Befristung einschränken beziehungsweise abschaffen wollen, während sie sie in den Tarifverträgen gleichzeitig selbst erlauben – gerade die DGB-Gewerkschaften –, und zwar nicht nur für 24 Monate, sondern sie nutzen auch die Öffnungsklausel und weiten diese sachgrundlose Befristung auf 48 Monate aus.

Das hat die IG BCE, die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, in fast allen Tarifverträgen so geregelt, und auch für die IG Metall in Baden-Württemberg gelten diese 48 Monate in einigen Verträgen.

Es macht deshalb keinen Sinn, dass der Gesetzgeber etwas verbietet, was bei vielen Tarifvertragsparteien gang und gäbe ist; und deswegen sehen wir hier auch keinen Änderungsbedarf.

Drittens. Das letzte Beispiel ist die Frage – Sie haben das indirekt ja auch angesprochen –: Wo wird befristet? Wo finden Befristungen statt? Interessant ist, dass die Quote der befristeten Arbeitsverhältnisse in der Privatwirtschaft bei rund 7 Prozent liegt, während sie im öffentlichen Dienst mehr als doppelt so hoch ist. Im Bereich „Erziehung und Unterrichtung“ liegt sie beispielsweise bei 17 Prozent.

Bei den Neueinstellungen wird das noch deutlicher: Im Bereich „Erziehung und Unterricht“ – öffentliche Verwaltung beziehungsweise öffentliche Hand – beträgt die Quote fast 80 Prozent, während es im Mittelstand rund 20 Prozent sind, zum Beispiel 23 Prozent im Bereich „Baugewerbe, Information und Kommunikation“ usw. Das heißt, der Staat als Arbeitgeber muss erst einmal selbst seine Praxis überprüfen, bevor er überhaupt daran denken kann, regulierend in den Markt einzugreifen, um Mittelständler unter Druck zu setzen.

Der Grund für diese Unterschiede ist klar: Es gibt einen eigenen Sachgrund in der öffentlichen Verwaltung, nämlich die Mittelbefristung. Diesen Sachgrund gibt es im Mittelstand nicht. Es gibt keinen Sachgrund Auftragslage oder Konjunkturlage. Wenn es ihn gäbe, dann könnte man ja über alles reden, aber den gibt es nicht. Deshalb halten wir an der sachgrundlosen Befristung fest.

Wir sehen hier keinen Änderungsbedarf. Wir brauchen die flexiblen Arbeitsmarktinstrumente für die Erfolge am Arbeitsmarkt, und deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CDU/CSU)

91 Prozent der Menschen in Deutschland haben einen unbefristeten Arbeitsvertrag.

Anette Kramme, SPD:

Unsere Position ist nicht verändert



Anette Kramme (*1967)
Landesliste Bayern

Herr Dr. Linnemann und liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, die Große Koalition, die im Raum steht, wird leider nichts daran ändern, dass wir in der einen oder anderen Frage dennoch unterschiedlicher Meinung sind.

Das wird sich natürlich auch nicht so ohne Weiteres ändern.

Ich muss ausnahmsweise der Frau Krellmann von den Linken recht geben, dass uns das angesprochene Thema befristete Beschäftigung sehr am Herzen liegt. Dabei geht es um die prekäre Beschäftigung insgesamt. Um wieder zum Koalitionsfrieden zurückzukommen: Ich finde, wir haben gemeinsam in dem möglichen Vertrag eine Menge erreicht, was dazu führen wird, dass die Zahl

der prekären Beschäftigungsverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland abnehmen wird.

Da haben wir das Thema Mindestlohn. Ab dem 1. Januar 2015 werden wir bundesweit einen flächendeckenden, einheitlichen Mindestlohn einführen. Ich finde, das ist ein großer Erfolg für Deutschland. Das ist geradezu ein historisches Ereignis.

Wir gestatten es den Tarifvertragsparteien sogar, darüber hinauszugehen, zu sagen: Dieser gesetzliche Mindestlohn ist uns nicht hoch genug. Wir wollen über einen eigenen Mindestlohntarifvertrag einen noch höheren erreichen. – Auch das ist eine gute Geschichte.

Dann haben wir ein Thema aufgegriffen, von dem ich behaupte: Es war in den letzten 20 oder 30 Jahren in diesem Raume nicht einmal diskussionsfähig. Wir haben gesagt: Wir gehen das Tarifvertragsgesetz an und reformieren die Allgemeinverbindlicherklärung. Für diejenigen, die es nicht so genau wissen: Die Allgemeinverbindlicherklärung soll bewirken, dass in einer Branche ein Tarifvertrag wie ein Gesetz wirkt. Damit sollen mögliche Missstände in einem Bereich beseitigt werden.

Wir kümmern uns auch um das Thema Leiharbeit. Die Höchstüberlassungsdauer soll künftig bei lediglich 18 Monaten liegen. Das ist eine prima Geschichte. Wir ändern auch Kleinigkeiten – sie sind leider nicht

hinreichend – beim Thema Equal Pay. Ich kann weitere Dinge nennen, beispielsweise bei der Entgeltgleichheit, die insbesondere Frauen betrifft. Ich finde es einen Skandal, dass Frauen in dieser Republik im Schnitt immer noch wesentlich weniger verdienen als Männer.

Wenn den Frauen künftig ein Auskunftsanspruch hilft, um Entgeltgleichheit durchzusetzen, dann ist das eine großartige Geschichte.

Meine Damen und Herren von der Union, lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit für die Art und Weise danken, in der diese Koalitionsverhandlungen verlaufen sind. Meine Erfahrung war: Es waren konstruktive und fachkundige Gespräche, und das ist richtig gut gelaufen.

Aber jedem Vertrag ist immanent, dass ein Kompromiss damit einhergeht. Ein Kompromiss beinhaltet gegenseitiges Nachgeben. Es gibt sogar den gängigen Spruch: Ein guter Kompromiss liegt dann vor, wenn beide Seiten heftig über denselben schimpfen. Ich kann Ihnen sicher sagen, dass wir als SPD dies an der einen oder anderen Stelle tun.

Wenn wir über das Thema Maut reden, dann wird mir ganz anders. Wenn wir über die Fortsetzung des Betreuungsgeldes reden, bin ich auch nicht gerade erfreut. Wir wären auch der Auffassung gewesen, dass wir für dieses Land Steuererhöhungen gebraucht hätten. Aber wir ha-

ben diese nicht durchsetzen können. So ist auch das Thema sachgrundlose Befristung eines, das uns leider nicht zufriedenstellt.

Es gibt eine Menge Fakten, die dafür sprechen, die sachgrundlose Befristung zu streichen. Fast 50 Prozent aller Neueinstellungen erfolgen befristet, wie erwähnt, gerade im öffentlichen Dienst, wobei meine persönliche Haltung zu dem Thema ist, dass gerade der öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion einnehmen müsste, was Beschäftigungsverhältnisse angeht.

Daran können an sich alle hier im Raum mitwirken. Alle sind in irgendwelchen Landesregierungen vertreten und haben natürlich auch die Möglichkeit, mit den Kommunen zu reden. Ich finde, wir sollten dieses Thema gemeinsam angehen.

Leider sind mittlerweile fast 10 Prozent aller Arbeitsverhältnisse insgesamt befristet. Dabei gibt

es einen Aspekt, der, finde ich, besonders betroffen macht. Es sind gerade die jungen Menschen, die von Befristungen betroffen sind. 19 Prozent aller jungen Menschen bis 34 Jahre haben einen befristeten Arbeitsvertrag. Das ist eine Gruppe von Menschen, die in ihrer Lebensplanung eingeschränkt sind, und das in einem Alter, in dem an sich jede Menge Entscheidungen zu treffen sind, etwa ob man eine Familie gründet, ob man Investitionen größerer Art tätigt usw. Es geht also um die Lebensplanung.

Befristete Beschäftigung hat auch etwas mit der Durchsetzung von Rechten zu tun. Umso häufiger sind

befristet Beschäftigte deshalb überdies von Niedriglöhnen betroffen.

Meine Damen und Herren von der Union, vielleicht überlegen Sie sich das Ganze noch einmal. Sie haben jetzt jede Menge gute Argumente geliefert bekommen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend Folgendes sagen: Der Koalitionsvertrag als solcher ändert nichts an unserer Haltung zu befristeter Beschäftigung, wobei wir weitergehend der Auffassung sind, dass man auch über die Sachgrundbefristung nachdenken müsste. Ein Beispiel sei an dieser Stelle genannt.

In meinem Wahlkreis gibt es ein Klinikum mit über 2 000 Beschäftigten.

Dort gibt es auch immer wieder Erziehungszeitvertretungen. In einem solchen großen Krankenhaus gibt es jede Menge identischer Stationen: mehrere internistische Stationen, mehrere chirurgische Stationen,

mehrere Intensivstationen usw. Statt jeweils mit Sachgrundbefristungen zu arbeiten, könnte man auch wunderbar Springer einsetzen. Alle gemeinsam müssen also auf allen Ebenen mitwirken, damit auch das besser wird.

Unsere Position ist nicht verändert. Deshalb sagt auch unsere Fraktion Ja zu diesem Koalitionsvertrag. Ich bin mir sicher, unsere Mitglieder werden es auch tun. In dem Sinne hoffe ich, dass sich in den nächsten vier Jahren tatsächlich etwas positiv für die Menschen in diesem Lande wendet.

(Beifall bei der SPD)

19 Prozent aller jungen Menschen bis 34 Jahre haben einen befristeten Arbeitsvertrag.

Beate Müller-Gemmeke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Preis für die Beschäftigten ist zu hoch



Beate Müller-Gemmeke (*1960)
Landesliste Baden-Württemberg

Mittlerweile hat fast jeder zweite neue Job ein Verfallsdatum, Herr Linne-

mann; das ist das Problem und nicht die absolute Zahl. Diese Entwicklung sehen wir mit großer Sorge. Deswegen haben wir in der letzten Wahlperiode einen fast identischen Antrag in den Bundestag eingebracht – wie heute die Linke. Wir hatten gehofft, dass sich die Große Koalition – anders als Schwarz-Gelb – endlich mit diesem Problem befasst und sich ihm stellt. Im Koalitionsvertrag steht aber kein einziges Wort zur sachgrundlosen Befristung. Ich finde, das geht überhaupt nicht. Ein Kapitel „Vollbeschäftigung, gute Arbeit und soziale Sicherheit“ ohne das Thema Befristung geht nicht; denn das ignoriert die Sorgen und die Ängste der Menschen.

Ich bleibe ganz kurz beim Koalitionsvertrag, weil dieser mehrfach an-

gesprochen wurde. Natürlich sind Kompromisse notwendig, und natürlich gibt es auch Verbesserungen. Über den Mindestlohn haben wir schon diskutiert. Die Tarifautonomie wird gestärkt; das ist mir persönlich ein besonderes Anliegen. Die Werkverträge werden – ich sage mal – reguliert. Da sehen wir auch unsere Vorschläge teilweise verwirklicht. Das heißt, hier stimmt die Richtung. Ich hoffe: Sie setzen das auch wirklich um.

Bei anderen Themen haben wir aber heftige Kritik. Enttäuschend finde ich beispielsweise die Pläne bei der Leiharbeit. Equal Pay soll es erst nach neun Monaten geben; das kennen wir eigentlich nur von der FDP. Das geht gar nicht. Die Begrenzung der Überlassungszeit ist richtig. Aber

sie ist zu lang und muss vor allem an den Arbeitsplatz gebunden werden. Das heißt, bei der Leiharbeit werden wir uns noch viel streiten.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Minijobs. Hier fehlt die Rentenversicherungspflicht; das kann ich überhaupt nicht verstehen.

Eine Leerstelle gibt es insbesondere beim Beschäftigtendatenschutz. Hier brauchen wir endlich faire Regelungen zum Schutz der Beschäftigten.

Das Kapitel „Gute Arbeit“ hat also etliche Lücken. Uns, der Opposition, wird die Arbeit nicht ausgehen. Die Diskussionen im Ausschuss gehen weiter.

Zurück zu den Befristungen; denn das Thema ist mir schon wichtig. Da es keine Koalitionspläne gibt, über die man reden kann, werde ich – wie in den letzten vier Jahren – einfach die Situation beschreiben, damit hier endlich etwas passiert. Die sachgrundlose Befristung hat sich in den

letzten Jahren wie ein Virus ausgebreitet. Die Arbeitgeber nutzen natürlich diesen Vorteil; denn das ermöglicht ihnen eine extrem flexible Personalpolitik. Der Preis für die Beschäftigten ist aber hoch, wir meinen: zu hoch.

Beschäftigte, die befristet angestellt sind, haben ein hohes Armutsrisiko. Sie werden viel häufiger arbeitslos als regulär Beschäftigte. Sie können auch nicht über den Tag hinaus planen. Die ständige Unsicherheit belastet die Menschen. Viele machen sich Sorgen über die Zukunft und haben Angst vor Krankheit und Armut im Alter. Lebensqualität sieht anders aus.

Wer weiterbeschäftigt werden will, verhält sich ruhig und wird nicht gerade auf seine Rechte pochen. Man verschlechtert ja nicht leichtfertig mögliche Chancen. Das wissen auch die Arbeitgeber. Deswegen sind die Arbeitsbedingungen häufig schlech-

Im Koalitionsvertrag steht kein einziges Wort zur sachgrundlosen Befristung.

ter als bei regulärer Beschäftigung. Der Lohn ist niedriger, und es gibt weder Aufstiegs- noch Weiterbildungsmöglichkeiten. Das alles zusammen ist für uns nicht akzeptabel.

Dabei beschäftigt mich eine Entwicklung ganz besonders; Frau Kramme hat sie schon angesprochen: Gerade junge Menschen sind von Befristungen besonders stark betroffen. Lebensplanung ist etwas, worüber viele jüngere Beschäftigte

nur noch müde lächeln können. Das ist nicht nur ungerecht, sondern mit Blick auf den demografischen Wandel auch verantwortungslos; denn gerade junge Menschen brauchen ihren Platz in unserer älter werdenden Gesellschaft. Auch deswegen wollen wir die sachgrundlose Befristung abschaffen.

Ich höre immer, Betriebe seien dann nicht mehr flexibel genug in ihrer Personalplanung. Dazu sage

ich: Es gibt eine ausreichend lange Probezeit. Kleine Betriebe sind vom Kündigungsschutz ganz befreit. Für die anderen gibt es noch immer die Befristung aus sachlichem Grund, beispielsweise für einen Zusatzauftrag, bei Saisonarbeiten oder für ein bestimmtes Projekt. Gleiches gilt bei Elternzeit, bei längerem Urlaub oder Krankheit. Wer gute Gründe hat, könnte also weiterhin befristen. Sachgrundlos, also einfach willkür-

lich, das soll aber künftig nicht mehr möglich sein. Durch Befristungen darf das unternehmerische Risiko nicht einfach auf die Beschäftigten übertragen werden. Auch der Kündigungsschutz darf nicht umgangen werden. Nur so wäre es richtig und auch fair.

Unser Ziel ist es also, eine neue, eine gerechte Balance herzustellen, die den Interessen der Arbeitgeber und der Beschäftigten gleichermaßen ge-

recht wird. Flexible Arbeitsverhältnisse dürfen keine Einbahnstraße sein; denn die Menschen brauchen soziale Sicherheit. Das Thema steht, wie ich schon gesagt habe, nicht im Koalitionsvertrag. Wir werden aber dranbleiben. Das kann ich Ihnen versichern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dr. Johann Wadepuhl, CDU/CSU:

Wir werden an den Regelungen nichts ändern



Johann Wadepuhl (*1963)
Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde

In der Tat steht zur sachgrundlosen Befristung nichts im Koalitionsvertrag, und das hat seinen Grund, nämlich den, dass wir an den Regelungen nichts ändern werden. Ich will Ihnen das kurz begründen.

Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen gibt es seit Mitte der 80er-Jahre. Eingeführt wurde sie von Arbeitsminister Norbert Blüm. Nachdem sie Erfolge zeitigte und dafür gesorgt hat, dass es mehr Beschäftigung gegeben hat, war es Rot-Grün, Frau Kollegin Müller-Gemmeke, die diese in das Teilzeit- und Befristungsgesetz überführt hat.

Es war die Abgeordnete Dr. Thea Dückert, die am 26. Oktober 2000, damals der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angehörend, zur Einführung dieses Gesetzes sagte:

Im Ganzen wird die Befristung ohne sachlichen Grund weiterhin ermöglicht; das ist uns wichtig.

Ich muss sagen: Die Kollegin Dückert hatte recht.

Die Arbeitsmarktlage gibt ihr recht. Bleiben Sie doch bitte bei dem, was Sie selber erkannt haben. Das hat für mehr Beschäftigung in Deutschland gesorgt.

Verabschieden Sie sich doch nicht von allen Reformen, die Sie durchgeführt haben! Es ist doch eine etwas schizophrene Situation: Wir werden europaweit dafür bewundert, uns wird dafür auf die Schultern geklopft. Da kommt man sich als Unionsmensch eigenartig vor: Wir wer-

den dafür gelobt, was Rot-Grün für sinnvolle Reformen durchgeführt hat. Das mussten wir an manchen Stellen – bei Hartz IV haben Sie die Kinder vergessen usw. – nachbessern. Das haben wir gemacht. Sie haben dem auch zugestimmt. Sie haben notwendige Arbeitsmarktreformen durchgeführt. Jetzt haben diese Erfolg. Aber das Schizophrene ist, dass Sie diese wieder zurückdrehen wollen. Das ist völlig irrsinnig, und das werden wir nicht machen.

Diese Reformen waren richtig und notwendig. Sie sorgen für Arbeitsplätze, und deswegen bleibt es dabei.

Das ist keine Märchenstunde. Schauen Sie sich doch schlicht und ergreifend die Arbeitsmarktzahlen in Deutschland an.

Wir haben noch nie so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gehabt wie heute.

Wir haben eine exzellente Situation in allen Kassen.

Liebe Kollegen der Linksfraktion, Sie merken – diesen Verhandlungserfolg kann die SPD in der Tat für sich verbuchen –, dass Ihnen sozialpolitisch sämtliche Felle wegswimmen.

Deswegen fangen Sie in einer parlamentarischen Ungeduld an, diese Themen noch einmal hochzukochen. Es ist schlicht und ergreifend in dem Bereich nicht mehr zu erreichen. Wir müssen bei dem bleiben, was sinnvollerweise vereinbart worden ist.

Ich möchte in dieser Debatte zumindest einmal – das hat der Kollege Linnemann vorhin auch schon gemacht – auf die Arbeitgeberseite zu sprechen kommen. Auch die gibt es. Nicht jeder Arbeitgeber, insbesondere der im betroffenen Mittelstand, ist ein schlimmer Ausbeuter, der jungen Menschen, von denen Sie hier die ganze Zeit reden, die Zukunft verbauen will. Wir reden doch praktisch über den Mittelstand. Befristete Arbeitsverhältnisse haben faktisch im Bereich der Kleinstbetriebe, das heißt in Betrieben mit bis zu zehn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, gar keine Bedeutung,

weil diese Betriebe ohnehin jederzeit kündigen können. Da gilt das Kündigungsschutzgesetz überhaupt nicht.

Die Regelungen haben ebenso wenig Bedeutung bei größeren, tarifgebundenen Unternehmen, wo es entweder Haustarifverträge oder die von dem Kollegen Dr. Linnemann schon erwähnten Tarifverträge gibt – Stichwort IG BCE –, die eine zum Teil noch viel längere sachgrundlose Befristung zulassen. Betroffen sind die Betriebe, die sich in der schwierigen Sandwichposition, also dazwischen, befinden, das heißt mehr als zehn Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer haben, aber noch kein Großbetrieb sind, der ohnehin mitbestimmt ist, wo es einen Betriebsrat gibt, wo es eine Gewerkschaft gibt, wo auf solche Sachen ohnehin mit Einstellungskriterien und mit einem Haustarifvertrag reagiert wird. Diese Betriebe schaffen Arbeitsplätze in Deutschland. Sie brauchen in die-

sem Haus einen Anwalt, und das werden die Unionsfraktion und Personen wie Herr Dr. Linnemann als Vorsitzender unserer Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung sein. Menschen wie er sorgen dafür, dass diese Betriebe weiterhin einen Anwalt im Bundestag haben. Sie brauchen die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung, um atmen zu können.

Täuschen Sie sich nicht: Vermeintliche Sachgründe wie „Wir haben jetzt einen Auftrag, und zur Abwicklung dieses Auftrages stellen wir befristet mehr Menschen ein“ sind vor Arbeitsgerichten in Deutschland unsicher. Ich bin in diesem Bereich seit einigen Jahren beratend tätig. Als verantwortlicher Jurist wird man keinem Betriebsinhaber sagen können: Mit dieser Begründung kannst du dich, wenn die Auftragslage schlechter wird oder wenn dieser Auftrag abgewickelt ist, ohne Weiteres und ohne Abfindung wieder von den Arbeitnehmern trennen. – Diese Trennung wollen die Arbeitgeber ja nicht, um den Arbeitnehmern ir-

gendetwas Schlechtes zu tun, sondern weil sie schlicht und ergreifend nicht mehr bezahlbar sind. Bevor Betriebe in die Gefahr kommen, notleidend zu werden oder sogar in die Insolvenz zu gehen, zumindest in eine ganz schwere Schiefelage zu kommen, müssen wir dem Mittelstand die Luft zum Atmen geben. Insofern ist es richtig, dass dieses Instrumentarium erhalten bleibt.

Wenn man sich den Koalitionsvertrag insgesamt anschaut – das ist in dieser Debatte etwas zu kurz gekommen –, dann muss man sagen: Er ist nicht zu mittelstandslastig, sondern er ist gerade im sozialpolitischen Bereich erheblicher Kritik aus dem Arbeitgeberlager ausgesetzt. Deswegen geht Ihre Kritik, dass wir die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht hinreichend gewürdigt hätten, vollkommen fehl. Das ist ein ausgewogener Koalitionsvertrag. Auch in diesem Bereich werden wir ihn umsetzen und dafür sorgen, dass es noch mehr Beschäftigung in Deutschland gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Im Ganzen wird die Befristung ohne sachlichen Grund weiterhin ermöglicht; das ist uns wichtig.



Beschäftigte der Metall- und Elektroindustrie demonstrieren für die unbefristete Übernahme Auszubildender.

Paul Lehrieder, CDU/CSU:

Ein arbeitsrechtliches Instrument, das sich bewährt hat



Paul Lehrieder (*1959)
Wahlkreis Würzburg

Einmal mehr beschäftigen wir uns heute mit der sachgrundlosen Befristung, einem arbeitsrechtlichen Instrument, das sich bewährt hat und dessen Abschaffung unseren Arbeitsmarkt belasten würde; Vorredner haben bereits darauf hingewiesen.

Die Lage auf dem hiesigen Arbeitsmarkt ist so gut wie noch nie. Wir haben so hohe Beschäftigungsquoten wie nie zuvor, mit Abstand die geringste Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU, und unserer Wirtschaft geht es ausgesprochen gut.

Wir haben – das besagen die aktuellen Zahlen – über 300 000 mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Vergleich zum Vorjahresniveau. Wir haben insgesamt so viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse wie noch nie auf deutschem Grund und Boden.

Großen Anteil an diesem Erfolg haben unsere flexiblen Beschäftigungsformen; das gehört zur Wahrheit. Frau Kollegin Müller-Gemmeke, es war die rot-grüne Bundesregierung, die das Teilzeit- und Befristungsgesetz, das zum 1. Januar 2001 in Kraft getreten ist, eingeführt hat. Das war angesichts des damaligen verkrusteten Arbeitsmarkts richtig.

Jetzt kommt Frau Kollegin Krellmann und sagt: Wir haben aber jetzt Fachkräftemangel; es schaut wieder ganz anders aus. – Frau Kollegin Krellmann, es gibt keinen Grund dazu, jetzt schon übermütig zu werden. Wir drehen das, was damals an Lockerung auf dem Arbeitsmarkt gemacht worden ist, nicht zurück. Wir fahren unsere Volkswirtschaft nicht mutwillig an die Wand, wie es unsere westlichen Nachbarn in Frankreich derzeit im Begriff sind zu tun.

Lassen Sie uns nicht übermütig werden. Lassen Sie uns die probieren, die richtigen Instrumente, die Rot-Grün sinnvollerweise eingeführt hat, nutzen und nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Wir sollten diese Instrumente tatsächlich weiterentwickeln. Frau Kollegin Kramme hat darauf hingewiesen: Entsprechend sind wir bei der Leiharbeit vorgegangen; wir haben trotz unterschiedlicher Vorstellungen Equal Pay eingeführt. Wir haben etliches Gute, etliches Sinnvolle zur Einschränkung von Missbräuchen bei flexiblen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten auf den Weg gebracht. Aber ein kompletter Verzicht auf die sachgrundlose Befristung würde den Arbeitsmarkt absolut kontraproduktiv belasten. Deshalb ist dieser Verzicht auch nicht im Koalitionsvertrag enthalten.

Meine Damen und Herren, die aus diesen Instrumenten resultierende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hat zu einem beachtlichen Beschäftigungszuwachs geführt. Darauf können wir zu Recht stolz sein. Daran haben mehrere Bundesregierungen über mehrere Legislaturperioden mitgearbeitet. Wir sollten uns

auch hüten, jetzt an diesen Bedingungen zu rütteln.

Ihr Entwurf, liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, ist aber genau solch ein Versuch. Mit der Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen würde ein bewährtes Instrument ersatzlos gestrichen, das für viele Unternehmen Anreize bietet, mehr Personal einzustellen, und das für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine wichtige Brücke in eine unbefristete Beschäftigung ist.

Frau Kollegin Müller-Gemmeke, Sie haben doch sicher dem Kollegen Linnemann aufmerksam zugehört. Er hat gesagt: Wenn 40 Prozent aus einem befristeten Arbeitsverhältnis fest übernommen werden, dann sind das 40 Prozent Chancen, dann erhalten 40 Prozent der Menschen für ihre Lebensplanung eine Perspektive.

Das gehört zur Wahrheit dazu.

Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung wäre ein Nachteil für die Beschäftigungssituation in Deutschland. Deshalb lehnen wir den Entwurf ab, meine Damen und Herren.

Selbstverständlich würde auch ich mir wünschen, dass alle Menschen in unserem Land von Anfang an einen unbefristeten Arbeitsvertrag erhalten. Das ist der Idealfall. Auf diesen arbeiten wir mit ganzer Kraft

hin. Allerdings gibt es durchaus Situationen, in denen eine Befristung nicht nur sinnvoll, sondern geradezu geboten ist. Nur durch diese Flexibilisierung können wir mehr Menschen erfolgreich in Arbeit bringen. Das muss letztlich unser aller vorrangiges Ziel sein.

Befristete Verträge haben hier eine wichtige Funktion und schaffen Anreize für Unternehmen, bei vorübergehend guter Auftragslage mehr Arbeitnehmer zu beschäftigen. Das schafft Jobs, die viele Firmen nicht vergeben würden, wenn es die Möglichkeit der Befristung nicht gäbe. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer birgt dies zugleich die Chance, sich zu beweisen und nach guter verlässlicher Arbeit einen unbefristeten Arbeitsvertrag zu erhalten.

Ja, es ist richtig: Wir müssen schauen, was im öffentlichen Dienst passiert. Frau

Kollegin Kramme, wir beide kommen aus Bayern. Wir wissen: Das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz sieht vor, dass Eltern bei den Kindergärten immer nur jahresweise buchen können. Dass da unbefristete Arbeitsverhältnisse für den Träger schwierig sind, liegt in der Natur der Sache. Wir werden sehen müssen, dass wir für qualifizierte Jugendzieherinnen in stärkerem Maße unbefristete Arbeitsverhältnisse hinbekommen und mit Springern bzw. mit anderen flexiblen Arbeitsverhältnissen trotzdem etwas mehr Flexibilität erreichen können.

Gerade in Zeiten, in denen es auf dem Arbeitsmarkt so gut geht wie jetzt, sollten wir diese Instrumente – ich habe es vorhin bereits ausgeführt – nicht verwerfen, sondern uns darauf besinnen, warum wir derzeit so wenig Arbeitslose haben.

Sicherlich stimme ich mit Ihnen überein, dass sich an der konkreten Ausgestaltung weiter feilen lässt, um Ungerechtigkeiten weitestgehend zu vermeiden und eventuellem Missbrauch wirksam entgegenzuwirken.

Unsere Lebensabschnittsgefährtin von der SPD hat bereits darauf hingewiesen, dass sie nicht locker lassen werden, dass sie aufpassen werden, dass wir die richtigen Maßnahmen zum richtigen Zeitpunkt machen. Aber ich warne davor, zum jetzigen Zeitpunkt das Kind mit dem Bade auszuschütten, übermütig zu werden und die sinnvollen rot-grünen Reformen der Agenda 2010 in Bausch und Bogen zu verdammen und über Bord zu werfen. Liebe Frau Müller-Gemmeke, ihr habt das damals richtig gemacht. Wir machen richtig weiter. Helfen Sie in der Legislaturperiode mit! Dann kriegen wir etwas Gescheites hin.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nur durch diese Flexibilisierung können wir mehr Menschen erfolgreich in Arbeit bringen.



Angestellte Lehrer bekommen oftmals nur befristete Arbeitsverträge, weil die Mittel nur für ein Schuljahr eingeplant sind.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es gab keine weiteren Redner.